

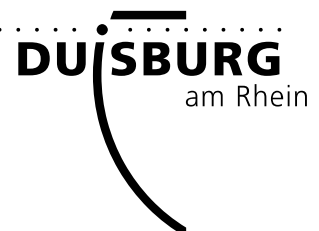
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Duisburg zum 31.12.2016

RPA



Duisburg

beraten • prüfen • berichten



Inhaltsverzeichnis

I	Allgemeines	1
1	Haushaltssatzung und Haushaltsplan	1
2	Prüfauftrag	3
II	Grundsätzliche Feststellungen	4
1	Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Oberbürgermeisters	4
2	Weitere grundsätzliche Feststellungen	8
III	Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	10
1	Gegenstand der Prüfung	10
2	Art und Umfang der Prüfung	10
IV	Erläuterungen und Feststellungen zur Rechnungslegung	12
1	Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	12
2	Feststellungen zu einzelnen Posten der Bilanz	13
3	Gesamtergebnisrechnung und Teilergebnisrechnungen	49
4	Gesamtfinanzrechnung und Teilfinanzrechnungen	50
5	Hinweise zum Anhang	52
6	Örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände	53
7	Inventur, Inventar und Festwerte	54
8	Kennzahlen zur Vermögens- und Schuldenlage	56
V	Bestätigungsvermerk	60
	Anlagen	61
Anlage 1	Bilanz	63
Anlage 2	Anhang	65
Anlage 2.1	Anlagenspiegel	109
Anlage 2.2	Forderungsspiegel	111
Anlage 2.3	Verbindlichkeitspiegel	113
Anlage 2.4	Rückstellungsspiegel	115
Anlage 2.5	Ermächtigungsübertragungen	117
Anlage 3	Gesamtergebnisrechnung	123
Anlage 4	Gesamtfinanzrechnung	125
Anlage 5	Investitionsmaßnahmen 2016 mit Auszahlungen (Ergebnis) von über 500.000 EUR	127
Anlage 6	Ergebnisse je Organisationseinheit	131

Abkürzungsverzeichnis

AiB	Anlagen im Bau
DU-IT	Gesellschaft für Informationstechnologie Duisburg mbH
EK	Eigenkapital
FiBu	Finanzbuchhaltung
GemHVO NRW	Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
GO NRW	Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GoBD	Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff
GPA NRW	Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen
HGB	Handelsgesetzbuch
HSP	Haushaltssanierungsplan
Handreichung	NKF in Nordrhein-Westfalen, Handreichung für Kommunen, 7. Auflage (Oktober 2016)
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.
IKS	Internes Kontrollsystem
IMD	Immobilien-Management Duisburg
IT	Informationstechnik
KAG	Kommunalabgabengesetz Nordrhein-Westfalen
MIK	Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
NKF	Neues Kommunales Finanzmanagement
UVG	Unterhaltsvorschussgesetz
VV	Verwaltungsvorschrift
WBD-AöR	Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt öffentlichen Rechts

I Allgemeines

1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan

Die Haushaltssatzung 2016 ist mit dem Haushaltsplan und dem Haushaltssanierungsplan am 23.11.2015 (DS 15-1002/9 vom 17.11.2015) durch den Rat verabschiedet worden. Sie wurde nach den Bestimmungen der §§ 78 bis 80 GO NRW aufgestellt.

Durch das Gesetz zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen (KInvFöG NRW) erhält die Stadt Duisburg eine Investitionsförderung von 73,032 Mio. EUR. Die Umsetzung der Maßnahmen führte zu erheblichen Veränderungen in der investiven Finanzplanung und Anpassungen in der Ergebnisplanung, so dass nach § 81 Abs. 2 Ziffer 3 GO NRW eine Nachtragssatzung aufgestellt und am 29.02.2016 vom Rat beschlossen worden ist (DS 15-1002/10 vom 18.11.2015 und DS 15-1002/12 vom 26.02.2016).

Mit dem Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) vom 09.12.2011 stellt das Land Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2011 bis 2020 Gemeinden in einer besonders schwierigen Haushaltssituation Konsolidierungshilfen zur Verfügung. Die Teilnahme an der Konsolidierungshilfe war für Duisburg verpflichtend. Die pflichtig teilnehmenden Gemeinden mussten der Bezirksregierung bis zum 30.06.2012 einen vom Rat beschlossenen Haushaltssanierungsplan vorlegen, der einen Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe bis spätestens im Jahr 2016 vorsieht. Der Haushaltssanierungsplan ist jährlich fortzuschreiben.

Mit Verfügung vom 11.05.2016 wurde die vom Rat der Stadt beschlossene Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans von der Bezirksregierung Düsseldorf genehmigt. Die Verfügung wurde dem Rat der Stadt zur Kenntnis gegeben (DS 15-1002/13 vom 19.05.2016).

In der Verfügung wird festgestellt, dass die Planung der Ansätze für die wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Finanzplanungszeitraum und im darüber hinausgehenden Haushaltssanierungszeitraum u. a. den Orientierungsdatenerlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales (MIK) grundsätzlich berücksichtigen, wobei auch ortsspezifische Entwicklungen zugrunde gelegt worden sind. Bei den Aufwendungen sind nach wie vor die Bereiche Personalaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und Transferaufwendungen besonders zu beobachten. Das Risiko der Planungsicherheit im Haushaltssanierungszeitraum liegt bei der Stadt Duisburg. Sollten sich die Prognosen der Haushaltsplanung oder die geplanten Wirkungen der im Haushaltssanierungsplan benannten Konsolidierungsmaßnahmen nicht realisieren lassen und die Ziele des Haushaltssanierungsplanes dadurch gefährdet werden, muss die Stadt entsprechende Kompensationsmaßnahmen ergreifen.

Aufgrund der Genehmigung der Bezirksregierung konnten sowohl die Haushaltssatzung als auch die Nachtragssatzung gemäß § 80 Abs. 5 GO NRW öffentlich bekannt gemacht werden (Sonderausgabe des Amtsblattes für die Stadt

Duisburg vom 25.05.2016). Als Folge unterlag die Haushaltsbewirtschaftung bis zum Jahresende 2016 nicht mehr den einschränkenden Vorschriften des § 82 GO NRW zur vorläufigen Haushaltsführung.

In § 1 der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 sind folgende Beträge festgesetzt worden (einschließlich Nachtragssatzung):

Ergebnisplan

• Gesamtbetrag der Erträge	1.683.726.006 EUR
• Gesamtbetrag der Aufwendungen	1.677.442.094 EUR
(Überschuss)	(6.283.912 EUR)

Finanzplan

• Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.611.992.480 EUR
• Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.586.941.981 EUR
• Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	89.210.156 EUR
• Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	105.207.792 EUR
• Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	224.498.000 EUR
• Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	229.835.600 EUR

Der in der Haushaltssatzung ausgewiesene Überschuss beträgt 6,284 Mio. EUR. Das Ergebnis brachte einen Überschuss von 5,720 Mio. EUR. Trotz gesunkener Steuereinnahmen - insbesondere bei der Gewerbesteuer - und erheblich gestiegener Aufwendungen z. B. im Bereich des Jugendamtes konnte durch Mehrerträge in verschiedenen Bereichen ein positives Ergebnis erzielt werden. Außerdem hat ein verbessertes Finanzergebnis mit wesentlich geringeren Zinsaufwendungen sowohl bei den Investitions- als auch den Kassenkrediten zu dem Überschuss beigetragen.

Das Eigenkapital besteht nur noch aus der Sonderrücklage für Stiftungsvermögen (Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum). Mit dem Jahresüberschuss 2016 hat sich das auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesene negative Eigenkapital trotz der sich negativ auswirkenden Verrechnungen mit der allgemeinen Rücklage auf 424,332 Mio. EUR reduziert. Damit ist die Stadt Duisburg aber weiterhin nach § 75 Abs. 7 GO NRW überschuldet.

2 Prüfauftrag

Die Stadt Duisburg hat zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres gemäß § 95 Abs. 1 GO NRW und § 37 Abs. 1 GemHVO NRW einen Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der Maßgaben der GemHVO NRW aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Dem Jahresabschluss ist ein Lagebericht nach § 48 GemHVO NRW beizufügen.

Der von der Stadtkämmerin aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2016 (DS 17-0260 vom 31.03.2017) ist vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 08.05.2017 festgestellt und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen worden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft nach § 101 Abs. 1 GO NRW den Jahresabschluss und bedient sich zur Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung (§ 101 Abs. 8 GO NRW). Der Jahresabschluss ist dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt und ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Bestimmungen beachtet worden sind. Die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände sind in die Prüfung einzubeziehen.

Zu prüfen ist weiterhin, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt. Dabei ist auch darauf einzugehen, ob die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind (§ 101 Abs. 6 GO NRW).

Das Rechnungsprüfungsamt (RPA) hat im Auftrag des Rechnungsprüfungsausschusses das Ergebnis der Prüfung in einem Prüfbericht und einem Bestätigungsvermerk zusammengefasst. Dieser Vermerk ist gemäß § 101 Abs. 7 GO NRW von dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses zu unterzeichnen.

II Grundsätzliche Feststellungen

1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Oberbürgermeisters

Der Lagebericht ist gem. § 101 Abs. 1 und Abs. 6 GO NRW daraufhin zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und seine sonstigen Aussagen ein korrektes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermitteln. Dabei ist auch darauf einzugehen, ob die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind.

Der Lagebericht im Jahresabschluss 2016 enthält folgende Kernaussagen zur Vermögens- und Schuldenlage der Stadt Duisburg:

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen (Nr. 2, Seite 3),
2. Jahresergebnis 2016 - Darstellung und Analyse (Nr. 3, Seiten 4 - 8),
3. Informationen zur Vermögens- und Schuldenlage (Nr. 4, Seiten 9 - 12),
4. Vorgänge von besonderer Bedeutung einschließlich einer Einschätzung der Chancen und Risiken (Nr. 5, Seiten 12 - 19),
5. Prognoseberichterstattung (Nr. 6, Seiten 19 - 21) und
6. Analyse der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation auf der Grundlage von Kennzahlen (Nr. 7, Seiten 21 - 27).

Der Inhalt des Lageberichtes entspricht damit den gesetzlichen Anforderungen.

Jahresergebnis 2016, Vermögens- und Schuldenlage

Zunächst werden im Lagebericht die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowohl weltweit als auch für den Euro-Raum und Deutschland beschrieben. Wie auch der Trend auf Bundesebene verringerte sich die Arbeitslosenzahl in Duisburg um 0,4 % auf 12,6 % (Stand Dezember 2016).

Das Jahresergebnis 2016 mit einem Überschuss in Höhe von 5,720 Mio. EUR ist um 5,332 Mio. EUR schlechter als das Vorjahresergebnis und um 0,564 Mio. EUR schlechter als in der Haushaltsplanung. Trotz gesunkener Steuereinnahmen - insbesondere bei der Gewerbesteuer - und erheblich gestiegener Aufwendungen z. B. im Bereich des Jugendamtes konnte durch Mehrerträge in verschiedenen Bereichen ein positives Ergebnis erzielt werden. Außerdem hat ein verbessertes Finanzergebnis mit wesentlich geringeren Zinsaufwendungen sowohl bei den Investitions- als auch den Kassenkrediten zu dem Überschuss beigetragen.

Im Vorjahr stieg durch die positive Ertragsentwicklung der Aufwandsdeckungsgrad, der anzeigt, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Im Berichtsjahr übertrafen die Erträge die Aufwendungen nicht mehr in dem Maße wie im Vorjahr, so dass diese Kennzahl leicht von 101,95 % auf 101,05 % sank.

Der Lagebericht macht die anhaltende schwierige finanzielle Situation der Stadt Duisburg deutlich. Trotz des im Berichtsjahr erzielten Überschusses ist die Haushaltslage weiterhin kritisch und entbindet die Stadt nicht von weiteren erheblichen Sparbemühungen. Das Eigenkapital weist seit 2010 nur noch die

Sonderrücklage aus. Auf der Aktivseite der Bilanz wird das negative Eigenkapital in Höhe von 424,332 Mio. EUR ausgewiesen. Damit ist die Stadt Duisburg weiterhin nach § 75 Abs. 7 GO NRW überschuldet.

Mit dem Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) vom 09.12.2011 stellt das Land Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2011 bis 2020 Gemeinden in einer besonders schwierigen Haushaltssituation Konsolidierungshilfen zur Verfügung. Mit Verfügung vom 11.05.2016 wurde die vom Rat der Stadt beschlossene Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans von der Bezirksregierung Düsseldorf genehmigt (DS 15-1002/13). Somit konnte die Bekanntmachung der Haushaltssatzung für das HJ 2016 und der Nachtragssatzung im Amtsblatt für die Stadt Duisburg am 25.05.2016 erfolgen. Ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung unterlag die Haushaltsbewirtschaftung nicht mehr den einschränkenden Vorschriften des § 82 GO NRW.

In der Prognoseberichterstattung wird auf die weitere Entwicklung des „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages“ hingewiesen. Durch das erneut positive Jahresergebnis konnte in 2016 der Abbau dieses Postens fortgesetzt werden.

Die vom Rat der Stadt Duisburg beschlossene Eigenkapitalerhöhung bei der Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV) machte zusätzliche Kreditaufnahmen notwendig, so dass sich das Investitionskreditvolumen in 2016 um 59,683 Mio. EUR auf 455,323 Mio. EUR erhöht hat.

Die zur Aufrechterhaltung der Liquidität notwendigen Kredite haben sich zum Bilanzstichtag weiter verringert, und zwar um 67,100 Mio. EUR auf 1.609,900 Mio. EUR. Trotz der rückläufigen Entwicklung weist der Bilanzposten weiterhin einen sehr hohen Stand auf. Zu der Reduzierung dieser Kredite hat auch die Konsolidierungshilfe des Landes beigetragen.

Sowohl Investitionskredite als auch Liquiditätskredite profitierten weiterhin vom niedrigen Zinsniveau. In der Prognoseberichterstattung werden hierzu die Risiken aus steigenden Zinssätzen beschrieben.

Die aus den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen resultierenden Wirkungen auf die Einnahme- und Ausgabesituation der Stadt Duisburg sind im Lagebericht zutreffend und nachvollziehbar beschrieben. Die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Duisburg wird ergänzend mit den Angaben im Anhang ausführlich dargestellt und analysiert. Er steht mit den bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnissen im Einklang. Die haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation wird anhand der Kennzahlen in Abschnitt 7 des Lageberichtes deutlich gemacht.

Weiterhin enthält der Lagebericht im Abschnitt 8 die Angaben gem. § 95 Abs. 2 GO NRW (Angaben des Verwaltungsvorstands und der Ratsmitglieder zu Name, Beruf, Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des Aktiengesetzes, Mitgliedschaften in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form und in sonstigen privatrechtlichen Unternehmen).

Zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Der Abschnitt 5 des Lageberichts enthält neben den Vorgängen von besonderer Bedeutung auch die Darstellung der Chancen und Risiken.

Mit dem Stärkungspaktgesetz und dem damit vorgeschriebenen Haushaltssanierungsplan wurden die beteiligten Gemeinden verpflichtet, den Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe bis 2016 zu erreichen. Ab dem Jahr 2017 wird diese Hilfe stufenweise bis zum Jahr 2020 abnehmen. Ab dem Jahr 2021 ist der Haushaltsausgleich ohne Konsolidierungshilfe zu erreichen. Auch danach sind weitere Sparanstrengungen notwendig, um die Überschuldung (negatives Eigenkapital) und die erheblichen Liquiditätskredite weiter abzubauen.

Nach dem HJ 2015 konnte auch in dem für die Konsolidierungshilfe wichtigen Jahr 2016 ein positives Jahresergebnis erreicht werden. Trotzdem ist das Konsolidierungsziel weiterhin konsequent zu verfolgen, denn ab 2017 muss der Haushaltsausgleich mit der sukzessiv abnehmenden Landeshilfe erreicht werden. Zudem können die Sparbemühungen durch nicht steuerbare Entwicklungen wie z. B. in dem Bereich der allgemeinen Finanzwirtschaft negativ beeinflusst werden. Wie schon seit Jahren ist von besonderer Bedeutung, ob das anhaltend niedrige Zinsniveau im Bereich der Liquiditäts- und Investitionskredite weiter bestehen bleibt.

In diesem Abschnitt des Lageberichtes wird auch ausführlich auf die großen Aufwandsblöcke - Personal- und Sozialetat - eingegangen. Im Ergebnis betrugen die Personalaufwendungen im Berichtsjahr 349,303 Mio. EUR. Zukünftig soll der Erfolg der im Haushaltssanierungsplan (HSP) enthaltenen Personalkonsolidierungsmaßnahme nicht mehr ausschließlich über den Stellenabbau, sondern auch über die Entwicklung der Personalkosten im Rahmen der Fortschreibung des HSP dargestellt werden. Die Entwicklungen und Perspektiven im Sozialetat (Zuschuss 2016: 238,079 Mio. EUR) werden bezogen auf die wichtigsten Produkte genannt. Insbesondere bei dem Produkt „Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ hat sich der Zuschuss durch die hohe Zahl der 2016 in Duisburg untergebrachten Personen gegenüber dem Vorjahr um 10,916 Mio. EUR auf 12,715 Mio. EUR erhöht. Weiterhin sind in diesem Abschnitt die trotz des engen Finanzierungsspielraums möglichen Projekte der Stadtentwicklung beispielhaft aufgeführt.

Die Haushaltssituation 2016 wird im Lagebericht zusammen mit den ergänzenden Ausführungen im Anhang durch ausführliche Darstellungen der Entwicklung der Erträge und Aufwendungen dargelegt. Chancen und Risiken im gesamtwirtschaftlichen Umfeld sind hinreichend dargestellt. Von höchster Priorität ist, die in den nächsten Jahren geplanten Haushaltsausgleiche auch im Ergebnis zu erreichen.

Im Abschnitt 5.5 des Lageberichtes (S. 17/18) sind die Chancen und Risiken bezogen auf die Beteiligungen ausführlich dargestellt. Neben den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen werden insbesondere die maßgeblichen Gesellschaften Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) mit ihren Beteiligungsgesellschaften Stadtwerke Duisburg AG und Duisburger Verkehrsgesellschaft AG sowie die Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR betrachtet.

Auf der Grundlage der oben aufgeführten Annahmen, der geprüften Unterlagen sowie der im Rahmen dieser Prüfung durchgeführten Analysen ergeben sich keine Einwendungen gegen die Einschätzung zur Lage, zum Fortbestand und zur künftigen Entwicklung der Stadt Duisburg. Der Lagebericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Er ist plausibel und nachvollziehbar und steht mit den bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnissen im Einklang. Die Darstellungen und Beurteilungen der Lage vermitteln insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Duisburg. Die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Stadt Duisburg sind zutreffend dargestellt.

2 Weitere grundsätzliche Feststellungen

Vorlage des Jahresabschluss-Entwurfes 2016

Gemäß § 95 Abs. 3 GO NRW ist der vom Oberbürgermeister bestätigte Entwurf innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres dem Rat zur Feststellung zuzuleiten. Für den Entwurf des Jahresabschlusses 2016 (DS 17-0260 vom 31.03.2017) erfolgte die Feststellung durch Beschluss in der Sitzung des Rates der Stadt am 08.05.2017.

Sonstige Feststellungen und Empfehlungen

Mit DS 16-0182 vom 12.08.2016 wurde dem Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 30.08.2016 der Beratungsbericht der GPA NRW vorgelegt, der eine Überprüfung der Werthaltigkeit der Finanzanlagen zum Stichtag 31.12.2014 beinhaltete. Die von der GPA NRW ausgesprochenen Empfehlungen wurden von der Beteiligungsverwaltung umgesetzt, notwendige Korrekturen sind im Jahresabschluss 2016 vorgenommen worden. Über Einzelheiten wird zu den Finanzanlagen (Aktiva Ziffer 1.3) berichtet.

Der Rechnungsprüfungsausschuss wurde in der Sitzung am 07.03.2017 über die Werthaltigkeit der im Rahmen der Festbewertung bilanzierten Vermögensgegenstände informiert (DS 17-0209 vom 20.02.2017). Die in dieser Mitteilungsvorlage vom RPA empfohlenen zeitnahen Wertkorrekturen wurden im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 gebucht. Von der noch ausstehenden, über die rein rechnerische Wertermittlung hinausgehenden Überprüfung durch das Amt für schulische Bildung (Amt 40), sind keine wesentlichen Korrekturen mehr zu erwarten.

Die Zuordnung der Zuwendungen zu den Sonderposten für zwei größere Städtebauförderungsmaßnahmen wurde inzwischen umgesetzt. Für die Maßnahmen „Attraktivierung Nebenzentren Beeck“ und „Stadterneuerungsprogramm Hochfeld-West“ waren seit 2008 Sammelzuwendungen in Höhe von insgesamt 3,903 Mio. EUR aufgelaufen. Zunächst wurden die Zuwendungen in Höhe von 1,804 Mio. EUR für die Maßnahme Beeck umgebucht. Für die Maßnahme Hochfeld erfolgte die Umbuchung der Sammelzuwendungen im Januar 2017 für das Haushaltsjahr 2016.

Mit Bericht Nr. 01/2014 vom 13.10.2014 hat das RPA über die Prüfung der Folgeinventur nicht beweglicher Vermögensgegenstände informiert (DS 14-1191). Die zum Teil sehr aufwendigen Erfassungen sind inzwischen für alle in Frage kommenden Bilanzpositionen so weit abgeschlossen, dass wesentliche Abweichungen von den Bilanzwerten ausgeschlossen werden können. Das RPA wird in einem gesonderten Prüfbericht die detaillierten Ergebnisse darstellen.

Die Prozesse des SAP-Managements zwischen Finanzverwaltung, Zentralverwaltung und der DU-IT sind noch nicht endgültig geregelt und dokumentiert. Am 16.12.2013 veröffentlichte die ehemalige Stabsstelle IV-03 (Zentrale IT-Strategie/IT-Organisation) ein SAP-Berechtigungsrahmenkonzept.

Dieses beschreibt grundsätzlich die Aufgaben und Prozesse, die notwendig sind, um die Sicherheit, Integrität und Authentizität der SAP-Systemlandschaft zu gewährleisten, verweist aber auf weitere noch zu entwickelnde SAP-Teilkonzepte.

Entsprechend der Mitteilungsvorlage des RPA (DS 14-0230 vom 19.02.2014) ist eine Aufgabe des zentralen SAP-Managements die Koordination der Entwicklung weiterer Teilkonzepte durch die Fachbereiche. Diese sollen die systemspezifischen Regelungen für die jeweiligen SAP-Systeme (z. B. NKF) enthalten.

Das zentrale SAP-Management wird seit dem 01.01.2014 vom Hauptamt (Amt 10) als "SAP-Gesamtkoordination" wahrgenommen und ist zum 01.08.2016 neu besetzt worden.

Es existieren u. a. SAP-Teilkonzepte für die Systeme der Personalwirtschaft (SAP HCM) und des Rechnungswesens nach dem NKF (SAP NKF). Vor dem Hintergrund des nächsten SAP-Releases „S/4HANA“ besteht allerdings die Notwendigkeit, sämtliche vorhandenen Konzepte zu überarbeiten. Weiterhin müssen die immer noch fehlenden Konzepte erstellt werden.

Das RPA wird die Entwicklung weiterverfolgen und den Rechnungsprüfungsausschuss u. a. über den Sachstand zu den relevanten Fragen zur IT- und SAP-Sicherheit informieren (B-Controlling).

III Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

1 Gegenstand der Prüfung

Gegenstand der Prüfung ist der Jahresabschluss 2016 mit seinen in § 37 GemHVO NRW aufgeführten Bestandteilen. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände (§ 101 Abs. 1 Satz 3 GO NRW) einbezogen.

Der von der Stadtkämmerin aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2016 wurde vom Rat der Stadt beschlossen und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen. Nach § 101 GO NRW und § 4 Abs. 2 Buchstabe b der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Duisburg bedient sich der Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung des Jahresabschlusses der örtlichen Rechnungsprüfung.

2 Art und Umfang der Prüfung

Auf der Grundlage eines risiko- und systemorientierten Prüfansatzes wurden zunächst eine Prüfstrategie entwickelt und Prüfungsschwerpunkte festgelegt. Die Prüfung der einzelnen Bilanzposten wurde von verschiedenen Prüfteams des RPA durchgeführt, während die Prüfung der Teilrechnungen Aufgabe der zuständigen Fachprüferin/des Fachprüfers war.

Als Ergebnis des Risikobeurteilungsprozesses sowie der Festlegung der Prüfstrategie und der Prüfziele wurden folgende Schwerpunkte für die Prüfung festgelegt:

- die Werthaltigkeit der nach dem Festwertverfahren bilanzierten Vermögensgegenstände,
- das Interne Kontrollsystem (IKS),
- die Ordnungsmäßigkeit der Belege und
- die ausreichende Dokumentation in der Buchführung.

Die drei letztgenannten Schwerpunkte unterliegen generell mit unterschiedlicher Intensität besonderer Aufmerksamkeit bei der Prüfung des Jahresabschlusses.

Bei der Durchführung der Prüfung wurden die Vorschriften der Gemeindeordnung NRW, der Gemeindehaushaltsverordnung NRW sowie die Handreichung des MIK und weitere gesetzliche Vorgaben herangezogen. Für weitergehende Fragestellungen wurden auch das Handelsgesetzbuch (HGB) und die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfungen in die Prüfhandlungen mit einbezogen.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Fehler mit hinreichender Sicherheit hätten erkannt werden müssen. Es wurden System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelprüfungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind in den Arbeitspapieren des RPA ausführlich dokumentiert. Die Aussagen in diesem Bericht stellen lediglich eine Zusammenfassung der Endergebnisse dar.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfauftrages ist die Einhaltung der für den Jahresabschluss maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften und der sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Vorschriften sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft worden.

Die Prüfung wurde in den Monaten Mai bis September 2017 durchgeführt.

IV Erläuterungen und Feststellungen zur Rechnungslegung

1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Für die Beurteilung der ordnungsmäßigen Buchung der Geschäftsvorfälle wurden die für Gemeinden vorgeschriebenen gesetzlichen Regelungen, örtlichen Richtlinien, das Kontierungshandbuch der Stadt Duisburg und der Duisburger Kontenplan herangezogen.

Nach § 103 Abs. 1 Ziffer 4 GO NRW gehört die laufende Prüfung der Vorgänge in der Finanzbuchhaltung ebenfalls zur Vorbereitung der Prüfung des Jahresabschlusses. Für das Ablagesystem der buchungsbegründenden Unterlagen sind die Regelungen in der „Richtlinie über die Aufbewahrung von Unterlagen des Rechnungswesens der Stadt Duisburg“ und in der „Jahresabschlussrichtlinie der Stadt Duisburg“ zu beachten.

§ 27 der GemHVO NRW legt fest, dass alle Geschäftsvorfälle unter Beachtung der „Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung“ (GoB) in den Büchern klar ersichtlich und nachprüfbar aufzuzeichnen sind. Die Eintragungen in die Bücher müssen vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet vorgenommen werden, so dass die Geschäftsvorfälle in ihrer Entstehung und Abwicklung nachvollziehbar sind. Den Buchungen sind Belege zu Grunde zu legen (begründende Unterlagen), durch die der Nachweis der richtigen und vollständigen Ermittlung der Ansprüche und Verpflichtungen zu erbringen ist. Die Buchungsbelege müssen Hinweise enthalten, die eine Verbindung zu den Eintragungen in den Büchern herstellen. Entsprechende gesetzliche Regelungen gibt es auch zur Archivierung. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung werden Belege sowohl von der Finanzbuchhaltung (FiBu) als auch von den Fachbereichen eingesehen und geprüft. Insbesondere werden zur Abstimmung der Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den verbundenen Unternehmen, den Beteiligungen, der Sondervermögen und der Kernverwaltung Saldenbestätigungen von der FiBu angefordert und geprüft.

Außerdem sind die „Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff“ (GoBD) zu beachten. Die hier beschriebenen Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten sowie der Datenzugriff sind in der „Richtlinie über die Aufbewahrung von Unterlagen des Rechnungswesens der Stadt Duisburg“ berücksichtigt worden.

Im Zeitraum Oktober 2016 bis Februar 2017 hat das RPA eine separate Prüfung der Einnahmekassen des Instituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz (53-5*) durchgeführt. Der Bericht Nr. 05/2016 vom 17.02.2017 wurde in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 07.03.2017 (DS 17-0207 vom 21.02.2017) behandelt. Inhalt der Prüfung waren u. a. die Kassenunterlagen der Einnahmekassen. Die Prüfung ergab, dass im Wesentlichen Formfehler in der Buchführung als auch in der erforderlichen Dokumentation vorhanden waren. Die entsprechenden Prüfbemerkungen wurden vom Fachbereich noch während der Prüfung aufgegriffen und ausgeräumt bzw. wird die Umsetzung im „B-Controlling“ durch das RPA nachgehalten.

2 Feststellungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Der Jahresabschluss wurde grundsätzlich auf der Basis der rechtlichen Grundlagen und im Wesentlichen unter Beachtung der geltenden Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften aufgestellt. Die Bilanzgliederung entspricht den Vorgaben des § 41 GemHVO NRW. Die Nummerierung der Feststellungen orientiert sich an dem vorgelegten Bilanzentwurf.

AKTIVA

1 Anlagevermögen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	4.639.689.524,63 EUR	4.706.960.896,16 EUR

Im Anlagevermögen sind die gemeindlichen Vermögensgegenstände anzusetzen, die von der Gemeinde nicht nur vorübergehend für ihre Aufgabenerfüllung gehalten werden. Sie sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb der Gemeinde zu dienen.

Gemäß § 44 Abs. 3 GemHVO NRW ist dem Anhang zum Jahresabschluss ein Anlagenspiegel nach § 45 GemHVO NRW beizufügen (Anlage 2.1 dieses Berichtes). Im Anlagenspiegel ist die Entwicklung der Posten des Anlagevermögens darzustellen. Er ist mindestens entsprechend § 41 Abs. 3 Nr. 1 GemHVO NRW zu gliedern. Der vorgelegte Anlagenspiegel entspricht in seinem Aufbau dem auf Grundlage der Bestimmungen der GemHVO NRW vom Innenministerium vorgegebenen Muster.

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	993.853,17 EUR	1.118.573,39 EUR

Immaterielle Vermögensgegenstände sind Vermögenswerte des Anlagevermögens, die körperlich nicht fassbar sind. Hierzu gehören im Wesentlichen Konzessionen, Lizenzen und DV-Software. Eine Aktivierung kann nur erfolgen, wenn immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworben wurden und sie selbstständig bewertungsfähig sind.

Der Bilanzwert zum 31.12.2016 setzt sich wie folgt zusammen:

Konzessionen, Nutzungsrechte	0,000 Mio. EUR
Lizenzen	0,627 Mio. EUR
DV-Software	0,367 Mio. EUR

Gegenüber dem Jahresabschluss 2015 hat sich der Bilanzansatz um 0,125 Mio. EUR verringert. Der Bilanzwert für die Konzessionen und Nutzungsrechte hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,028 Mio. EUR aufgrund von Abschreibungen vermindert. Die Werte für Lizenzen sind um 0,070 Mio. EUR und für DV-Software um 0,028 Mio. EUR gesunken, da den Anlagenzugängen (z. B. Schulträgerlizenzen, Relaunch der Website „www.duisburg.de“) höhere Abschreibungen gegenüberstanden.

1.2 Sachanlagevermögen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	2.833.895.824,43 EUR	2.895.019.690,64 EUR

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Ansatz um 61,124 Mio. EUR verringert.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit beschränkt sich die Aufschlüsselung in den folgenden Bilanzposten überwiegend auf Abschreibungen sowie Zu- und Abgänge.

Mit DS 14-1191 hat das RPA einen „Bericht über die Prüfung der Folgeinventur nicht beweglicher Vermögensgegenstände“ vorgelegt. Die Prüfung der betroffenen Bilanzpositionen ist inzwischen abgeschlossen, es haben sich keine wesentlichen Abweichungen ergeben.

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	460.028.691,89 EUR	454.939.884,14 EUR

Unbebaute Grundstücke sind Grundstücke, auf denen sich keine Gebäude befinden. Innerhalb dieses Bilanzpostens erfolgt eine Unterteilung in Grünflächen (z. B. Parkanlagen, naturschutzwürdige Flächen, Wasserflächen), Ackerland (landwirtschaftlich genutzte Flächen der Gemeinde ohne Gebäude-, Hof- oder Wegeflächen), Wald und Forsten (der im gemeindlichen Besitz befindliche Wald sowie sonstige forstwirtschaftlich genutzte Flächen ohne Gebäude-, Hof- oder Wegeflächen) sowie sonstige unbebaute Grundstücke (andere, nicht unter den zuvor

genannten Punkten aufgeführte Grundstücke, z. B. unbebaute Bau- oder Gewerbegrundstücke).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der bilanzierte Wert um 5,089 Mio. EUR erhöht.

Zugänge und Umbuchungen summieren sich auf 12,810 Mio. EUR; größte Einzelposition ist dabei die Aktivierung der Grünanlage des Projektes „Grüngürtel Nord“ mit 9,449 Mio. EUR. Abgänge in Höhe von 3,695 Mio. EUR sowie Abschreibungen, z. B. für Sportanlagen oder Wegdecken, in Höhe von 4,027 Mio. EUR stellen weitere maßgebliche Größen für die Entwicklung des Bilanzansatzes dar.

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	20.906.800,26 EUR	22.287.976,07 EUR

Unter diesem Bilanzposten werden neben einigen Forsthäusern in erster Linie Sportstätten erfasst, da das Immobilienvermögen grundsätzlich nicht bei der Kernverwaltung, sondern bei der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung IMD bilanziert wird.

Der Wert hat sich im Jahresverlauf um 1,381 Mio. EUR verringert, verursacht durch Abschreibungen in Höhe von 1,448 Mio. EUR sowie geringfügige Zugänge von 0,067 Mio. EUR.

1.2.3 Infrastrukturvermögen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	2.208.769.667,53 EUR	2.243.448.365,64 EUR

Dieses Vermögen umfasst die öffentlichen Einrichtungen, die ausschließlich nach ihrer Bauweise und Funktion der örtlichen Infrastruktur dienen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz um 34,679 Mio. EUR verringert.

Zugänge und Umbuchungen summieren sich auf 35,621 Mio. EUR; die korrespondierenden Einzelmaßnahmen sind sehr zahlreich. Größte Einzelprojekte sind der Deich Mündelheim mit 13,536 Mio. EUR sowie die Vinckekanalbrücke mit einem Volumen von 2,413 Mio. EUR.

Demgegenüber verringerte sich der Bilanzansatz durch Abschreibungsaufwand. Dieser bewegt sich mit 67,818 Mio. EUR leicht über Vorjahresniveau, verursacht u. a. durch eine Verkürzung der maximal erlaubten Nutzungsdauer von Straßen um 10 auf 50 Jahre.

Die Abgänge des Berichtsjahres betragen insgesamt 3,568 Mio. EUR. Auch hier entfallen die maßgeblichen Beträge auf zahlreiche Einzelmaßnahmen.

1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	0,00 EUR	0,00 EUR

Es sind keine Bauten auf fremdem Grund und Boden vorhanden.

1.2.5 Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	17.818.119,80 EUR	17.868.286,80 EUR

Diesem Bilanzposten sind Vermögensgegenstände zuzuordnen, deren Erhaltung wegen ihrer Bedeutung für Kunst, Geschichte und Kultur im öffentlichen Interesse liegt.

Hierzu gehören die musealen Sammlungen des Kultur- und Stadthistorischen Museums, des Museums der Deutschen Binnenschifffahrt und des ehemaligen Museums Haus Königsberg, Plastiken im Freien, der Bestand der Kunstwerke Duisburger Künstlerinnen und Künstler, die Sammlung historischer Bücher in der Stadtbibliothek sowie archäologische Ausgrabungsfunde. Ein weiterer Bestandteil sind nicht als Gebäude genutzte Baudenkmäler und Bodendenkmäler.

Der Bilanzwert verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,050 Mio. EUR. Dies ist hauptsächlich durch Veränderungen aus der Inventur (Zugänge von 0,003 Mio. EUR und Abgänge von 0,047 Mio. EUR) zurückzuführen.

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	14.700.060,93 EUR	15.372.806,37 EUR

Bei diesem Bilanzposten werden alle Maschinen und technischen Anlagen, die für die Leistungserstellung durch die Stadt erforderlich sind, erfasst. Hierzu gehören unter anderem Arbeitsmaschinen, Messgeräte oder Nachrichten- und Leitstellentechnik. Auch sämtliche Betriebsvorrichtungen, wie beispielsweise Notstromaggregate oder Klimaanlage, werden hier aktiviert, wenn sie selbstständig bewertungsfähig sind. Darüber hinaus werden hier die Fahrzeuge der Kernverwaltung abgebildet.

Der Bilanzwert setzt sich zum 31.12.2016 wie folgt zusammen:

Nachrichtentechnik, Kabelnetze	0,244 Mio. EUR
Sonstige technische Anlagen und Maschinen	4,105 Mio. EUR
Fahrzeuge	10,351 Mio. EUR

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Bilanzwert um 0,673 Mio. EUR verringert.

Der Bilanzwert für die Nachrichtentechnik und die Kabelnetze hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,050 Mio. EUR aufgrund von Abschreibungen vermindert. Der Wert für die sonstigen technischen Anlagen und Maschinen ist um 0,320 Mio. EUR gestiegen, da den Abschreibungen höhere Anlagenzugänge (z. B. dringend notwendige Telekommunikationsanlagen) gegenüberstanden. Das Anlagevermögen der Fahrzeuge hat sich um 0,943 Mio. EUR verringert, da die Abschreibungen höher als die Anlagenzugänge (z. B. Geschwindigkeitsmessfahrzeuge) waren.

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	66.343.169,54 EUR	80.551.129,63 EUR

Zur Betriebs- und Geschäftsausstattung gehören alle Vermögensgegenstände, die dem allgemeinen Geschäftsbetrieb der Stadt dienen. Hierzu zählen unter anderem Einrichtungsgegenstände und PC-Ausstattungen von Büros und Klassenräumen, Werkzeuge oder Musikinstrumente. Darüber hinaus sind auch fachspezifische Ausstattungen zu erfassen, wie beispielsweise Löschgeräte für die Feuerwehr oder Spielsachen in Kindertageseinrichtungen.

Ein Teil der Vermögensgegenstände ist einzeln erfasst und bewertet worden. Für den überwiegenden Teil sind Festwerte auf Grundlage des § 34 GemHVO NRW gebildet worden, beispielsweise für das Büro- und Schulmobiliar, für die Lehr- und Unterrichtsmittel bei den Schulen oder für den Medienbestand der Stadtbibliothek.

Der Bilanzwert setzt sich zum 31.12.2016 wie folgt zusammen:

Einrichtung in Schulen	35,515 Mio. EUR
Einrichtung in Kindertageseinrichtungen	6,298 Mio. EUR
Einrichtung der Feuerwachen und	
Beladung der Feuerwehrfahrzeuge	5,569 Mio. EUR
Medienbestand der Stadtbibliothek	4,583 Mio. EUR
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	14,378 Mio. EUR

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Bilanzwert um 14,208 Mio. EUR verringert.

Im Jahr 2016 erfolgte eine Überprüfung der Werthaltigkeit der im Rahmen der Festbewertung bilanzierten Vermögensgegenstände (vgl. Mitteilungsvorlage vom 20.02.2017, DS 17-0209). Aufgrund der vom RPA veranlassten Werthaltigkeitskontrolle durch die Anlagenbuchhaltung ergaben sich erhöhte Wertabschläge, die bei der Berechnung der Festwerte zugrunde gelegt werden müssen. Durch die Korrektur der Wertabschläge wurden vor allem die Festwerte für die Einrichtungen in Schulen (13,233 Mio. EUR) und für die Einrichtungen der Feuerwachen und Beladung der Feuerwehrfahrzeuge (1,978 Mio. EUR) nach unten korrigiert.

Alle Geschäftsvorfälle, die Auswirkung auf den mengenmäßigen oder wertmäßigen Bestand des Anlagevermögens haben, werden durch die Anlagenbuchhaltung laufend im System erfasst. Das Verfahren ist in der Geschäftsanweisung der Anlagenbuchhaltung für das bewegliche Anlagevermögen geregelt.

1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	45.329.314,48 EUR	60.551.241,99 EUR

Unter diesem Bilanzposten werden u. a. Anzahlungen aktiviert, die eine Vorausleistung der Stadt Duisburg auf den Kaufpreis für das Sachanlagevermögen darstellen. In diesen Fällen wurde eine Zahlung geleistet, ohne bereits in den Besitz des Vermögensgegenstandes gekommen zu sein. Nach Erfüllung des Rechtsgeschäftes ist der als geleistete Anzahlung eingestellte Betrag entsprechend seiner Verwendung umzubuchen.

Anlagen im Bau (AiB) bilden den Wert noch nicht fertiggestellter Sachanlagen ab. Bei endgültiger Fertigstellung bzw. Betriebsbereitschaft werden die summierten Herstellungskosten auf die endgültige Anlage nach der Vermögensverwendung umgebucht.

Der ausgewiesene Wert dieses Bilanzpostens hat sich im Laufe des Jahres von 60,551 Mio. EUR um 15,222 Mio. EUR auf 45,329 Mio. EUR verringert. Neben Zugängen in Höhe von 18,949 Mio. EUR gab es Umbuchungen (Aktivierungen in den Anlagenbestand) von 34,171 Mio. EUR.

Die Anzahlungen enthalten mehrere größere Anschaffungen bei der Feuerwehr, z. B. von Löschfahrzeugen. Bei den Anlagen im Bau wurden u. a. Zugänge für die Maßnahmen Stadtbahn (2,577 Mio. EUR), Gestaltung Bahnhofsplatte (1,926 Mio. EUR) und Umbau Wanheimer Straße/Heerstraße (1,144 Mio. EUR) in 2016 verbucht.

Bei einigen Baumaßnahmen erfolgten in 2016 größere Aktivierungen in den Anlagenbestand, u. a. beim Grüngürtel Duisburg-Nord, Sanierung Bruckhausen (12,476 Mio. EUR), der Deichrückverlegung Mündelheim 1. und 2. Bauabschnitt (13,536 Mio. EUR), der Bergisch-Märkischen-Hochfeldbahn (1,399 Mio. EUR) und dem Ruhrtalradweg Rheinorange (0,966 Mio. EUR).

1.3 Finanzanlagen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	1.804.799.847,03 EUR	1.810.822.632,13 EUR

Der Bilanzansatz hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 6,023 Mio. EUR verringert.

In dem Bilanzposten Finanzanlagen werden die Vermögenswerte angesetzt, die dauerhaft finanziellen Anlagezwecken oder Verbindungen zu den verselbstständigten Organisationseinheiten der Gemeinde sowie damit zusammenhängenden Ausleihungen dienen.

Dieser Bilanzposten untergliedert sich in folgende (Mindest-) Bestandteile (§ 41 Abs. 3 GemHVO NRW):

- Anteile an verbundenen Unternehmen
- Beteiligungen
- Sondervermögen
- Wertpapiere des Anlagevermögens
- Ausleihungen

Finanzanlagen sind in der Regel nicht planmäßig abzuschreiben. Außerplanmäßige Abschreibungen sind bei Finanzanlagen vorzunehmen und im Anhang zu erläutern, wenn nach § 35 Abs. 5 GemHVO NRW Anhaltspunkte für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung bestehen; bei einer voraussichtlich nicht dauernden Wertminderung besteht ein Wahlrecht. Es wurden die unter Ziffern 1.3.1 und 1.3.2 aufgeführten außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen (Anhang S. 12, Lagebericht S. 10). Die Verrechnung dieser Abschreibungen wurde mangels Allgemeiner Rücklage gegen das negative Eigenkapital auf der Aktivseite gebucht.

Die Stabsstelle Beteiligungen (Amt 20-3) verfasst zu jedem Bilanzstichtag Folgebewertungsbögen, die in einem standardisierten Verfahren vom RPA einer prüferischen Durchsicht unterzogen werden; tiefergehende Prüfhandlungen erfolgen nach einer bewussten Stichprobenauswahl nach dem risikoorientierten Prüfansatz.

Mit DS 16-0182 vom 12.08.2016 wurde dem Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 30.08.2016 der Beratungsbericht der GPA NRW vorgelegt, der eine Überprüfung der Werthaltigkeit der Finanzanlagen zum Stichtag 31.12.2014 beinhaltete. Die von der GPA NRW ausgesprochenen Empfehlungen wurden von der Beteiligungsverwaltung umgesetzt, notwendige Korrekturen sind im Jahresabschluss 2016 vorgenommen worden.

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	1.086.818.394,49 EUR	1.088.144.394,49 EUR

Unter diesem Posten werden grundsätzlich Mehrheitsbeteiligungen der Stadt Duisburg ausgewiesen. Der Ansatz hat sich um 1,326 Mio. EUR verringert, verursacht durch eine Wertkorrektur der Duisburg Kontor GmbH (DK).

Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV)

Die DVV nimmt als Holding unterschiedliche Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge wahr, die sowohl sachzielorientiert (Verkehr) als auch erwerbswirtschaftlich (Energieversorgung) qualifiziert werden können. Insofern wird die Sparte Verkehr, Duisburger Verkehrsgesellschaft AG (DVG), nach dem Substanzwertverfahren und die Sparte Energie, Stadtwerke Duisburg AG (SWDU), nach dem Ertragswertverfahren bewertet.

GEBAG - Duisburger Baugesellschaft mbH

Diese Finanzanlage enthält von der GPA NRW überschlägig ermittelte Bewertungsreserven von mehr als 28,000 Mio. EUR. Zur abschließenden Verifizierung hat die Beteiligungsverwaltung auf Empfehlung der GPA NRW eine Überprüfung des Substanzwerts unter Berücksichtigung der fortgeschriebenen Baupreisindizes initiiert. Diese Überprüfung hat eine noch höhere Bewertungsreserve ergeben, so dass kein Abwertungsbedarf besteht.

Duisburg Kontor GmbH (vormals: FrischeKontor Duisburg GmbH, FKD)

Die GPA NRW hat die Überprüfung des Substanzwerts der Gesellschaft empfohlen. Die zum 31.12.2016 erfolgte Substanzwertermittlung hat einen Abschreibungsbedarf von 1,326 Mio. EUR ergeben, der mit dem Jahresabschluss 2016 gebucht wurde.

1.3.2 Beteiligungen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	295.900.393,40 EUR	296.614.749,50 EUR

Minderheitsbeteiligungen über 20 % werden grundsätzlich unter dieser Position ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz durch Abschreibungen um 0,714 Mio. EUR verringert.

Revierpark Mattlerbusch GmbH (RPM GmbH)

Die mit dem Jahresabschluss 2015 erfolgte Wertkorrektur um 0,429 Mio. EUR. war aus Sicht des RPA und der GPA NRW nicht ausreichend. Die nun erfolgte, weitere Abschreibung um 0,663 Mio. EUR ist zum 31.12.2016 abschließend.

Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (GfW)

Im Berichtsjahr erfolgte eine Wertkorrektur um 0,051 Mio. EUR, bedingt durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage zur Abdeckung des Jahresfehlbetrages.

1.3.3 Sondervermögen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	337.391.981,62 EUR	334.756.419,37 EUR

Hier erfolgt der Ausweis der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und der unselbständigen Stiftungen. Der Bilanzansatz hat sich im Vergleich zum Vorjahr durch eine zweckgebunden zu verwendende Erbschaft im Bereich der unselbständigen Stiftungen um 2,636 Mio. EUR erhöht.

Immobilien-Management Duisburg (IMD)

Der Immobilienbestand des IMD setzt sich überwiegend aus Immobilien für Schulen jeglicher Schulformen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, kulturellen und sozialen Einrichtungen sowie Veranstaltungs- und Verwaltungsgebäuden zusammen. Insofern erbringt das IMD überwiegend Leistungen für die Kernverwaltung. Als Finanzanlage ist das IMD nach der Eigenkapitalspiegelmethode bewertet.

Die Stadt Duisburg hat sich verpflichtet, die aus der Schließung der Mercatorhalle resultierenden Verluste zu übernehmen. Die Werthaltigkeit der Finanzanlage ist damit sichergestellt.

1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	30.833.029,92 EUR	30.412.788,23 EUR

Den Wertpapieren des Anlagevermögens sind Beteiligungen unter 20 % und Wertpapiere zuzuordnen.

Nach § 55 Abs. 7 GemHVO NRW sind Wertpapiere, die an einer Börse zum amtlichen Handel oder zum geregelten Markt zugelassen sind, mit dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen ausgehend vom Eröffnungsbilanzstichtag anzusetzen. Die zuständigen Fachbereiche beobachten die Kurswerte der Wertpapiere und prüfen, ob Kriterien einer dauerhaften Wertminderung vorliegen könnten.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Bilanzansatz um 0,420 Mio. EUR erhöht, was hauptsächlich auf eine Ertragsthesaurierung beim Stadtbahnfonds zurückzuführen ist.

1.3.5 Ausleihungen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	53.856.047,60 EUR	60.894.280,54 EUR

Unter dieser Position sind z. B. langfristige Darlehen, Grund- und Rentenschulden, Hypotheken, aber auch Sachdarlehen in Form einer Wertpapierleihe zu erfassen. Sie müssen eine Mindestlaufzeit von über einem Jahr haben. Kurzfristige Ausleihungen mit einer Laufzeit unter einem Jahr sind dem Umlaufvermögen zuzuordnen. Nicht zu den Ausleihungen gehören langfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die Verringerung des Bilanzansatzes gegenüber dem Vorjahr um 7,038 Mio. EUR ist hauptsächlich auf Tilgungszahlungen, die durch entsprechende Darlehensverträge begründet sind, zurückzuführen.

2 Umlaufvermögen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	191.514.789,88 EUR	190.277.190,21 EUR

Als Umlaufvermögen werden auf der Aktivseite der Bilanz die Vermögensgegenstände ausgewiesen, die dem Geschäftsbetrieb der Gemeinde nicht dauerhaft dienen sollen, sondern zum Verbrauch, Verkauf oder nur für eine kurzfristige Nutzung vorgesehen sind. Insbesondere sind hier die Vorräte, die Forderungen und die liquiden Mittel zu nennen. Bei der Bewertung dieser Vermögensgegenstände ist nach § 35 Abs. 7 GemHVO NRW das strenge Niederstwertprinzip zu beachten.

Das Umlaufvermögen ist in der Bilanz zum 31.12.2016 mit 191,515 Mio. EUR ausgewiesen. Es enthält im Wesentlichen öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen in Höhe von 83,366 Mio. EUR, privatrechtliche Forderungen in Höhe von 82,038 Mio. EUR und liquide Mittel in Höhe von 20,847 Mio. EUR.

2.1 Vorräte

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	656.909,07 EUR	821.064,96 EUR

Der Bilanzposten Vorräte enthält zum einen Vermögenswerte für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren aus Lagerbeständen mehrerer Fachbereiche. Weiterhin sind hier geleistete Anzahlungen für nicht durchgeführte Leistungen ausgewiesen.

2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	492.070,79 EUR	494.925,41 EUR

Das Vorratsvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

Hauptamt	0,024 Mio. EUR
Bürger- und Ordnungsamt	0,010 Mio. EUR
Feuerwehr und Zivilschutzamt	0,162 Mio. EUR
Kultur- und Stadthistorisches Museum	0,296 Mio. EUR

Die Vorräte wurden gemäß § 33 Abs. 2 GemHVO NRW zu den Anschaffungskosten bewertet. Die Erfassung und Bewertung erfolgte einzeln. Vom Bewertungsvereinfachungsverfahren nach § 34 GemHVO NRW wurde kein Gebrauch gemacht.

Der Bilanzansatz hat sich gegenüber dem Wert zum 31.12.2015 um 0,003 Mio. EUR verringert. Zurückzuführen ist dies auf eine Reduzierung der Anzahl der Familienstammbücher beim Bürger- und Ordnungsamt (Amt 32) und auf die Verminderung der Lagervorräte beim Fachbereich Feuerwehr und Zivilschutzamt (Amt 37). Demgegenüber steht ein Zuwachs bei den Vorräten im Hauptamt (Amt 10, Bereich Druck- und Postcenter) und von Plänen, Katalogen und Sammlungen beim Kultur- und Stadthistorischen Museum (Amt 41-5).

2.1.2 Geleistete Anzahlungen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	164.838,28 EUR	326.139,55 EUR

Der Bilanzansatz setzt sich wie folgt zusammen:

Kommunales Integrationszentrum	0,036 Mio. EUR
Stadtbibliothek	0,063 Mio. EUR
Volkshochschule	0,066 Mio. EUR

Die gemeinnützige Gesellschaft für Beschäftigungsförderung mbH (GfB) wurde durch das Kommunale Integrationszentrum (OB-6) beauftragt, im Rahmen des Projektes „Unser Haus Europa“ die Integration von Zuwanderern aus Osteuropa umzusetzen. Da die Maßnahme in 2016 durch die GfB noch nicht abgeschlossen war, wurde ein Teil der Finanzmittel als geleistete Anzahlung aktiviert.

Weiterhin sind hier geleistete Anzahlungen an das IMD für noch zu erbringende Festeinbauten im neuen Stadtfenster bilanziert.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	169.756.804,03 EUR	158.918.737,60 EUR

Dieser Bilanzposten wird gem. § 41 Abs. 3 Nr. 2.2 GemHVO NRW in öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Forderungen untergliedert, unter denen wiederum unterschiedliche Forderungsarten anzusetzen sind. Als sonstige Vermögensgegenstände sind Vermögensgegenstände auszuweisen, die sich nicht eindeutig einem anderen Posten des Umlaufvermögens zuordnen lassen. Hierzu zählen z. B. Steuererstattungsansprüche oder Schadensersatzansprüche.

Nach § 28 Abs. 2 GemHVO NRW sind Forderungen im Rahmen der Inventur gesondert zu erfassen. Hierbei wird die körperliche Inventur durch die Beleginventur ersetzt, da diese für Forderungen die einzige Aufnahmemöglichkeit ist. Bei dieser Inventurform muss der Bestand durch Belege nachgewiesen werden.

Unter Beachtung des Niederstwertprinzips sind die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände nach der Vorschrift des § 32 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO NRW einzeln zu bewerten und vorsichtig auf ihre Einbringlichkeit zu prüfen. Dies schließt eine Prüfung der Werthaltigkeit jeder einzelnen bestehenden Forderung mit der möglichen Folge einer sogenannten Einzelwertberichtigung ein. Die maßgebliche Form einer Einzelwertberichtigung ist im Wesentlichen die Niederschlagung gem. § 26 Abs. 2 GemHVO NRW. Jede befristet niedergeschlagene Forderung ist gemäß der Richtlinie zur Erfassung und Bewertung von Forderungen zu 100 % wertüberichtigen und jede unbefristete Niederschlagung ist in voller Höhe auszubuchen. Gestundete Forderungen nach § 26 Abs. 1 GemHVO NRW dürfen nicht wertberichtigt werden. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen werden zu 100 % als einbringlich angesehen.

Zum Bilanzstichtag werden Forderungen mit einem Wert von mehr als 10.000,00 EUR, die z. B. nicht befristet niedergeschlagen oder von der Vollziehung ausgesetzt sind, gesondert hinsichtlich des einzelnen Risikos individuell betrachtet. Die Fachbereiche werden über die Finanzbuchhaltung (Haupt- und Debitorenbuchhaltung) des Amtes 21 aufgefordert, zur Werthaltigkeit der einzelnen Forderung Stellung zu nehmen, sofern diese nicht an die Vollstreckung abgegeben, sondern vom Rechtsamt (Amt 30) bearbeitet werden.

Im Anschluss an die Einzelwertberichtigung erfolgt auf den verbleibenden Forderungsbestand die sogenannte Pauschalwertberichtigung durch die Haupt- und Debitorenbuchhaltung. Diese wird differenziert nach Forderungsarten (Vertragskontotypen) prozentual durchgeführt, um spezielle allgemeine Ausfallrisiken zu berücksichtigen. Die Ermittlung der entsprechenden Erfahrungswerte obliegt dem jeweiligen Fachbereich. Eine entsprechende Aufstellung ist durch die Fachbereiche der Finanzbuchhaltung zur Verfügung zu stellen. Bei den Steuerforderungen wird eine pauschale Wertberichtigung durch

einen prozentualen Berichtigungsanteil gestaffelt nach dem Alter der jeweiligen Forderung vorgenommen.

Der gesamte Forderungsbestand wurde zum 31.12.2016 mit insgesamt 16,970 Mio. EUR pauschal wertberichtigt. Nach den geprüften Unterlagen der Finanzbuchhaltung wurde für fünf Fachbereiche eine Pauschalwertberichtigung vorgenommen. Im Wesentlichen bezieht sich diese mit 8,945 Mio. EUR auf Forderungen im Bereich UVG des Jugendamtes (Amt 51) und mit 6,738 Mio. EUR auf Steuerforderungen des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21). Für die übrigen Fachbereiche kann auf eine pauschale Wertberichtigung auf Grund einer geringen Forderungshöhe bzw. 100 % Einbringlichkeit verzichtet werden.

Insgesamt sind Wertberichtigungen (Einzel- und Pauschalwertberichtigung) seit der Eröffnungsbilanz in Höhe von insgesamt 73,801 Mio. EUR vorgenommen worden. Somit bewegen sich die bestehenden Wertminderungen auf dem Niveau der Vorjahre 2014 (71,195 Mio. EUR) und 2015 (71,527 Mio. EUR). Im Berichtsjahr erhöhten sich die Wertberichtigungen um 2,274 Mio. EUR.

Im Rahmen der Prüfung wurde weiterhin festgestellt, dass die Forderungen zum Nennwert bilanziert und die Instrumentarien hinsichtlich Stundung, Niederschlagung und Erlass angewendet wurden.

Gemäß § 44 Abs. 3 GemHVO NRW ist dem Anhang zum Jahresabschluss ein Forderungsspiegel nach § 46 GemHVO NRW beizufügen. Im Forderungsspiegel ist der Gesamtbetrag der Forderungen am Abschlussstichtag (31.12.2016) unter Angabe der Restlaufzeiten auszuweisen. Er ist mindestens entsprechend § 41 Abs. 3 Nrn. 2.2.1 und 2.2.2 GemHVO NRW zu gliedern.

Der vorgelegte Forderungsspiegel (Anlage 2.2 dieses Berichtes) entspricht in seinem Aufbau grundsätzlich dem auf Grundlage der Bestimmungen der GemHVO NRW vom Innenministerium vorgegebenen Muster. Abweichend vom Muster enthält er eine detailliertere Gliederung in einzelne Forderungsarten. Die gesetzlich geforderte Aufteilung in Betragsangaben nach Restlaufzeiten ist entsprechend vorgenommen worden. Unter dem Begriff „Restlaufzeit“ ist dabei die Zeitspanne zwischen dem Abschlussstichtag für den Jahresabschluss und dem Fälligkeitstag der einzelnen Forderung zu verstehen. Dabei ist z. B. die Einräumung von Stundungen zu berücksichtigen.

2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	83.365.504,69 EUR	65.324.927,38 EUR

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen der Gemeinde entstehen vorrangig aus den verschiedenen Arten der zu beschaffenden Finanzmittel (§ 77 GO NRW). Zu den o. g. Forderungen gehören Forderungen aus der Erhebung von Gebühren, Beiträgen und Steuern. Davon zu trennen sind die gemeindlichen Forderungen aus der Gewährung von Transferleistungen, die ebenfalls zu den öffentlich-rechtlichen Forderungen gehören.

Der Bilanzansatz liegt um 18,041 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Es sind Wertberichtigungen in Höhe von insgesamt 50,241 Mio. EUR vorgenommen worden, so dass sich zum Bilanzstichtag der o. a. Bilanzansatz ergibt. Die Wertberichtigungen betrafen im Wesentlichen Steuerforderungen mit 29,855 Mio. EUR, Forderungen gegen Unterhaltspflichtige nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) mit 13,403 Mio. EUR, Nebenforderungen zu öffentlich-rechtlichen Forderungen mit 2,146 Mio. EUR und Bußgelder mit 1,674 Mio. EUR.

2.2.1.1 Gebühren

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	13.001.540,13 EUR	10.607.531,30 EUR

Zu den Gebühren gehören gemäß § 4 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz (KAG) alle Geldleistungen, die als Gegenleistung für eine besondere Leistung, Amtshandlung oder sonstige Tätigkeit der Verwaltung (Verwaltungsgebühren) oder für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen und Anlagen (Benutzungsgebühren) erhoben werden.

Bei den Gesamtgebühren in Höhe von 13,002 Mio. EUR sind im Wesentlichen rückständige Gebührenforderungen des Fachbereiches Feuerwehr und Zivilschutzamt (Amt 37) in Höhe von 6,778 Mio. EUR für z. B. durchgeführte Feuerwehr- und Rettungsdiensteinsätze und Gebühren des Ordnungsamtes (Amt 32) von 1,792 Mio. EUR enthalten.

Weiterhin werden die Friedhofsgebühren in Höhe von 1,208 Mio. EUR, die von der WBD-AöR im Namen und auf Rechnung der Stadt Duisburg erhoben werden, unter diesem Bilanzposten ausgewiesen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Gebührenforderungsbestand um 2,394 Mio. EUR gestiegen. Dies ist vorwiegend auf unverrechnete Leistungen der Gebührenabrechnung im Rettungsdienst für Notfalleinsätze und Krankentransporte gegenüber den Kostenträgern, z. B. Krankenkassen, zurückzuführen.

2.2.1.2 Beiträge

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	9.666.172,44 EUR	9.201.935,50 EUR

Bei den Beitragsforderungen in Höhe von insgesamt 9,666 Mio. EUR handelt es sich überwiegend um zum Bilanzstichtag noch nicht eingegangene Beiträge des Jugendamtes (Amt 51) für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen (9,103 Mio. EUR).

Beiträge nach dem KAG oder dem Baugesetzbuch (BauGB), die dem Ersatz eines Aufwandes für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen und Anlagen dienen (z. B. bei Straßenbaumaßnahmen), werden ebenfalls unter diesem Posten bilanziert.

2.2.1.3 Steuern

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	47.761.519,14 EUR	46.704.646,47 EUR

In diesem Bilanzposten sind Forderungen aus den Realsteuern nach § 3 Abs. 2 Abgabenordnung (Grund- und Gewerbesteuer) sowie weitere Steuern, wie z. B. Hunde- und Vergnügungssteuer, enthalten. Im Wesentlichen beziehen sich die Steuerforderungen auf die Gewerbesteuer (38,463 Mio. EUR) und die Grundsteuer B (4,431 Mio. EUR). Der Bilanzansatz liegt um 1,057 Mio. EUR über dem Vorjahreswert.

2.2.1.4 Forderungen aus Transferleistungen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	16.347.541,60 EUR	9.099.746,33 EUR

Bei den Forderungen aus Transferleistungen in Höhe von 16,348 Mio. EUR handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen, denen keine konkreten Gegenleistungen gegenüberstehen. Die Zahlungsansprüche beruhen auf einseitigen Verwaltungsvorgängen, wie z. B. Forderungen aus Überzahlungen bei Leistungen der Jugend- oder Sozialhilfe.

Insbesondere beinhaltet der Bilanzansatz Forderungen des Amtes für Soziales und Wohnen (Amt 50) in Höhe von 14,487 Mio. EUR, des Amtes für Stadtentwicklung und Projektmanagement (Amt 61) von 0,915 Mio. EUR und der Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik (Stabsstelle I-03) von 0,402 Mio. EUR.

Der deutliche Anstieg der Forderungen im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 7,248 Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus der Steigerung der Forderungen des Amtes 50 in Höhe von 6,928 Mio. EUR. Durch das geänderte Abrechnungsverfahren im Bereich der Grundsicherung erfolgte die Abrechnung des 4. Quartals erstmals vollständig zum Jahresende.

2.2.1.5 Kostenerstattungen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	22.453.616,31 EUR	17.914.171,51 EUR

Forderungen, die sich aus Kostenerstattungen im öffentlich-rechtlichen Bereich ergeben, werden unter den Forderungen aus Kostenerstattungen gebucht. Hierzu gehören z. B. Forderungen im Bereich der ordnungsbehördlichen Kostenerstattungen und Forderungen gegen Unterhaltspflichtige nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG).

Im Wesentlichen beziehen sich die Forderungen aus Kostenerstattungen auf Forderungen des Jugendamtes (Amt 51) gegen Unterhaltspflichtige nach dem UVG in Höhe von 14,811 Mio. EUR und auf Forderungen des Amtes für Soziales und Wohnen (Amt 50) in Höhe von 6,479 Mio. EUR.

Der Anstieg der Forderungen im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 4,539 Mio. EUR resultiert hauptsächlich aus der Erhöhung der Forderungen um 3,236 Mio. EUR bei Amt 50. Dabei handelt es sich überwiegend um Ansprüche gegenüber dem Land aus Kosten der Unterkunft, Rückzahlungsersatzansprüchen aus der Gewährung der Sozialhilfe und der Umstellung der Abrechnungsmodalitäten im Bereich der Grundsicherung.

Außerdem wurden Forderungen des Amtes 51 für die Erstattung der Kosten für die Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise von Minderjährigen (§ 89 d SGB VIII) in Höhe von 1,109 Mio. EUR gegenüber dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) aktiviert.

2.2.1.6 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	24.375.717,35 EUR	17.133.084,57 EUR

Hierzu gehören alle öffentlich-rechtlichen Forderungen, die nicht aus Gebühren, Beiträgen, Steuern oder Forderungen aus Transferleistungen resultieren und die in ihrer Beschreibung in keine der anderen Kontenarten passen. Dazu zählen z. B. Bußgelder des Ordnungsamtes (Amt 32) in Höhe von 5,259 Mio. EUR, Bußgelder des Rechtsamtes (Amt 30) von 1,298 Mio. EUR sowie andere sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen des Jugendamtes (Amt 51) von 3,437 Mio. EUR. Weiterhin sind in diesem Posten Nebenforderungen zu öffentlich-rechtlichen Forderungen des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21) in Höhe von 4,901 Mio. EUR enthalten.

Der deutliche Anstieg der Forderungen im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 7,243 Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus der erstmaligen Aktivierung der Erstattungsansprüche in Höhe von 6,824 Mio. EUR aus der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern nach § 89 d SGB VIII. Die aufgrund der erstattungsfähigen Aufwendungen ermittelten Ansprüche konnten - bedingt durch einen Bearbeitungsrückstau beim überörtlichen Träger - im Berichtsjahr noch nicht geltend gemacht werden.

2.2.2 Privatrechtliche Forderungen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	82.038.474,18 EUR	90.282.671,80 EUR

Forderungen aus zivilrechtlich gestalteten Verhältnissen (z. B. Vertrag) zwischen der Gemeinde und einem Dritten sind als privatrechtliche Forderungen anzusetzen. Die Gemeinde beschafft ihre Finanzmittel nach § 77 Abs. 2 Nr. 1 GO NRW auch aus Entgelten für die von ihr erbrachten Leistungen. Wenn der Leistungserbringung ein privates Rechtsverhältnis zu Grunde liegt, z. B. Verkauf, Miete und Pacht, Eintrittsgelder, sind die Forderungen hier zu erfassen. Aber auch Forderungen aus Erbbaurechtsverhältnissen gehören dazu. Die privatrechtlichen Forderungen sind in Forderungen gegenüber dem privaten Bereich, dem öffentlichen Bereich, gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen zu untergliedern.

Der Bilanzansatz liegt um 8,244 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert. Es sind Wertberichtigungen in Höhe von insgesamt 23,560 Mio. EUR vorgenommen worden, so dass sich zum Bilanzstichtag der o. a. Bilanzansatz ergibt.

2.2.2.1 gegenüber dem privaten Bereich

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	14.369.831,74 EUR	17.130.924,09 EUR

Unter den „Privatrechtlichen Forderungen gegenüber dem privaten Bereich“ sind alle privatrechtlichen Forderungen - soweit es sich nicht um Ausleihungen handelt - gegen natürliche und privatrechtlich organisierte juristische Personen auszuweisen. Der in diesem Bilanzposten u. a. enthaltene Altbestand an Forderungen aus dem abgelösten kameralen HKR-Verfahren einschließlich der Werte aus den Forderungsinventuren (ursprünglich 101,973 Mio. EUR in der Eröffnungsbilanz) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,971 Mio. EUR auf 24,414 Mio. EUR weiter verringert. In diesem Betrag sind im Wesentlichen Forderungen des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21) von 12,144 Mio. EUR, des Amtes für Soziales und Wohnen (Amt 50) von 7,917 Mio. EUR und des Jugendamtes (Amt 51) von 3,243 Mio. EUR enthalten.

Nach Durchführung der Wertberichtigungen um die zweifelhaften und niedergeschlagenen Forderungen in Höhe von insgesamt 23,560 Mio. EUR ergibt sich zum Bilanzstichtag 31.12.2016 ein Bilanzansatz von 14,370 Mio. EUR.

2.2.2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	14.213.492,77 EUR	14.188.947,73 EUR

Hier sind alle privatrechtlichen Forderungen gegenüber Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen Personen des öffentlichen Rechts zu erfassen, soweit es sich nicht um Ausleihungen handelt.

Im Wesentlichen sind in diesem Bilanzposten Forderungen gegenüber dem Land nach § 107 b Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) in Höhe von 8,515 Mio. EUR für die Übernahme von Landesbeamten im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben der Versorgungs- und Umweltverwaltung enthalten. Weiterhin werden die Forderungen nach dem Versorgungslastenverteilungsgesetz von 5,331 Mio. EUR unter diesem Bilanzposten ausgewiesen.

2.2.2.3 gegen verbundene Unternehmen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	44.449.637,65 EUR	32.440.557,18 EUR

Dieser Bilanzposten enthält im Wesentlichen Forderungen gegen die WBD-AöR in Höhe von 26,999 Mio. EUR und gegen die GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH in Höhe von 16,308 Mio. EUR.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich ein Anstieg des Bilanzansatzes in Höhe von 12,009 Mio. EUR, der im Wesentlichen auf um 12,900 Mio. EUR höhere Forderungen aus dem Betriebsmittelkredit an die WBD-AöR zurückzuführen ist.

2.2.2.4 gegen Beteiligungen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	5.877.711,20 EUR	5.655.591,53 EUR

Bei den Forderungen gegenüber Beteiligungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus der haushaltsjahrübergreifenden Zuschussabwicklung gegen die Deutsche Oper am Rhein (DOR) in Höhe von 5,645 Mio. EUR.

Im Haushaltsjahr 2015 wurde ein Rückforderungsanspruch über insgesamt 27,400 Mio. EUR gegenüber der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) aktiviert. Im Berichtsjahr erfolgte aufgrund des Abschlusses eines Vertrages zur Sanierung der GMVA, der unter anderem einen Sanierungsbeitrag vorsieht und ein Rückgriffsrecht seitens der Stadt Duisburg ausschließt, die Ausbuchung dieser im Vorjahr ausgewiesenen Forderung. Die Ausbuchung erfolgte erfolgsneutral, da die in 2015 gebildete Wertberichtigung in Anspruch genommen wurde.

2.2.2.5 gegen Sondervermögen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	3.127.800,82 EUR	20.866.651,27 EUR

Die Forderungen gegenüber Sondervermögen enthalten Forderungen gegen das IMD in Höhe von 2,181 Mio. EUR sowie Forderungen gegen DuisburgSport über 0,947 Mio. EUR.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich ein Rückgang des Bilanzansatzes von 17,739 Mio. EUR, der im Wesentlichen auf eine vereinbarte Verrechnung zwischen der Kernverwaltung und dem IMD zurückzuführen ist. Es wurden u. a. eine Darlehensgewährung für die Mercatorhalle in Höhe von 4,742 Mio. EUR sowie der fortgeführte Betriebsmittelkredit von 8,906 Mio. EUR mit der im Vorjahr passivierten Rückstellung verrechnet.

2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	4.352.825,16 EUR	3.311.138,42 EUR

Unter diesem Sammelposten sind Ansprüche gegen Dritte zu bilanzieren, die auf Grund ihrer originären Eigenschaften keiner anderen Position zugeordnet werden können.

In dem Bilanzansatz sind u. a. Forderungen gegenüber dem Finanzamt sowie Forderungen, die aus der Abwicklung fremder Finanzmittel entstehen, enthalten. Ferner ist hier das der Stadt von einer Duisburger Bürgerin vererbte immobile Vermögen aktiviert. Nach dem Willen der Erblasserin muss das Erbe - dazu gehören auch liquide Mittel und Wertpapiere - für das städtische Tierheim verwendet werden.

2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	254.330,10 EUR	0,00 EUR

In diesem Bilanzposten sind Wertpapiere, die nur kurzfristig gehalten werden sollen und zum Verkauf bestimmt sind, enthalten.

Im Berichtsjahr ist hier erstmals ein Ansatz bilanziert, der auf eine Erbschaft zurückzuführen ist, die für das städtische Tierheim verwendet werden muss.

2.4 Liquide Mittel

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	20.846.746,68 EUR	30.537.387,65 EUR

Unter den liquiden Mitteln werden alle Bar- und Buchgeldguthaben bilanziert, die kurzfristig verfügbar sind. Dazu zählen u. a. die Barmittel der Barkasse beim Amt für Rechnungswesen und Steuern und der Zahlstellen in den Bezirksämtern sowie die Guthaben bei den Banken und der Sparkasse. In dem Bilanzansatz sind auch die Bestände auf den Girokonten für die Schulen und die Kindertageseinrichtungen enthalten.

Anhand der vorliegenden Saldenbestätigungen und Kontoauszüge der Sparkasse und der Banken konnte die Übereinstimmung der Salden mit den im Jahresabschluss ausgewiesenen Werten zum 31.12.2016 festgestellt werden.

3 Aktive Rechnungsabgrenzung

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	73.032.234,22 EUR	72.667.715,36 EUR

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind dann anzusetzen, wenn Ausgaben vor dem Bilanzstichtag geleistet wurden, die Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Stichtag darstellen (§ 42 Abs. 1 GemHVO NRW).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich dieser Bilanzposten um 0,365 Mio. EUR erhöht.

Signifikante Abweichungen über 0,500 Mio. EUR betreffen die Vorauszahlungen für Zuwendungen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und U3-Ausbau, die im Jahresvergleich um 1,189 Mio. EUR auf 14,539 Mio. EUR zurückgegangen sind. Die Vorauszahlungen für Erstaussstattungen bei den Kosten der Unterkunft haben sich um 0,549 Mio. EUR auf 12,624 Mio. EUR erhöht. Hinzu kommt eine Vielzahl kleinerer Veränderungen, die in Summe zu einer Erhöhung des Bilanzpostens führen.

Andere wesentliche Einzelposten sind die Vorauszahlungen für Beamtenbezüge für Januar 2017 (8,985 Mio. EUR) sowie die Sozialhilfeszahlungen für Januar 2017 (11,065 Mio. EUR). Die im Jahr 2005 geleistete Mietvorauszahlung für die Feuerwache Homberg wird noch mit 8,414 Mio. EUR bilanziert.

4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	424.331.646,65 EUR	427.498.683,33 EUR

Dieser Bilanzposten wird gebildet, wenn das Eigenkapital in Form der allgemeinen Rücklage und der Ausgleichsrücklage rechnerisch aufgezehrt ist und sich ein Überschuss der Passivposten über die Aktivposten ergibt. Der entsprechende Fehlbetrag ist dann als letzter Posten auf der Aktivseite der Bilanz unter der Bezeichnung „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ gesondert auszuweisen (§ 43 Abs. 7 GemHVO NRW). Durch diese Bilanzgliederung wird der Ausweis eines negativen Kapitalbetrages auf der Passivseite der gemeindlichen Bilanz vermieden. Diese Position stellt einen Korrekturposten dar, der auf die bilanzielle Überschuldung der Gemeinde hinweist.

Das Ergebnis des Haushaltsjahres 2016 schließt mit einem Überschuss von 5,720 Mio. EUR ab und verringert somit das negative Eigenkapital.

Das negative Eigenkapital stellt sich zum 31.12.2016 wie folgt dar:

Allgemeine Rücklage (nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag)	427.498.683,33 EUR
Unmittelbare Verrechnungen mit der Allgemeinen Rücklage	2.553.334,00 EUR
Jahresüberschuss	-5.720.370,68 EUR
Gesamt	424.331.646,65 EUR

Nach § 43 Abs. 3 GemHVO NRW sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen sowie Wertveränderungen von Finanzanlagen erfolgsneutral mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Aufgrund aufgezehrter Rücklage werden diese Sachverhalte im Bilanzposten „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ abgebildet. Die konkreten Verrechnungen sind im Anhang (Seite 43) aufgeführt. Die Verwendung des Jahresüberschusses erfolgt vorbehaltlich des Beschlusses durch den Rat der Stadt in Zusammenhang mit der Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses.

PASSIVA

1 Eigenkapital

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	55.242.041,49 EUR	55.242.041,49 EUR

Nach den Gliederungsvorschriften des § 41 GemHVO NRW ist das Eigenkapital der Gemeinde auf der Passivseite der Bilanz unter Ziffer 1 auszuweisen. Es wird aus der Differenz zwischen dem Vermögen (Aktivseite) und den Schulden (Passivseite) errechnet. Das Eigenkapital wird in die Bilanzposten „Allgemeine Rücklage“, „Sonderrücklagen“, „Ausgleichsrücklage“ und „Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag“ unterteilt.

Zum 31.12.2016 stellte sich das Eigenkapital wie folgt dar:

Allgemeine Rücklage (siehe Ziffer 4 der Aktivseite)	0,00 EUR
Sonderrücklagen	55.242.041,49 EUR
Ausgleichsrücklage	0,00 EUR
Jahresüberschuss (siehe Ziffer 4 der Aktivseite)	(5.720.370,68 EUR)
Gesamt	55.242.041,49 EUR

1.1 Allgemeine Rücklage

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	0,00 EUR	0,00 EUR

Die Allgemeine Rücklage ist seit dem Jahresabschluss zum 31.12.2010 vollständig aufgebraucht. Zum 31.12.2016 hat sich ein Jahresüberschuss von 5,720 Mio. EUR ergeben, der auf der Aktivseite bei der Position 4 „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ berücksichtigt wurde. Zum 31.12.2016 ergibt sich ein negatives Eigenkapital von insgesamt 424,332 Mio. EUR.

1.2 Sonderrücklagen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	55.242.041,49 EUR	55.242.041,49 EUR

Sonderrücklagen können als zweckgebundene Deckungsrücklage, als Zuwendungsrücklage oder für bestimmte gesetzlich vorgesehene Zwecke gebildet werden. Hierzu gehören auch die Vermögensteile von rechtsfähigen Stiftungen.

Die hier ausgewiesene Sonderrücklage von 55,242 Mio. EUR bezieht sich ausschließlich auf die Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum. Mit diesem Wert wurde die Stiftung auf der Aktivseite unter Ziffer 1.3 Finanzanlagen aktiviert.

1.3 Ausgleichsrücklage

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	0,00 EUR	0,00 EUR

Die Ausgleichsrücklage ist Bestandteil des Eigenkapitals und ist in der Bilanz als gesonderter Posten anzusetzen (§ 75 Abs. 3 GO NRW). Mit dem Jahresfehlbetrag 2008 wurde die Ausgleichsrücklage seinerzeit vollständig aufgezehrt.

1.4 Jahresüberschuss

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	-	-

Die Abwicklung des Jahresüberschusses wird auf der Aktivseite der Bilanz dargestellt.

2 Sonderposten

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	1.631.205.389,34 EUR	1.643.824.704,09 EUR

Nach § 43 Abs. 5 GemHVO NRW sind erhaltene Zuwendungen und Beiträge für Investitionen, die im Rahmen einer Zweckbindung bewilligt und gezahlt worden sind, als Sonderposten auf der Passivseite zwischen dem Eigenkapital und den Rückstellungen anzusetzen. Gebildete Sonderposten sind regelmäßig über die Nutzungsdauer der zuwendungsfinanzierten, abnutzbaren Vermögensgegenstände ertragswirksam aufzulösen.

2.1 Sonderposten für Zuweisungen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	1.447.405.094,81 EUR	1.458.697.397,56 EUR

Die Sonderposten für Zuweisungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 11,292 Mio. EUR verringert. Wesentlicher Grund war die ertragswirksame Auflösung von Sonderposten im Zuge der planmäßigen Abschreibung. Daneben kam es zu zwei außerplanmäßigen Abgängen durch ertragswirksame Auflösungen beim OB-Karl-Lehr-Brückenzug (2,138 Mio. EUR) und im Bereich Festwerte an Schulen (4,632 Mio. EUR). Demgegenüber stehen in 2016 größere Zugänge u.a. bei den Projekten Deichsanierung Mündelheim (13,534 Mio. EUR) und Grüngürtel Duisburg-Nord (10,468 Mio. EUR).

2.2 Sonderposten für Beiträge

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	156.513.543,60 EUR	161.851.308,27 EUR

Die Sonderposten für Beiträge haben sich von 2015 zu 2016 um 5,338 Mio. EUR verringert. Dies ergibt sich überwiegend aus der planmäßigen Auflösung dieser Sonderposten.

2.3 Sonstige Sonderposten

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	27.286.750,93 EUR	23.275.998,26 EUR

Sonstige Sonderposten werden u. a. für Ausgleichszahlungen bei Pflanzverpflichtungen nach der Baumschutzsatzung, dem Landschaftsgesetz oder des Öko-Kontos gebildet. Weiterhin gehören alle sonstigen vermögenswirksamen Leistungen dazu, die der Gemeinde von Dritten gewährt worden sind. Dazu zählen Spenden und Schenkungen in Form von Geld- und Sachleistungen, sofern die Gemeinde rechtlicher und wirtschaftlicher Eigentümer der übergebenen Vermögenswerte wird.

Die sonstigen Sonderposten haben sich gegenüber dem Vorjahr um 4,011 Mio. EUR erhöht. Wesentlicher Grund für die Erhöhung war eine Erbschaft über 2,640 Mio. EUR für die Waisenhausstiftung in 2016. Neben einem Finanzierungsanteil für den Grunderwerb Grüngürtel Duisburg-Nord (4,600 Mio. EUR) und der Erschließung der Osttangente - Logport - (4,500 Mio. EUR) besteht ein Finanzierungsanteil in Höhe von 1,171 Mio. EUR von der LEG für die Umgestaltung des Opernplatzes.

3 Rückstellungen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	1.237.056.620,84 EUR	1.187.220.502,29 EUR

Rückstellungen sind für Verpflichtungen zu bilden, die zum Bilanzstichtag dem Grunde und/oder der Höhe nach ungewiss und daher keine Verbindlichkeiten sind. Rückstellungen sind neben den Verbindlichkeiten dem Fremdkapital zuzuordnen.

Die Bildung von Rückstellungen bewirkt, dass künftige Vermögensminderungen bereits im Jahr der rechtlichen Entstehung oder wirtschaftlichen Verursachung berücksichtigt werden. Sie dienen also dazu, die bestehenden Verpflichtungen vollständig auszuweisen. Die Rückstellungsbildung ist aufwandswirksam. Die Bildung einer Rückstellung führt zu einer Verschlechterung des Jahresergebnisses. Tritt die Verpflichtung zukünftig ein, wird dies durch die Rückstellung gedeckt und ist bei ausreichender Rückstellungsbildung per Saldo (zum nächsten Abschlussstichtag) nicht mehr ergebnisverschlechternd.

§ 36 GemHVO NRW sieht Rückstellungen vor für:

- Pensionsverpflichtungen,
- Rekultivierung und Nachsorge von Deponien,

- unterlassene Instandhaltung,
- wesentliche Verpflichtungen, die dem Grunde und/oder der Höhe nach zum Bilanzstichtag noch nicht genau bekannt sind,
- drohende Verluste aus schwebenden Geschäften und
- sonstige Rückstellungen, soweit sie durch Gesetz oder Verordnung zugelassen sind.

Dem Anhang wurde ein Rückstellungsspiegel (Anlage 2.4 dieses Berichtes) beige-fügt. Dieser enthält sämtliche Rückstellungen, die der Finanzbuchhaltung bekannt gegeben wurden. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Vorlage eines Rückstellungs-spiegels besteht nicht. Form und Aufbau unterliegen ebenso keinerlei Bestimmun-gen.

Der Bilanzansatz hat sich gegenüber dem Vorjahr um 49,836 Mio. EUR erhöht, was hauptsächlich auf höhere Rückstellungen für Steuerrisiken zurückzuführen ist (siehe Ziffer 3.4 Sonstige Rückstellungen).

3.1 Pensionsrückstellungen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	1.064.146.886,00 EUR	1.039.534.229,62 EUR

Der Bilanzposten beinhaltet Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen.

Pensionsrückstellungen sind aufgrund der Versorgungsansprüche von Bediensteten gegenüber der Stadt Duisburg zu bilden. Dies bedeutet, dass alle entstandenen Verpflichtungen gegenüber aktiv Beschäftigten, allen Pensionären und allen Hinterbliebenen in der Bilanz abzubilden sind.

Eine Pensionsrückstellung ist ratierlich so anzusammeln, dass bei Eintritt des Versorgungsfalls der Barwert der Pensionszahlungen (abgezinster Wert der zukünftigen Versorgungsleistungen) in die Rückstellung eingestellt worden ist. Die Pensionsrückstellungen (ohne Beihilferückstellungen) zum Bilanzstichtag betragen 865,160 Mio. EUR.

Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen sind gemäß § 36 Abs. 1 GemHVO NRW auch andere Ansprüche außerhalb des Beamtenversorgungsgesetzes, wie z. B. Beihilfen, einzubeziehen. Aus Vereinfachungsgründen können diese Ansprüche als prozentualer Anteil der Rückstellungen für Versorgungsbezüge ermittelt werden. Der Prozentsatz ist aus dem Verhältnis der Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger zu den gezahlten Versorgungsbezügen zu errechnen. Grundlage für die Berechnung ist der Durchschnitt der Leistungen in den drei vorangegangenen Haushaltsjahren. Der Prozentsatz ist zum Jahresabschluss 2016 neu berechnet worden (mindestens alle fünf Jahre ist dieser

neu zu ermitteln) und liegt seit dem Jahr 2012 bei 23 %. Die Beihilferückstellungen zum Bilanzstichtag betragen 198,987 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Pensionsrückstellungen (inkl. der Beihilferückstellungen) insgesamt um 24,613 Mio. EUR erhöht.

3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	0,00 EUR	0,00 EUR

Bei den Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Deponien sowie für Altlasten handelt es sich um ungewisse Verbindlichkeiten. Bei Deponien sind gemäß § 36 Abs. 2 GemHVO NRW die zu erwartenden Gesamtkosten für die Rekultivierung und Nachsorge, bezogen auf den Zeitpunkt der Durchführung der Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen, zu ermitteln. Das gilt entsprechend für die Sanierung von Altlasten.

Kommunale Deponien sind in Duisburg nicht vorhanden. Bei Flächen mit Altlastenverdacht wurden für die Grundstücksbewertung zur Eröffnungsbilanz pauschale Wertminderungen mit einem Abschlag von 20 % des Bodenwertes bei Grünflächen und 50 % bei sonstigen unbebauten Grundstücken berücksichtigt. In 2014 wurde aufgrund einer Überprüfung der städtischen Flächen bei weiteren Grundstücken eine Wertberichtigung vorgenommen. Hinweise auf aktuelle Altlastenverdachtsfälle liegen nicht vor. Insofern sind keine Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten zu bilden.

3.3 Instandhaltungsrückstellungen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	5.318.978,38 EUR	3.471.177,32 EUR

Für die unterlassene Instandhaltung für Sachanlagen sind Rückstellungen anzusetzen, wenn gemäß § 36 Abs. 3 GemHVO NRW die Nachholung der Instandhaltung hinreichend konkret beabsichtigt ist und als bisher unterlassen bewertet werden muss. Die vorgesehenen Maßnahmen müssen am Abschlussstichtag einzeln bestimmt und wertmäßig beziffert sein.

Mit der Rückstellungsbildung soll dem Verfall von instandhaltungspflichtigen Sachanlagen entgegengewirkt werden, um soweit die stetige Aufgabenerfüllung zu sichern. Bestehende Instandhaltungsrückstände, für die keine ausreichende Sicher-

heit für ihre Aufbereitung besteht, dürfen dabei nicht in die Rückstellungsbildung einbezogen werden.

Nach der Handreichung des MIK soll der gesamte Instandhaltungsrückstau ermittelt und der Wert im Anhang zum Jahresabschluss genannt werden. Die konkrete Umsetzung der notwendigen Instandhaltung ist in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung jahresbezogen zu veranschlagen. Aus dem Anhang im Jahresabschluss muss jeweils hervorgehen, welche Posten des Anlagevermögens mit welchen Rückstellungen „belastet“ sind, damit die Nachvollziehbarkeit gewährleistet bleibt.

Die Rückstellung aus dem Haushaltsjahr 2011 (ursprünglich 1,915 Mio. EUR) für Instandhaltungsmaßnahmen der Verkehrsinfrastruktur durch die WBD AöR zur Vermeidung eines weiteren Substanzverlustes beträgt zum Bilanzstichtag noch 0,263 Mio. EUR.

Die im Haushaltsjahr 2015 gebildete Rückstellung in Höhe von 3,000 Mio. EUR für die Instandhaltung der Stahlrampe Marientor besteht zum Bilanzstichtag unverändert fort. Der in 2016 geplante Baubeginn konnte nicht erfolgen, da die vorbereitenden Planungsarbeiten wegen der technischen und denkmalrechtlichen Rahmenbedingungen erheblich mehr Zeit in Anspruch genommen haben als ursprünglich angenommen.

Im Jahr 2016 wurde eine weitere Instandhaltungsrückstellung für das Ingenieurbauwerk „Spundwand Segment 5 im Innenhafen Duisburg“ in Höhe von 2,056 Mio. EUR gebildet. Die Spundwand weist erhebliche Mängel auf. Mit der Sanierung sollte im Jahr 2016 begonnen werden, was jedoch aufgrund der notwendigen, umfangreichen planerischen Vorbereitungen sowie der Behinderung durch die vorrangigen Arbeiten an der Marientorschleuse wider Erwarten nicht erfolgen konnte. Die festgestellten Mängel sind auf bisher unterlassene Instandhaltungen zurückzuführen, die innerhalb der nächsten drei Jahre (2017-2019) nachgeholt werden müssen.

Die Entwicklung der Einzelmaßnahmen ist unabhängig vom Rückstellungsspiegel entsprechend § 36 Abs. 3 GemHVO NRW einer separaten Aufstellung im Anhang (Anlage D) zum Jahresabschluss zu entnehmen.

3.4 Sonstige Rückstellungen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	167.590.756,46 EUR	144.215.095,35 EUR

Unter diesem Bilanzposten sind die Rückstellungen für andere als die zuvor benannten ungewissen Verpflichtungen anzusetzen, sofern der zu leistende Betrag nicht geringfügig ist. Dabei muss es hinreichend wahrscheinlich sein, dass eine

Verbindlichkeit zukünftig tatsächlich entsteht und die zukünftige Inanspruchnahme voraussichtlich tatsächlich erfolgen wird. Die wirtschaftliche Ursache der Verpflichtung muss vor dem Abschlussstichtag liegen.

Im Vergleich zum vorangegangenen Haushaltsjahr haben sich die sonstigen Rückstellungen um 23,376 Mio. EUR erhöht.

Die wesentlichen Änderungen bei den sonstigen Rückstellungen begründen sich durch die Erhöhung der Rückstellungen für Steuerrisiken (46,099 Mio. EUR) und den Abbau der Rückstellungen für die Mercatorhalle im CityPalais (17,730 Mio. EUR).

Rückstellungen für Steuerrisiken bestehen in Höhe von 55,842 Mio. EUR. Sie wurden u. a. gebildet, weil Gewerbesteuerpflichtige gegen die Grundlagenbescheide des Finanzamtes hinsichtlich der Gewerbesteuern für die Jahre 2007 bis 2016 Einspruch eingelegt hatten. Mit Steuererstattungsansprüchen ist zu rechnen, da seitens der Stadt Duisburg bereits Gewerbesteuerbescheide erlassen und Gewerbesteuern vereinnahmt wurden. Für das bestehende Risiko eines möglichen Erstattungsanspruchs wurde im Haushaltsjahr 2016 zusätzlich eine Rückstellung von 41,598 Mio. EUR zuzüglich Nachzahlungszinsen (2,921 Mio. EUR) und Erstattungszinsen (1,644 Mio. EUR) gebildet.

Aufgrund brandschutztechnischer Mängel wurde das Veranstaltungs- und Kongresszentrum im CityPalais (Mercatorhalle) im Jahr 2012 geschlossen. Die mit der Sanierung verbundenen Verluste belasten das Eigenkapital des IMD, was dazu geführt hätte, dass die Werthaltigkeit des Beteiligungswertes gefährdet gewesen wäre. Um die Werthaltigkeit des Unternehmens zu gewährleisten, werden die entstandenen bzw. noch entstehenden Sanierungskosten von der Stadt ausgeglichen. Für diesen Zweck wurde eine Rückstellung in 2015 von 25,100 Mio. EUR gebildet. Im Haushaltsjahr 2016 wurden 17,730 Mio. EUR in Anspruch genommen. Die Rückstellung beträgt zum Abschlussstichtag noch 7,370 Mio. EUR.

4 Verbindlichkeiten

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	2.322.602.795,46 EUR	2.424.205.941,13 EUR

Verbindlichkeiten sind alle am Bilanzstichtag dem Grunde und der Höhe nach feststehenden Schulden. Sie sind in der Bilanz mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen (§ 91 Abs. 2 GO NRW).

Die Verbindlichkeiten sind entsprechend § 41 Abs. 4 Nr. 4 GemHVO NRW zu gliedern. Der Bilanzausweis orientiert sich im Wesentlichen an den Arten der Verbindlichkeiten, z. B. aus Krediten für Investitionen und zur Liquiditätssicherung, aus

Lieferungen und Leistungen sowie aus Transferleistungen. Bei den Krediten für Investitionen ist zusätzlich eine Gliederung nach Gläubigern vorgeschrieben.

Gemäß § 44 Abs. 3 GemHVO NRW ist dem Anhang zum Jahresabschluss ein Verbindlichkeitspiegel beizufügen, welcher der Mindestgliederung des § 47 GemHVO NRW entspricht. Darin sind die Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten aufzuführen.

Der vorgelegte Verbindlichkeitspiegel (Anlage 2.3 dieses Berichtes) entspricht in seinem Aufbau dem auf Grundlage der Bestimmungen der GemHVO NRW vom Innenministerium empfohlenen Muster. Die im Verbindlichkeitspiegel enthaltenen Werte stimmen mit den Werten der Bilanz zum 31.12.2016 überein.

4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	455.322.505,51 EUR	395.639.363,49 EUR

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sind die der Gemeinde von einem Dritten für Investitionen zur Verfügung gestellten Finanzmittel, die zurückgezahlt werden müssen und für welche die Kommune Zinsen zu leisten hat.

Kredite dürfen nach § 86 Abs. 1 GO NRW nur für Investitionen und zur Umschuldung aufgenommen werden. Die Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten für Investitionen wird jährlich in der Haushaltssatzung festgesetzt (2016: 15,998 Mio. EUR).

Mit Beschlussfassung zur DS 15-0505 ist mit Blick auf die perspektivisch erforderlichen Investitionsbedarfe der Stadtwerke Duisburg AG (SWDU) ein Kapitalerhöhungsbeschluss über 203,7 Mio. EUR für die übergeordnete Management-Holding Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) herbeigeführt worden. Die Kapitalerhöhung sollte durch Zuzahlungen in die Kapitalrücklage der DVV unter Berücksichtigung der Investitions- und Mittelbedarfe des Unternehmens erfolgen. Die Bezirksregierung Düsseldorf hat unter Auflagen die Zuzahlung in die Kapitalrücklage genehmigt und gleichzeitig die Zuzahlung auf 176,2 Mio. EUR beschränkt. Wegen der unerwartet positiven Liquiditätsentwicklung des DVV-Konzerns konnte in 2015 auf eine Kreditaufnahme für die Zuzahlung in die Kapitalrücklage verzichtet werden. U. a. für den vorgenannten Zweck wurden von der nicht ausgeschöpften Kreditermächtigung 2015 im Wege der Planfortschreibung 205,733 Mio. EUR in das Jahr 2016 übertragen. Davon wurden 80,189 Mio. EUR für neue Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Kapitalerhöhung verwendet.

Die Kreditverbindlichkeiten wurden mit ihrem Restkapital in der Bilanz ausgewiesen. Es liegen entsprechende Saldenbestätigungen der Sparkasse und der Banken vor.

Durch die Kreditaufnahmen und unter Berücksichtigung der ordentlichen Tilgungen von 20,506 Mio. EUR haben sich zum Bilanzstichtag die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen gegenüber dem Vorjahr um 59,683 Mio. EUR erhöht. In Höhe von 17,614 Mio. EUR wurden Kreditmarktmittel umgeschuldet.

4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	1.609.900.057,32 EUR	1.677.000.543,54 EUR

Durch eine angemessene Liquiditätsplanung hat die Gemeinde ihre Zahlungsfähigkeit sicherzustellen (§ 89 Abs. 1 GO NRW). Sie kann zur rechtzeitigen Leistung ihrer Auszahlungen Kredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen, soweit dafür keine anderen Mittel zur Verfügung stehen. Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite wurde in der Haushaltssatzung 2016 auf 2.200,000 Mio. EUR festgesetzt. Diese Ermächtigung gilt über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Erlass der neuen Haushaltssatzung (§ 89 Abs. 2 GO NRW).

Die Kreditverbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag in der Bilanz ausgewiesen. Anhand der Saldenbestätigungen der Kreditgeber konnte die Übereinstimmung der Werte festgestellt werden.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung zum Stichtag um 67,100 Mio. EUR verringert.

4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	31.140.127,58 EUR	32.900.477,77 EUR

Es sind in diesem Bilanzposten Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften anzusetzen, aus denen eine Zahlungsverpflichtung der Gemeinde begründet wurde, die einer Kreditaufnahme wirtschaftlich entspricht. Dabei sind nur die gemeindlichen Rechtsgeschäfte als kreditähnlich einzuordnen, die mit der Investitionstätigkeit der Gemeinde in Verbindung stehen. Zu den kreditähnlichen Rechtsgeschäften der Gemeinde zählen z. B. Leibrentenverträge, Verträge über die Durchführung städtebaulicher Maßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz und die Gewährung von Schuldendiensthilfen an Dritte.

Der obige Bilanzansatz bezieht sich im Wesentlichen auf Verbindlichkeiten aus den

in 1995 an die Stadtparkasse Duisburg und die WestLB verkauften Wohnungsbaudarlehen des Amtes für Soziales und Wohnen (Amt 50) in Höhe von 27,070 Mio. EUR. Anhand der Saldenbestätigung der Sparkasse konnte die korrekte Ausweisung der Verbindlichkeit in der Bilanz festgestellt werden.

Zudem sind u. a. die vom IMD verwalteten Leibrenten/Grundstücksrenten in Höhe von 1,964 Mio. EUR ausgewiesen.

4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	117.924.607,96 EUR	198.068.640,05 EUR

Dieser Bilanzposten umfasst noch zu leistende Zahlungen an Dritte aufgrund von erbrachten Lieferungen und Leistungen. Die jeweilige Lieferantenverbindlichkeit ist mit dem Rechnungsbetrag anzusetzen.

Im Einzelnen handelt es sich hierbei um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Fremden in Höhe von 0,738 Mio. EUR, gegenüber verbundenen Unternehmen von 111,265 Mio. EUR, gegenüber Beteiligungen von 4,845 Mio. EUR und gegenüber Sondervermögen von 1,077 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 80,144 Mio. EUR gesunken. Der Rückgang ist im Wesentlichen bei den Verbindlichkeiten gegenüber der DVV zu verzeichnen. Dahinter verbirgt sich die bedarfsorientierte Auszahlung der Kapitaleinlage zur Stärkung der Eigenkapitalquote der DVV. Die im Vorjahr ausgewiesene Zahlungsverpflichtung von 176,200 Mio. EUR reduzierte sich um eine im März 2016 durchgeführte Zahlung in Höhe von 80,189 Mio. EUR auf 96,011 Mio. EUR.

4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	8.711.320,12 EUR	6.784.808,25 EUR

Unter diesen Bilanzposten fallen Verpflichtungen der Gemeinde, die aus der Übertragung von Finanzmitteln entstanden sind, denen keine konkrete Gegenleistung der Gemeinde gegenübersteht. Sie beruhen nicht auf einem Leistungsaustausch, sondern auf einseitigen Verwaltungsvorfällen und werden im Rahmen der Haushaltswirtschaft sowohl als Transfererträge als auch als Transferaufwendungen erfasst, z. B. aus der Gewährung von Sozialhilfeleistungen.

Der Bilanzansatz bezieht sich mit 8,475 Mio. EUR im Wesentlichen auf Verbindlichkeiten aus Transferleistungen des Jugendamtes (Amt 51), die erst in 2017 zahlungswirksam werden.

4.6 Sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	35.452.251,37 EUR	34.606.462,28 EUR

Unter Sonstige Verbindlichkeiten werden alle Verbindlichkeiten erfasst, die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Hierzu zählen z. B. Steuerverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern.

Der obige Bilanzansatz bezieht sich u. a. auf die Spende für den Grüngürtel Duisburg-Nord (10,179 Mio. EUR) und Abgrenzungsbuchungen (8,465 Mio. EUR). Die Steuerverbindlichkeiten betragen 2,653 Mio. EUR. Außerdem besteht eine Vielzahl von Sachkonten, über die z. B. die Einzahlungen auf Gebührenkonten abgewickelt werden.

4.7 Erhaltene Anzahlungen

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	64.151.925,60 EUR	79.205.645,75 EUR

Erhaltene Anzahlungen sind Finanzmittel, die die Gemeinde von Dritten erhalten hat, diese aber noch nicht zweckbezogen verwendet wurden und deswegen eine grundsätzliche Rückzahlungspflicht bis zur zweckentsprechenden Verwendung besteht.

Zu diesem Bilanzposten gehören insbesondere erhaltene investive Finanzmittel, solange mit diesen noch keine aktivierungsfähigen Vermögensgegenstände ganz oder teilweise angeschafft worden sind. Erst wenn zu einem späteren Zeitpunkt entsprechend der Zweckvorgabe Vermögensgegenstände angeschafft oder hergestellt wurden, sind die entsprechenden Sonderposten in der Bilanz durch Umschichtung aus diesem Bilanzposten zu bilden.

Der Bilanzansatz bezieht sich u. a. auf Zuwendungen in Höhe von 32,035 Mio. EUR für investive Maßnahmen wie z. B. Fahrzeuge Berufsfeuerwehr (4,236 Mio. EUR) und Modernisierung Sportanlagen (4,183 Mio. EUR) sowie Finanzmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (11,424 Mio. EUR).

Hauptsächlich durch hohe aktivierte Baumaßnahmen - insbesondere für den Grüngürtel Duisburg-Nord und die Deichrückverlegung Mündelheim sowie die Altabwicklung der Städtebauförderungsmaßnahme Hochfeld-West (Zuwendungen aus 2008) - und der damit verbundenen Zuordnung der Anzahlungen zu den Sonderposten verringerte sich der Bilanzansatz gegenüber dem Vorjahr um 15,054 Mio. EUR.

5 Passive Rechnungsabgrenzung

	31.12.2016	Vorjahr
Bilanzansatz	82.461.348,25 EUR	86.911.296,06 EUR

Rechnungsabgrenzungsposten sind Positionen in der Bilanz, bei denen aus Gründen der korrekten Ergebnisermittlung der periodenfremde Ertrag oder Aufwand erfasst wird. Passive Rechnungsabgrenzungsposten bilden Einnahmen ab, die vor dem Bilanzstichtag eingingen, aber erst danach Erträge darstellen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Ansatz um 4,450 Mio. EUR verringert. Ursächlich für diese Entwicklung sind insbesondere Rückgänge bei den Erstattungen für Betriebskosten der Kindertagesstätten um 1,527 Mio. EUR auf 3,376 Mio. EUR, bei den Zuwendungen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und U3-Ausbau um 1,159 Mio. EUR auf 14,270 Mio. EUR sowie den Vorauszahlungen für die Nutzung von Reihen- oder Wahlgräbern um 0,849 Mio. EUR auf 55,293 Mio. EUR.

Weitere bedeutende Einzelposten stellen investive Zuwendungen an Dritte für den städtischen Kostenanteil des Mercatortunnels der A 59 mit einem bilanzierten Wert von 2,885 Mio. EUR sowie für zwei Fußgänger- bzw. Radwegebrücken über die A 59 mit einem bilanzierten Wert von 2,775 Mio. EUR dar.

3 Gesamtergebnisrechnung und Teilergebnisrechnungen

Die Gesamtergebnisrechnung, die die Jahressummen aller Ertrags- und Aufwandsarten des abgelaufenen Haushaltsjahres enthält, ist in Anlage 3 dargestellt. Das Ergebnis aller Produktbereiche (01 - 17) sowie die Summe aller Teilergebnisrechnungen der Geschäftsbereiche entsprechen dem Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung.

Für die Entwicklung der Gesamtergebnisrechnung 2016 sind nachfolgend wichtige Ergebnisdaten aufgeführt.

in Mio. EUR

Ordentliche Erträge (Anlage 3, Zeile 10) 1.691,889

Mehrerträge gegenüber 2015 67,838

Ursachen für die Ertragsentwicklung sind vor allem

Verbesserung bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen 20,605

Verbesserung bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten 5,317

Verbesserung bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen 44,236

Ordentliche Aufwendungen (Anlage 3, Zeile 17) 1.674,234

Mehraufwendungen gegenüber 2015 81,285

Ursachen für die Aufwandsentwicklung sind vor allem

Erhöhung bei den Personalaufwendungen 20,458

Erhöhung bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 22,968

Erhöhung bei den bilanziellen Abschreibungen 22,410

Erhöhung bei den Transferaufwendungen 27,280

Reduzierung bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen 12,062

Ordentliches Ergebnis (Anlage 3, Zeile 18) 17,655

Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr 13,446

Unter Berücksichtigung von Finanzerträgen sowie Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen beträgt das

Jahresergebnis 2016 (Anlage 3, Zeile 26) 5,720

Jahresergebnis 2015 (Anlage 3, Zeile 26) 11,052

Im Jahresergebnis 2016 ist die Konsolidierungshilfe von 52,996 Mio. EUR (Vorjahr ebenfalls 52,996 Mio. EUR) enthalten, die das Land NRW der Stadt Duisburg aufgrund des Stärkungspaktgesetzes gewährt hat.

Weitere Informationen zu den einzelnen Teilergebnisrechnungen der Organisationseinheiten sind bei den Einzeltabellen der Anlage 6 aufgeführt.

4 Gesamtfinanzrechnung und Teilfinanzrechnungen

4.1 Hinweise zur Gesamtfinanzrechnung

Nach § 37 GemHVO NRW besteht der Jahresabschluss auch aus der Finanzrechnung. Im SAP-System wurden für eine statistische Mitbuchung der Finanzrechnung die zahlungsrelevanten Sachkonten der Ergebnisrechnung mit den Finanzpositionen der Finanzrechnung über eine Ableitungstabelle verknüpft. Nichtzahlungsrelevante Buchungen werden über gesonderte Belegarten vorgenommen. Der Liquiditätssaldo aus der Finanzrechnung bildet die Veränderung des Bestandes an Liquiden Mitteln der Gemeinde in der Bilanz ab. Demnach ist der Finanzmittelsaldo der Finanzrechnung mit den Liquiden Mitteln der Bilanz abzustimmen.

Die Stadt hat zum Jahresabschluss für ihre Investitionstätigkeiten eine Gesamtfinanzrechnung und Teilfinanzrechnungen je Geschäftsbereich vorgelegt. Dieses entspricht den Mindestanforderungen nach §§ 3, 4, 39 und 40 GemHVO NRW. Als Bestandteile des Jahresabschlusses sind sie nach § 101 GO NRW ebenfalls zu prüfen.

Die investive Finanzrechnung wird in Stichproben auf Ebene der Organisationseinheiten (Teilfinanzrechnungen) durch das RPA geprüft. Dagegen ist die konsumtive Finanzrechnung wegen der eingangs erläuterten Vorgehensweise nur eingeschränkt prüffähig.

Zwischen dem Wert der Liquiden Mittel in der Bilanz und dem Saldo der Gesamtfinanzrechnung bestehen Abweichungen, die in den einzelnen Jahren unterschiedlich hoch ausgefallen sind. Daher wurde 2014 die Finanzrechnung geprüft. Die Prüfung ergab, dass von der Ordnungsmäßigkeit der Datenverknüpfungen zur Finanzrechnung ausgegangen werden kann. Wesentliche Abweichungen werden auf Empfehlung des RPA jeweils im Anhang erläutert.

Die Abweichungen zwischen dem Bilanzwert der Liquiden Mittel und dem Saldo der Gesamtfinanzrechnung werden anhand der Arbeitsanweisung zur Abstimmung der Finanzrechnung vom Amt für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21) ermittelt und abgestimmt. Die bei der Abstimmung ermittelten Abweichungen waren erklärbar und konnten verschiedenen Ursachen zugeordnet werden (u. a. den Customizing-Einstellungen des SAP-Systems).

Die Abweichung hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8,055 Mio. EUR auf 0,345 Mio. EUR verringert. Im Anhang (S. 43) wird die Abweichung aufgeschlüsselt und erläutert.

4.2 Investitionen

Die Gesamtfinanzzrechnung (Anlage 4) weist für den Bereich der Investitionstätigkeit folgende Werte aus:

	Ansatz 2016 (fortgeschrieben) EUR	Ergebnis 2016 EUR
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	89.210.156,00	48.723.455,00
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	343.244.424,00*	122.207.497,34
Saldo	-254.034.268,00	-73.484.042,34

In Anlage 5 des Berichtes sind die Investitionsmaßnahmen mit Auszahlungen über 500.000 EUR aufgeführt und teilweise erläutert.

* Davon entfallen im Wege der Planfortschreibung 203,700 Mio. EUR auf die Kapitalerhöhung durch Zuzahlung in die Kapitalrücklage der DVV.

5 Hinweise zum Anhang

Zum Jahresabschluss gehört gem. § 37 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO NRW der Anhang (Anlage 2). Die Angaben und Erläuterungen des Anhangs sind in der Form vorzulegen, dass sachverständige Dritte diese beurteilen können.

Nach § 44 Abs. 1 GemHVO NRW sind zu den Posten der Bilanz die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben. Die Positionen der Ergebnis- und der Finanzrechnung (Investitions- und Finanzierungstätigkeit) sind zu erläutern. Angewandte Vereinfachungsregelungen und Schätzungen sind zu beschreiben.

Weiterhin sind gem. § 44 Abs. 2 GemHVO NRW u. a. die Entwicklung des Eigenkapitals, Instandhaltungsrückstellungen, die Aufgliederung des Postens „Sonstige Rückstellungen“, Abweichungen von der linearen Abschreibung oder der örtlichen Abschreibungstabelle, noch nicht erhobene Beiträge aus fertiggestellten Erschließungsmaßnahmen und die Verpflichtungen aus Leasingverträgen anzugeben und zu erläutern.

Die drei Pflichtanlagen nach § 44 Abs. 3 GemHVO NRW - Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitspiegel - sind dem Anhang beigelegt. Darüber hinaus ist ein Rückstellungsspiegel enthalten. Die Anlagen folgen den auf Grundlage der Bestimmungen der GemHVO NRW vom Innenministerium empfohlenen Mustern.

Über die im Verbindlichkeitspiegel gemachten Angaben hinaus sind auch die Haftungsverhältnisse und Sachverhalte ausgewiesen, aus denen sich in Zukunft erhebliche finanzielle Verpflichtungen ergeben können.

Die Prüfung des Anhangs ergab, dass alle vorgeschriebenen Angaben und Erläuterungen vollständig enthalten sind. Er erfüllt somit seine Funktion als ein Bestandteil des Jahresabschlusses, der insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der wirtschaftlichen Lage der Gemeinde vermitteln soll.

6 Örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände

Nach § 35 Abs. 1 GemHVO NRW sind bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, die Anschaffungs- und Herstellungskosten um planmäßige Abschreibungen zu vermindern. Für die Erfassung des Werteverzehrs in Form von Abschreibungen sind gem. § 35 Abs. 3 GemHVO NRW von der Gemeinde wirtschaftliche Nutzungsdauern für das abnutzbare Sachanlagevermögen zu bestimmen.

Die Stadt Duisburg hat unter Beachtung der vom Innenministerium in der VV Muster zur GO NRW und GemHVO NRW verbindlich vorgegebenen „NKF-Rahmentabelle der Gesamtnutzungsdauer für kommunale Vermögensgegenstände“ eine örtliche Abschreibungstabelle erstellt. Hierin sind die individuellen Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände entsprechend ihrer technischen und betriebsgewöhnlichen Nutzung durch konkrete Jahresangaben festgelegt. Neben den verbindlich vorgegebenen „Vermögenskategorien“ enthält die örtliche Abschreibungstabelle der Stadt Duisburg weitere Vermögensgegenstände, die im individuellen Vermögensbestand der Fachbereiche enthalten sind. Die Abschreibungstabelle wurde vom RPA bewertet und geprüft.

Durch Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW vom 17.12.2012 wurde u. a. die Nutzungsdauer für Straßen in der NKF-Rahmentabelle des Innenministeriums auf maximal 50 Jahre statt wie zuvor auf 60 Jahre begrenzt. Die Umsetzung des Erlasses und die Anpassung der Nutzungsdauer wurden vom RPA begleitet.

7 Inventur, Inventar und Festwerte

Nach § 28 GemHVO NRW (Inventur, Inventar) sind Vermögensgegenstände mindestens alle fünf Jahre durch eine körperliche Inventur aufzunehmen. Hierzu gehört auch die Erfassung des beweglichen Anlagevermögens, zu dem vor allem die Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung, Maschinen, technischen Anlagen und Fahrzeuge gehören. Diese Vermögensteile sind in den Inventarlisten entweder als Einzelvermögensgegenstände oder zusammengefasst zu Festwerten aufgeführt. Festwerte können gem. § 34 GemHVO NRW aus Vereinfachungsgründen bei Vermögensgegenständen des beweglichen Anlagevermögens gebildet werden, wenn deren Gesamtwert von nachrangiger Bedeutung ist und die Gegenstände regelmäßig ersetzt werden. Beim Festwertverfahren werden die Vermögensgegenstände in Höhe der aktuellen Anschaffungskosten abzüglich eines durchschnittlichen Wertabschlags für Abnutzung aktiviert.

Für Festwerte ist gem. § 34 Abs. 1 GemHVO NRW in der Regel weiterhin alle drei Jahre eine körperliche Bestandsaufnahme durchzuführen. Nach Darlegung der Anlagenbuchhaltung (Amt für Rechnungswesen und Steuern) sollen die körperlichen Bestandsaufnahmen von Einzelvermögensgegenständen und Festwertvermögen nicht entkoppelt werden. In Duisburg wird daher die Inventur nach wie vor grundsätzlich alle drei Jahre durchgeführt.

Im Jahr 2016 erfolgte zusätzlich zur üblichen Überprüfung der Bestände im Festwert eine Überprüfung der Werthaltigkeit der im Rahmen der Festbewertung bilanzierten Vermögensgegenstände (vgl. Mitteilungsvorlage vom 20.02.2017, DS 17-0209). Aufgrund der vom RPA veranlassten Werthaltigkeitskontrolle durch die Anlagenbuchhaltung ergaben sich erhöhte Wertabschläge, die bei der Berechnung der Festwerte zugrunde gelegt werden müssen, wodurch es zu erheblichen außerplanmäßigen Abschreibungen kam (siehe Ziffer 1.2.7 des Berichts - Betriebs- und Geschäftsausstattung). Eine Überprüfung der Werthaltigkeit kann nur nach einem längeren Betrachtungszeitraum erfolgen, da zur Berechnung die in der Abschreibungstabelle der Stadt Duisburg festgelegten Nutzungsdauern (z. B. Büromöbel: 13 Jahre) und die Ersatzbeschaffungen der einzelnen Jahre hinzugezogen werden müssen.

In der Inventurrichtlinie für das bewegliche Anlagevermögen hat die Anlagenbuchhaltung festgelegt, dass die bis dahin zentral in der Verwaltung durchgeführte Inventur seit 2013 durch ein rollierendes Verfahren abgelöst wurde. Danach werden die Fachbereiche in drei Inventurgruppen eingeteilt, die dann zeitversetzt jeweils alle drei Jahre eine Inventur durchführen. Der Erfassungstichtag für dieses System ist der 28.02 des betreffenden Inventurjahres. Durch das Rotationsprinzip bleiben das Verfahren der permanenten Inventur und damit die vorteilhafte Inventurabwicklung während des laufenden Haushaltsjahres bestehen.

Die Inventurgruppen sind nicht statisch festgeschrieben. Wenn betriebliche Gründe vorliegen, die eine Inventur in dem dafür vorgesehenen Jahr behindern, ist es möglich, die Inventur in Absprache mit der Anlagenbuchhaltung um ein Jahr zu verschieben. Der zwingende 5-Jahres-Rhythmus des § 28 Abs. 1 GemHVO NRW wird somit eingehalten.

Im Jahr 2016 wurde die Inventur des beweglichen Anlagevermögens bei den Fachbereichen der Inventurgruppe I durchgeführt. Zu dieser Gruppe gehören zurzeit das Dezernat des Oberbürgermeisters, das Dezernat für Umwelt, Klimaschutz, Gesundheit und Verbraucherschutz, die Kulturbetriebe Duisburg, die Stadtbibliothek, die Volkshochschule sowie das Amt für Soziales und Wohnen.

Die Inventur des Institutes für Jugendhilfe wurde bereits von 2015 nach 2016 auf Grund von personellen Engpässen verschoben. Da sich diese Problematik auch 2016 fortsetzte, wurde die Inventur in 2017 durchgeführt.

8 Kennzahlen zur Vermögens- und Schuldenlage

8.1 Vermögens- und Kapitalstruktur

Die Vermögens- und Kapitalstruktur der Stadt Duisburg lässt sich anhand ihrer Bilanz erkennen: das Vermögen auf der Aktiv- und das Kapital auf der Passivseite. Erläuterungen hierzu finden sich im Anhang und im Lagebericht zum Jahresabschluss. Zur Aufbereitung der Bilanz werden ihre einzelnen Posten ins Verhältnis zur Bilanzsumme gesetzt und die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr analysiert. Diese Bilanzanalyse ist für einen interkommunalen Vergleich hilfreich, sollte aber stets unter Berücksichtigung der örtlichen Beteiligungs- bzw. Konzernstruktur vorgenommen werden.

Das Vermögen der Stadt Duisburg besteht zum 31.12.2016 zu 87,1 % aus Anlagevermögen (überwiegend Infrastrukturvermögen und Finanzanlagen). Der „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ist auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen. Ansonsten ergeben sich keine strukturellen Auffälligkeiten.

Wesentliche Änderungen auf der Aktivseite der Bilanz gegenüber dem Vorjahr sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	Stand		Veränderung		Anteil an Bilanzsumme in %
	31.12.2015	31.12.2016	Absolut in Mio. EUR	relativ in %	
	in Mio. EUR				
Anlagevermögen	4.706,961	4.639,690	-67,271	-1,4	87,1
davon Infrastrukturvermögen	2.243,448	2.208,770	-34,678	-1,5	41,5
davon Geleistete Anzahlungen, AiB	60,551	45,329	-15,222	-25,1	0,9
davon Finanzanlagen	1.810,823	1.804,780	-6,043	-0,3	33,9
Umlaufvermögen	190,277	191,515	+1,238	+0,7	3,6
Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	427,499	424,332	-3,167	-0,7	8,0

Diese Änderungen tragen zu einer Verminderung der Bilanzsumme um 68,836 Mio. EUR (1,3 %) bei.

Das Kapital der Stadt Duisburg besteht zu 1,0 % aus Eigenkapital, das allerdings als Sonderrücklage für Stiftungsvermögen gebunden ist. Seit Jahren sind Ausgleichsrücklage und Allgemeine Rücklage aufgezehrt. Knapp ein Drittel der Bilanzsumme besteht aus Krediten zur Liquiditätssicherung - hier ergibt sich eine Verringerung von 67,100 Mio. EUR (4,0 %).

Wesentliche Änderungen auf der Passivseite der Bilanz gegenüber dem Vorjahr sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	Stand		Veränderung		Anteil an Bilanzsumme in %
	31.12.2015	31.12.2016	Absolut in Mio. EUR	relativ in %	
	in Mio. EUR				
Sonderposten	1.643,825	1.631,205	-12,620	-0,8	30,6
Rückstellungen	1.187,221	1.237,057	+49,836	+4,2	23,2
Verbindlichkeiten	2.424,206	2.322,603	-101,603	-4,2	43,6
davon aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.677,001	1.609,900	-67,101	-4,0	30,2
davon aus Lieferungen und Leistungen	198,069	117,925	-80,144	-40,5	2,2

Eine ausführliche Analyse der Vermögens- und Schuldenlage der Stadt Duisburg ist dem Kapitel 4 des Lageberichtes zu entnehmen.

8.2 Kennzahlen

Die Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation, der Ertrags- und Finanzlage sowie der Vermögens- und Schuldenlage sind ebenfalls im Lagebericht dargestellt. Das zugrunde gelegte NKF-Kennzahlenset ist durch einen Erlass des Innenministeriums NRW für alle Kommunen in NRW vorgeschrieben. Kennzahlen können entweder mit Vorjahren oder interkommunal verglichen werden. Letzteres ist derzeit nur mit eingeschränkter Aussagekraft möglich, weil sich branchenabhängige Erfahrungswerte noch entwickeln müssen. Im Folgenden wird eine Zeitreihenanalyse für ausgewählte Kennzahlen vorgenommen, bei denen wesentliche Änderungen oder ein Trend zu erkennen sind. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass das Kennzahlenset nur bei vollständiger Anwendung Schlüsse über die haushaltswirtschaftliche Situation der Stadt Duisburg zulässt. Einzelne Kennzahlen waren für die Eröffnungsbilanz wegen ihrer ausschließlichen Stichtagsbezogenheit noch nicht vorhanden (gekennzeichnet mit n. b. = „nicht berechenbar“).

	Eigenkapitalquote 1	Eigenkapitalquote 2	Infrastrukturquote	Investitionsquote	Anlagendeckungsgrad 2	Liquidität 2. Grades	Zinslastquote	Netto-Steuerquote	Zuwendungsquote
EB2008	7,95	41,99	48,82	n. b.	71,97	1,37	n. b.	n. b.	n. b.
JA2008	4,81	38,25	47,68	57,77	68,77	12,93	6,15	39,15	39,40
JA2009	1,44	35,45	47,60	115,50	65,70	12,99	3,40	34,58	42,22
JA2010	1,05	34,55	46,99	79,70	62,85	9,72	2,40	31,05	45,39
JA2011	1,05	33,88	45,96	46,85	65,26	9,01	2,88	33,30	44,18
JA2012	1,04	32,85	44,54	30,41	65,61	10,76	2,19	34,61	45,12
JA2013	1,05	32,23	43,81	37,53	65,43	8,62	2,02	34,91	44,01
JA2014	1,05	31,39	42,70	39,30	66,05	8,70	2,05	33,01	43,57
JA2015	1,02	31,05	41,57	169,11	68,13	9,81	3,47	35,41	41,21
JA2016	1,04	31,14	41,45	37,84	71,09	11,25	1,22	33,73	40,77

alle Angaben in %

Eigenkapitalquote 1

Die haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation der Stadt Duisburg wird u. a. anhand der Eigenkapitalquote 1, die den Anteil des Eigenkapitals zum Gesamtkapital misst, dargestellt. Sie wird sich in den Folgejahren erst ändern, wenn durch Überschüsse das negative Eigenkapital abgebaut worden ist.

Eigenkapitalquote 2

Die Eigenkapitalquote 2 gleicht der Eigenkapitalquote 1, schließt aber zusätzlich noch die Sonderposten Zuwendungen/Beiträge, die ebenfalls Eigenkapitalcharakter

haben, mit in die Betrachtung ein. Der negative Trend der Vorjahre bei der Eigenkapitalquote 2 hat sich geringfügig verbessert.

Infrastrukturquote

Zur Analyse der Vermögenslage wird u. a. die Infrastrukturquote herangezogen, die das Infrastrukturvermögen ins Verhältnis zum Gesamtvermögen setzt. Der Wert für 2016 zeigt, dass der Anteil des Infrastrukturvermögens am Vermögen der Stadt weiterhin sinkt.

Investitionsquote

Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen. Die KP II-Maßnahmen der Vorjahre führten hierbei zu Schwankungen, die sich voraussichtlich durch die Investitionsoffensive 2015 in den Folgejahren fortsetzen werden. Der Anstieg in 2015 ist jedoch nicht auf die Investitionsoffensive, sondern im Wesentlichen auf eine Kapitalerhöhung bei der DVV in Höhe von 176,2 Mio. EUR zurückzuführen. In 2016 ist die Investitionsquote wieder auf dem Niveau der Vorjahre.

Anlagendeckungsgrad 2

Zur Verdeutlichung der Finanzlage dient u. a. der Anlagendeckungsgrad 2, der die langfristige Finanzierung des Anlagevermögens misst. Nach der Niveau-stabilisierung in den Vorjahren ist hier ein Anstieg der Kennzahl zu erkennen.

Liquidität 2. Grades

Diese Kennzahl zeigt, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Nachdem sich die Liquidität 2. Grades im Haushaltsjahr 2013 deutlich verschlechterte, ist bis zum Bilanzstichtag 31.12.2016 weiterhin ein Aufwärtstrend erkennbar.

Zinslastquote

Die Zinslastquote zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen besteht. Sie belegt, dass trotz der hohen Verbindlichkeiten günstige Kreditmarktzinsen genutzt werden konnten. Die Quote hatte nach drei stabilen Jahren (rd. 2 %) zum Bilanzstichtag 31.12.2015 eine steigende Tendenz (3,47 %) aufgewiesen. Dies war bedingt durch einen Einzelfall. Die Zinslastquote zum Stichtag 31.12.2016 hat mit 1,22 % den niedrigsten Stand seit Einführung des NKF.

Netto-Steuerquote

Diese Kennzahl zur Ertragslage gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen Dritter, z. B. staatlichen Zuwendungen, ist. Weil dem Bund und dem Land Anteile am Aufkommen der Gewerbesteuer zustehen, werden die Aufwendungen für die von der Gemeinde zu leistenden Gewerbesteuerumlage sowie für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit von den Steuererträgen in Abzug gebracht. Die Steuerertragslage hat sich insgesamt im Vergleich zum Vorjahr leicht vermindert.

Zuwendungsquote

Als Gegenstück zur Netto-Steuerquote gibt die Zuwendungsquote an, zu welchem Teil die Gemeinde von z. B. staatlichen Zuwendungen und Leistungen Dritter abhängig ist. Sie setzt die Erträge aus Zuwendungen ins Verhältnis zu den ordentlichen Erträgen. Die Zuwendungsquote sinkt seit 2012 kontinuierlich. In 2016 verringerte sich die Quote um 0,44 %. Im direkten Vergleich ist sie höher als die Netto-Steuerquote und somit ist erkennbar, dass sich die Stadt Duisburg viel mehr durch Dritte als durch sich „selbst“ finanziert.

Weitere Kennzahlen enthält Kapitel 7 des Lageberichts. Insgesamt geben die Auswertungen der Bilanz und der Kennzahlen einen Einblick in die wirtschaftliche Situation der Stadt Duisburg und entsprechen den Aussagen im Lagebericht.

V Bestätigungsvermerk

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Jahresabschluss der Stadt Duisburg zum 31.12.2016, bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen, Bilanz, Anhang und den Lagebericht nach § 101 GO NRW geprüft. Die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände wurden in die Prüfung einbezogen.

Zur Durchführung der Prüfung hat sich der Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Duisburg des Rechnungsprüfungsamtes bedient.

Die Prüfung wurde vom RPA nach den Vorschriften der Gemeindeordnung NRW, Gemeindehaushaltsverordnung NRW, der Handreichung des MIK und in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Unrichtigkeiten und Verstöße mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Der Jahresabschluss vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Duisburg unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.

Die gesetzlichen Vorschriften, die ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und die sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen wurden beachtet.

Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Duisburg und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Der Bestätigungsvermerk wird ohne Einschränkungen erteilt.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 hat keine Tatsachen ergeben, die der Feststellung des Jahresabschlusses durch den Rat entgegenstehen.

Duisburg, den 23. November 2017

Duisburg, den 24. Oktober 2017



Frank Heidenreich
Vorsitzender des
Rechnungsprüfungsausschusses



I. V. Dirk Tabel
Stellvertretender Leiter des
Rechnungsprüfungsamtes

Anlagen

Anlage 1	Bilanz	63
Anlage 2	Anhang	65
Anlage 2.1	Anlagenspiegel	109
Anlage 2.2	Forderungsspiegel	111
Anlage 2.3	Verbindlichkeitspiegel	113
Anlage 2.4	Rückstellungsspiegel	115
Anlage 2.5	Ermächtigungsübertragungen	117
Anlage 3	Gesamtergebnisrechnung	123
Anlage 4	Gesamtfinanzrechnung	125
Anlage 5	Investitionsmaßnahmen 2016 mit Auszahlungen (Ergebnis) von über 500.000 EUR	127
Anlage 6	Ergebnisse je Organisationseinheit	131

Anlage 1

Bilanz

Stadt Duisburg				Bilanz			
Aktiva				Passiva			
		Stand 31.12.2016 EUR	Stand 31.12.2015 EUR		Stand 31.12.2016 EUR	Stand 31.12.2015 EUR	
1	Anlagevermögen			1	Eigenkapital		
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	993.853,17	1.118.573,39	1.1	Allgemeine Rücklage	0,00	
				1.2	Sonderrücklagen	55.242.041,49	
1.2	Sachanlagevermögen			1.3	Ausgleichsrücklage	0,00	
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücks- gleiche Rechte			1.4	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00	
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	460.028.691,89	454.939.884,14			55.242.041,49	
1.2.3	Infrastrukturvermögen	20.906.800,26		2	Sonderposten aus Zuwendungen		
1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden	2.208.769.667,53	22.287.976,07	zur Finanzierung des Anlagevermögens			
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	2.243.448.365,64	2.1	Sonderposten für Zuweisungen	1.456.697.397,56	
1.2.6	Maschinen und techn. Anlagen, Fahrzeuge	17.818.119,80	0,00	2.2	Sonderposten für Beiträge	161.851.308,27	
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.700.060,93	17.868.286,80	2.3	Sonstige Sonderposten	23.275.998,26	
1.2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	66.343.169,54	15.372.806,37			1.631.205.389,34	
		45.329.314,48	80.551.129,63	3	Rückstellungen		
1.3	Finanzanlagen	2.833.895.824,43	60.551.241,99	3.1	Pensionen	1.039.534.229,62	
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen			3.2	Rückstellungen für Deponien und Alllasten	0,00	
1.3.2	Beteiligungen	1.086.818.394,49	1.088.144.394,49	3.3	Instandhaltungsrückstellungen	3.471.177,32	
1.3.3	Sondervermögen	295.900.393,40	296.614.749,50	3.4	Sonstige Rückstellungen	144.215.095,35	
1.3.4	Wertpapiere des Anlagevermögens	337.391.981,62	334.756.419,37	4	Verbindlichkeiten		
1.3.5	Ausleihungen	30.833.029,92	30.412.788,23	4.1	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	395.639.363,49	
		53.856.047,60	60.894.280,54	4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditäts- sicherung	1.677.000.543,54	
2	Umlaufvermögen	1.804.799.847,03		4.3	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kredit- aufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	32.900.477,77	
2.1	Vorräte			4.4	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
2.1.1	Roh- Hilfs-Betriebsstoffe, Waren	492.070,79	494.925,41	4.5	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	198.068.640,05	
2.1.2	Geleistete Anzahlungen	164.838,28	326.139,55	4.6	Sonstige Verbindlichkeiten	6.784.808,25	
			656.909,07	4.7	Erhaltene Anzahlungen	34.606.462,28	
2.2	Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände			4.8	Sonstige Verbindlichkeiten	79.205.645,75	
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	83.365.504,69	65.324.927,38	4.9	Erhaltene Anzahlungen		
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	82.038.474,18	90.282.671,80	5.	Passive Rechnungsabgrenzung	86.911.296,06	
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände	4.352.825,16	3.311.138,42			82.461.348,25	
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00				
2.4	Liquide Mittel	20.846.746,68	30.537.387,65				
3	Aktive Rechnungsabgrenzung	73.032.234,22	72.667.715,36				
4	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	424.331.646,65	427.498.683,33				
		5.328.568.195,38	5.397.404.485,06			5.328.568.195,38	
						5.397.404.485,06	

Anlage 2 Anhang

Jahresabschluss

für das Haushaltsjahr

vom 01.01.2016 – 31.12.2016

Anhang



Inhaltsverzeichnis

- A. Allgemeine Angaben**
- B. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**
- C. Erläuterungen zur Bilanz**
- D. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung**
- E. Erläuterungen zur Finanzrechnung**
 - 1. konsumtive Finanzrechnung**
 - 2. investive Finanzrechnung**
- F. Sonstige Angaben**

Anlagen zum Jahresabschluss 31.12.2016

- A. Anlagenspiegel**
- B. Forderungsspiegel**
- C. Rückstellungsspiegel**
- D. Rückstellungen WBD**
- E. Verbindlichkeitspiegel**
- F. Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen**

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2016 wurde nach den Vorschriften der Gemeindeordnung und Gemeindehaushaltsverordnung NRW erstellt.

Soweit in diesen Vorschriften auf weitere Gesetze verwiesen wird, werden auch diese angewandt.

B. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Die **immateriellen Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 GO).
2. Die Ermittlung der Wertansätze für das **Sachanlagevermögen** in der Eröffnungsbilanz ist gemäß § 54 Abs. 1 GemHVO i.V.m. § 92 Abs. 3 GO stichtagsbezogen auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten vorgenommen worden. Bei der Ermittlung der Wertansätze der Vermögensgegenstände wurde hierbei grundsätzlich der Wiederbeschaffungszeitwert herangezogen. Grundlage für die Berechnung sind die (ursprünglichen) Anschaffungs- und Herstellungskosten des Vermögensgegenstandes. Diese wurden mit Hilfe von Preisindizes auf den Bilanzstichtag hochgerechnet. Entsprechend den Bestimmungen des § 35 GemHVO ist der Wertansatz für Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, im Rahmen der Zeitwertermittlung um planmäßige lineare Abschreibungen unter Berücksichtigung der festgesetzten Restnutzungsdauern vermindert worden. Diese Werte gelten als fortgeführte Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Zugänge des Sachanlagevermögens ab dem 01.01.2008, sowie Anschaffungen der vor diesem Stichtag auf das Neue Kommunale Finanzmanagement umgestellten Ämter ab dem 01.01.2006, sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen sind nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände bemessen. Seit dem 01.01.2013 beginnt die Abschreibung im Monat der Anschaffung von Vermögensgegenständen. Bis 31.12.2012 erfolgten die Abschreibungen mit Beginn des Folgemonats des Zugangs der Vermögensgegenstände.

Grundsätzlich wird die Einzelbewertung angewandt. Teilbereiche der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Grünanlagen sind aus Vereinfachungsgründen nach dem Festwertverfahren gemäß § 34 Abs. 1 und Abs. 2 GemHVO bewertet. Es handelt sich im Wesentlichen um

- Aufwuchs und Ausstattung von Forst- und Parkanlagen
- Einrichtungen in Schulen
- Einrichtungen in Kindertagesstätten
- Fahrzeugbeladungen der Feuerwehr
- Büromobiliar
- Medienbestände der Stadtbibliothek

Nach § 55 Abs. 3 GemHVO werden für die Kulturpflege bedeutsame Vermögensgegenstände mit ihrem Versicherungswert, ansonsten mit dem einer dauerhaften Versicherung zu Grunde zu legenden Wert angesetzt. Sonstige Kunstgegenstände, Ausstellungsgegenstände und andere bewegliche Kulturobjekte werden mit einem Erinnerungswert (1,00 EUR) angesetzt.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungskosten oder Herstellkosten wertmäßig den Betrag von 410,00 EUR ohne Umsatzsteuer nicht übersteigen, die selbstständig genutzt werden können und einer Abnutzung unterliegen, werden ab dem Haushaltsjahr 2013 nach § 35 Abs. 2 GemHVO unmittelbar als Aufwand verbucht.

3. Die Bewertung der **verbundenen Unternehmen, Beteiligungen** und **Sondervermögen** erfolgt, mit Ausnahme von Einzelfällen, in denen die Ertragswertmethode anzuwenden ist, nach der Substanzwertmethode. Beteiligungen von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung sind nach der Eigenkapitalspiegelmethode bewertet. Sofern Beteiligungen ein negatives Eigenkapital ausweisen, wurde ein Erinnerungswert angesetzt.

4. Die Erstbewertung der **Wertpapiere des Anlagevermögens** erfolgte in Höhe des anteiligen Stammkapitals, die der börsennotierten Aktien in Höhe des Tiefstkurses der vergangenen 12 Wochen, ausgehend vom Bilanzstichtag. Außerplanmäßige Abschreibungen werden unter Beachtung des § 95 Abs. 1 Satz 2 GO durchgeführt, sofern es sich um voraussichtlich dauernde Wertminderungen handelt.
5. Die Bewertung der **Vorräte** erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Der Wert der Vorräte wird am Jahresende über die Inventur ermittelt. Bestandsveränderungen werden aufwandserhöhend bzw. aufwandsmindernd gebucht.
6. Die **Forderungen** und die **sonstigen Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert unter Abzug gebotener Wertberichtigungen angesetzt. Die Bewertung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind in der „Richtlinie zur Erfassung und Bewertung von Forderungen“ geregelt.
7. Die **liquiden Mittel** sind zum Nennwert ausgewiesen.
8. Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden vor dem Bilanzstichtag geleistete Ausgaben ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Des Weiteren werden in dieser Bilanzposition Zuwendungen ausgewiesen, die mit einer mehrjährigen, zeitbezogenen Gegenleistungsverpflichtung der Zuwendungsempfänger verbunden sind.
9. Die **Sonderposten** beinhalten zweckgebundene Zuwendungen für bereits fertig gestellte Vermögensgegenstände. Die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten erfolgt parallel zu den Abschreibungen auf die Vermögensgegenstände über die festgelegte Restnutzungsdauer. Ab dem Haushaltsjahr 2008 sowie für die ab 2006 umgestellten Ämter erfolgt eine direkte Zuordnung der Sonderposten auf die Vermögensgegenstände zum Nennbetrag.
10. Die **Rückstellungen** wurden nach dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Pensionsrückstellungen sind gemäß § 36 Abs. 1 GemHVO nach den beamtenrechtlichen Vorschriften, bezogen auf den Bilanzstichtag bewertet, mit Ausnahme der seit dem 01.07.2008 wirksamen Erhöhung der Versorgungsbezüge. Dieser Versorgungsaufwand, der nicht über die Rückstellung gedeckt ist, wird zukünftig über eine jährliche ratierliche Bereitstellung des Erhöhungsbetrages die Jahresergebnisse belasten. Der Rechnungszins für die Pensionsrückstellungen beträgt 5%. Die Beihilfen nach § 77 des Landesbeamtengesetzes sind pauschal mit 23%, bezogen auf die Rückstellungen von Versorgungsbezügen, ermittelt.
11. Der Ansatz der **Verbindlichkeiten** entspricht ihrem jeweiligen Rückzahlungsbetrag. Verbindlichkeiten in fremder Währung waren zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.
12. Als **passive Rechnungsabgrenzungsposten** sind Einnahmen vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, die einen Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen. Des Weiteren werden in dieser Bilanzposition erhaltene Finanzmittel der Stadt Duisburg ausgewiesen, welche in Bezug auf Investitionsförderungen an Dritte zulässigerweise weitergeleitet werden.

C. Erläuterungen zur Bilanz

AKTIVA

1. Anlagevermögen

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände sind Rechte und Möglichkeiten mit besonderen Vorteilen, zu deren Erlangung bei der Gemeinde Aufwendungen entstanden und die einer Bewertung fähig sind. Nach § 43 Abs. 1 GemHVO NRW dürfen immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens nur aktiviert werden, wenn sie entgeltlich erworben wurden. Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um Software-Lizenzen, EDV-Software sowie um ein Nutzungsrecht.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Konzessionen, Nutzungsrechte	0,00	27.615,55
Lizenzen	626.702,88	696.250,37
Software	367.150,29	394.707,47
	993.853,17	1.118.573,39

1.2 Sachanlagen

Entsprechend § 33 GemHVO NRW wurden sämtliche Vermögensgegenstände per 31.12.2016 in die Bilanz aufgenommen, sofern die Gemeinde wirtschaftlicher Eigentümer war und diese selbstständig verwertbar sind. Anlagenzugänge werden gemäß § 33 GemHVO NRW mit den Anschaffungskosten und Herstellungskosten aktiviert.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	460.028.691,89	454.939.884,14
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	20.906.800,26	22.287.976,07
Infrastrukturvermögen	2.208.769.667,53	2.243.448.365,64
Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00	0,00
Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	17.818.119,80	17.868.286,80
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	14.700.060,93	15.372.806,37
Betriebs- und Geschäftsausstattung	66.343.169,54	80.551.129,63
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	45.329.314,48	60.551.241,99
	2.833.895.824,43	2.895.019.690,64

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bei der Bilanzierung der unbebauten Grundstücke wurde eine Differenzierung vorgenommen in:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Grünflächen	229.047.847,71	219.891.933,43
Ackerland	31.280.513,73	31.281.355,97
Wald und Forsten	19.308.109,55	19.746.684,70
Sonstige unbebaute Grundstücke	180.392.220,90	184.019.910,04
	460.028.691,89	454.939.884,14

Unter der Position Grünflächen sind folgende Nutzungsformen bilanziert:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Park- und Grünanlagen	151.803.264,86	141.535.317,12
Kleingärten	29.632.367,10	29.682.518,78
Friedhöfe	6.414.808,67	6.338.693,07
Sportflächen, Spielplätze	30.234.631,92	31.448.386,09
Wasserflächen	364.892,67	365.462,84
Naturschutzflächen	10.597.882,49	10.521.555,53
	229.047.847,71	219.891.933,43

Die Zunahme des Bilanzansatzes um 9,2 Mio. EUR resultiert aus Zugängen in Höhe von 13,1 Mio. EUR. Es handelt sich im Wesentlichen um die Aktivierung des fertiggestellten Bereichs des Grüngürtels Nord im Ortsteil Bruckhausen i.H. von 9,5 Mio. EUR, des Ruhrtal-Radwegs Rheinorange i.H. von 1,7 Mio. EUR sowie der Bergisch-Märkischen-Hochfeldbahn i.H. von 1,2 Mio. EUR. Abschreibungen in Höhe von 3,7 Mio. EUR und Abgänge von 0,2 Mio. EUR verringern den Wert.

Ackerland

Unter der Position Ackerland werden sowohl der Grund und Boden des begünstigten Agrarlandes (besondere Flächen der Land- oder Forstwirtschaft) als auch die rein landwirtschaftlich genutzten Flächen ausgewiesen.

Wald und Forsten

Es handelt sich hierbei um die Grundstücksbewertung von Wald- und Forstflächen.

Sonstige unbebaute Grundstücke

Unter den sonstigen unbebauten Grundstücken werden insbesondere das Bauland, Rohbau- und Bauerwartungsland sowie Grundstücke, für die Erbbaurechte vergeben worden sind, ausgewiesen. Aufgrund von Grundstücksverkäufen verringerte sich der Bilanzwert um 3,6 Mio. EUR.

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bei der Bilanzierung der bebauten Grundstücke wird grundsätzlich unterschieden zwischen:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Kinder- und Jugendeinrichtungen	0,00	0,00
Schulen	0,00	0,00
Wohnbauten	5.307.612,57	5.302.130,16
Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	15.599.187,69	16.985.845,91
	20.906.800,26	22.287.976,07

Im Zuge der Betriebsgründungen IMD und WBD wurden wesentliche Teile des bebauten Grundbesitzes – insbesondere Schulen, Kindergärten und Feuerwachen – auf die Betriebe verlagert. Im Eigentum der Kernverwaltung befinden sich noch die nicht dem Sport-Eigenbetrieb übertragenen Sportanlagen (z.B. Eissporthalle) sowie die Friedhofsgebäude (Kapellen, Leichenhallen). Ferner wurden im Rahmen des Projekts Grüngürtel-Nord Wohngebäude zum Zwecke der Arrondierung erworben.

Der Bilanzwert verminderte sich abschreibungsbedingt um 1,4 Mio. EUR.

1.2.3 Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen der Stadt Duisburg umfasst im Wesentlichen Verkehrseinrichtungen und ist wie folgt strukturiert:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	364.802.222,90	364.100.227,84
Brücken und Tunnel	155.640.443,03	161.044.904,87
Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	16.266.199,98	18.690.685,15
Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	0,00	0,00
Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	759.963.526,63	779.071.441,81
Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	912.097.274,99	920.541.105,97
	2.208.769.667,53	2.243.448.365,64

Der Rückgang der Bilanzansätze von 34,7 Mio. EUR ist im Wesentlichen auf Abschreibungen in Höhe von 67,8 Mio. EUR zurückzuführen. Davon entfallen 40,4 Mio. EUR auf den Bereich Straßen und Brücken sowie 27,4 Mio. EUR auf die Stadtbahn. Ferner fanden Abgänge von 2,5 Mio. EUR statt. Dem stehen Zugänge aus der Aktivierung von fertiggestellten Baumaßnahmen i.H. von 35,6 Mio. EUR gegenüber. Bei den Zugängen sind neben zahlreichen Straßenbaumaßnahmen (15,2 Mio. EUR) insbesondere die ersten beiden fertiggestellten Bauabschnitte der Deichsanierung Mündelheim in Höhe von 13,5 Mio. EUR zu nennen.

Grund und Boden des Infrastrukturvermögens

Es handelt sich hierbei um einen Sammelposten, der sämtlichen Grund und Boden des gemeindlichen Infrastrukturvermögens enthält. Eine genaue Zuordnung auf die einzelnen Bilanzposten des Infrastrukturvermögens ist nicht erforderlich.

Brücken und Tunnel

Zu diesem Bilanzposten gehören Brücken, Tunnel, Durchlässe und sonstige Ingenieurbauwerke, unabhängig von ihrer Nutzung für Fußgänger, Straßen- oder Schienenverkehr.

Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen

Dieser Bilanzposten beinhaltet das Vermögen der Stadtbahn. Hierzu zählen sämtliche dem Betrieb des Streckennetzes unmittelbar dienenden Anlagen wie z.B. Gleisunterbau, Schienen, Oberleitungen, Signal- und Funkanlagen, Zugsicherungs- und Zuglenkungsanlagen. Die Wertansätze setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Gleisanlagen	4.453.604,12	5.650.914,90
Leitstelle	0,00	0,00
Unterwerke	2.256.019,05	2.542.652,37
Netzleittechnik	93.254,94	109.811,52
Ausbau Haltestellen	4.860,34	14.930,11
Kabelanlagen	31.454,29	41.939,06
Energietechnik	417.125,04	492.777,67
Fahrleitung	728.769,76	942.659,26
Zugsicherung / Fernsteuerung	4.512.674,84	5.403.474,82
Zuglenkung	363.906,83	400.297,51
Nachrichten- und Informationstechnik	1.563.097,09	1.772.201,08
Fahrscheinautomaten	665.841,39	0,00
Fahrtreppen / Aufzüge	1.175.592,29	1.319.026,85
	16.266.199,98	18.690.685,15

Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

Die Aufgaben wurden den Wirtschaftsbetrieben Duisburg – Anstalt öffentlichen Rechts übertragen.

Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen

Die Stadt Duisburg verfügt über ca. 1.300 km Straße. Bilanziert werden jeweils Straßenabschnitte zwischen zwei Knotenpunkten mit folgenden Einzelkomponenten:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Straßenkörper	458.986.129,36	470.871.167,09
Gehweg	184.285.040,68	189.274.041,05
Radweg, Parken, Begleitgrün	94.055.634,79	96.289.511,87
Straßenbäume	22.636.721,80	22.636.721,80
	759.963.526,63	779.071.441,81

Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens

Unter den Sonstigen Bauten des Infrastrukturvermögens sind in erster Linie die Bauwerke der Stadtbahn, wie z.B. Bahnhöfe, Haltestellen, Rampen, Tunnel- und Brückenbauwerke erfasst.

Darüber hinaus wurden wassertechnische Anlagen wie z.B. Hochwasserschutzanlagen, Deiche, Durchlässe und Verrohrungen angesetzt.

Die Zusammensetzung der Sonstigen Bauten des Infrastrukturvermögens im Einzelnen:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Stadtbahn / Bahnhöfe	228.441.332,76	237.669.464,90
Stadtbahn / Tunnelstrecken	604.203.774,88	616.986.855,16
Stadtbahn / Hochlagen (Brückenbauwerke)	36.750.884,08	37.647.247,11
Stadtbahn / Außenanlagen und Rampen	481.237,46	543.183,63
Gewässertechnische Anlagen	14.366.715,97	888.095,33
Sonstige Ingenieurbauwerke	27.853.329,84	26.806.259,84
	912.097.274,99	920.541.105,97

1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden

Die Bilanzposition entfällt.

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Diese Bilanzposition beinhaltet insbesondere Vermögensgegenstände, deren Erhaltung auf Grund ihrer Bedeutung für Kunst, Geschichte und Kultur im öffentlichen Interesse liegt. Hierzu gehören Kunstgegenstände des Kultur- und Stadthistorischen Museums, des Museums der Deutschen Binnenschifffahrt sowie Plastiken im Freien.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Mercator-Sammlung	5.112.919,00	5.112.919,00
Plastiken im Freien	2.021.169,58	2.021.169,58
Sammlung Königsberg	450.258,00	456.318,00
Sammlungsstücke Kultur- und Stadthistorisches Museum	1.866.975,00	1.870.862,00
Sammlungsstücke Museum der Deutschen Binnenschifffahrt	1.539.853,02	1.584.053,02
Ankauf Nachlass Wilhelm Lehmbruck	5.009.000,00	5.009.000,00
Sonstige Kunstgegenstände	470.528,20	465.418,20
Sammlung historischer Bücher in der Stadtbibliothek	1.347.241,00	1.348.371,00
Baudenkmale	50,00	50,00
Bodendenkmale	126,00	126,00
	17.818.119,80	17.868.286,80

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Diese Position beinhaltet im Wesentlichen die Nachrichtentechnik, die Kabelnetze und die Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Nachrichtentechnik, Kabelnetze	243.738,61	293.360,95
Fahrzeuge	10.351.342,73	11.294.132,12
Sonstige technische Anlagen und Maschinen	4.104.979,59	3.785.313,30
	14.700.060,93	15.372.806,37

Die Abnahme von 0,7 Mio. EUR resultiert aus Abschreibungen von 2,6 Mio. EUR sowie aus Zugängen i.H. von 1,9 Mio. EUR.

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung handelt es sich insbesondere um die Büroeinrichtung der Kernverwaltung, die Einrichtung und Ausstattung von Schulen und Kindergärten, die Einrichtung und Ausstattung der Feuerwehr sowie den Medienbestand der Stadtbibliothek.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Einrichtung in Schulen	35.515.281,81	48.766.302,51
Einrichtung in Kindertageseinrichtungen	6.297.500,00	6.297.500,00
Fahrzeugausstattung der Feuerwehr und Einrichtung der Feuerwachen	5.569.105,38	7.549.526,68
Medienbestand der Stadtbibliothek	4.583.378,66	4.458.358,00
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.377.903,69	13.479.442,44
	66.343.169,54	80.551.129,63

Die Verringerung des Bilanzwertes um 14,2 Mio. EUR ist im Wesentlichen aus außerplanmäßigen Abschreibungen im Bereich der Festwerte i.H. von 16,0 Mio. EUR und planmäßigen Abschreibungen von 0,9 Mio. EUR entstanden. Dem stehen Anschaffungen von 3,3 Mio. EUR und Abgänge von 0,6 Mio. EUR gegenüber.

1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Diese Position beinhaltet den Wert sämtlicher Baumaßnahmen, die zum Bilanzstichtag noch nicht fertiggestellt waren. Die Maßnahmen wurden mit den bis zum Bilanzstichtag angefallenen Vorauszahlungen aktiviert.

Die Baumaßnahmen beinhalten folgende Sachverhalte:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Baukosten Projekt Grüngürtel	0,00	12.763.082,70
Nachrüstung Südstrecke Stadtbahn	7.941.621,07	5.364.248,00
Anschluss A 59 DU-Zentrum	1.440.000,00	1.440.000,00
Umbau Wanheimer Straße	2.787.653,85	1.643.212,80
Gestaltung Bahnhofsvorplatte	2.400.598,45	474.725,44
Ausbau Bergisch-Märkische Hochfeldbahn	0,00	1.398.610,77
Deichverlegung Mündelheim, Sonstiger Hochwasserschutz	2.047.941,02	8.957.639,49
Erneuerung Sportanlagen	4.351.463,61	3.174.773,89
Ausbau Düsseldorfer Landstraße	1.195.688,72	1.194.701,93
Projekt Rheinorange	0,00	966.263,58
Stadterneuerungsmaßnahmen Hochfeld-West	180.229,47	1.004.034,15
Sonstige Infrastrukturmaßnahmen	16.934.766,47	16.789.531,54
Anzahlungen Grunderwerb	1.261.075,25	1.209.365,56
Anzahlungen bewegliches Anlagevermögen	4.788.276,57	4.171.052,14
	45.329.314,48	60.551.241,99

Die Bilanzposition verringerte sich insgesamt um 15,2 Mio. EUR. Dies ist in erster Linie auf die Aktivierung fertiggestellter Baumaßnahmen in Höhe von 34,2 Mio. EUR und Zugänge aufgrund des weiteren Fortschritts von Baumaßnahmen i.H. von 19,0 Mio. EUR zurückzuführen. Aktiviert wurden unter anderem der Grüngürtel in Bruckhausen, die beiden Bauabschnitte der Deichsanierung Mündelheim, die Bergisch-Märkische Hochfeldbahn sowie der Ruhrtal-Radweg Rheinorange.

1.3 Finanzanlagen

Unter Finanzanlagen sind solche Geld- und Kapitalanlagen ausgewiesen, welche auf Dauer finanziellen Anlagezwecken oder Unternehmensverbindungen dienen. Dazu gehören in erster Linie Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und das Sondervermögen, insbesondere die organisatorisch verselbstständigten Einrichtungen.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.086.818.394,49	1.088.144.394,49
Beteiligungen	295.900.393,40	296.614.749,50
Sondervermögen	337.391.981,62	334.756.419,37
Wertpapiere des Anlagevermögens	30.833.029,92	30.412.788,23
Ausleihungen	53.856.047,60	60.894.280,54
	1.804.799.847,03	1.810.822.632,13

Unter den vorgenannten Posten werden die Anteile an folgenden Unternehmen ausgewiesen:

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Zum Anteilsvermögen der verbundenen Unternehmen zählen:

DVV - Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH
 Duisburger Verkehrsgesellschaft AG
 Gebag - Duisburger Baugesellschaft mbH (vorher: Gebag - Duisburger Gemeinnützige Baugesellschaft AG)
 Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR (WBD-AöR)
 Sparkassenzweckverband der Städte Duisburg und Kamp-Lintfort
 Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH (vormals Duisburg Marketing GmbH)
 Duisburg Kontor GmbH (vormals Frische Kontor Duisburg GmbH)
 Zoo Duisburg AG
 filmforum GmbH - Kommunales Kino und filmhistorische Sammlung der Stadt Duisburg
 Duisburger Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DBV) & Co. Immobilien KG (DBV KG)
 Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum - Zentrum internationaler Skulptur -
 Immobilien Service Duisburg GmbH (inaktiv)
 Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG)
 MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG

1.3.2 Beteiligungen

Das Anteilsvermögen der Beteiligungen umfasst die Anteile an den nachstehend aufgeführten Gesellschaften:

Duisburger Hafen AG - duisport
 Sana Kliniken Duisburg GmbH (zuvor Klinikum Duisburg GmbH)
 Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderungen gGmbH
 Revierpark Mattlerbusch GmbH
 EG DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH
 Deutsche Oper am Rhein Theatergemeinschaft Düsseldorf-Duisburg gGmbH
 Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH - GFW Duisburg

1.3.3 Sondervermögen

Zum Anteilsvermögen des Sondervermögens zählen:

Immobilien-Management Duisburg (IMD)
DuisburgSport
Unselbstständige Stiftungen

1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
START Zeitarbeit NRW GmbH
Niederrheinische Verkehrsbetriebe AG NIAG
ekz.bibliotheksservice GmbH
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
GVZ DUNI (inaktiv)
RWE AG, Stammaktien
Stadtbahn-Fonds
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper AöR
Zweckverband KDN - Dachverband kommunaler IT-Dienstleister

Die Finanzanlagen verringerten sich um 6,0 Mio. EUR. Im Einzelnen beziehen sich die Veränderungen auf außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 2,1 Mio. EUR, Zugänge im Wert von 3,1 Mio. EUR sowie planmäßige Rückführungen von Ausleihungen in Höhe von 7,0 Mio. EUR. Die außerplanmäßigen Abschreibungen an verbundene Unternehmen und Beteiligungen betreffen die Duisburg Kontor GmbH mit 1,3 Mio. EUR, die Revierpark Mattlerbusch GmbH mit 0,7 Mio. EUR und die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg GmbH in Höhe von 0,1 Mio. EUR.

Die Wertkorrektur von rd. 1,3 Mio. EUR bei der Duisburg Kontor GmbH (DK) ist aufgrund der wesentlichen Unterschreitung der historischen Anschaffungswerte der DK und der nicht vorhandenen Wertaufholungsperspektive erforderlich geworden. Insbesondere die Fehlbeträge der Gesellschaft aus den Jahren 2012 – 2016, die hauptsächlich der Einstellung des Schlachtbetriebes und der Übernahme des defizitären Veranstaltungsbereiches der Duisburg Marketing Gesellschaft (DMG) geschuldet waren, haben die oben genannte Unterschreitung verursacht. Nachdem zum 01.01.2016 die defizitären und zuschussfinanzierten Bereiche Tourismus und Marketing von der DMG in den Betrieb der DK eingegliedert wurden, ist perspektivisch derzeit nicht mit einer Wertaufholung zu rechnen.

Die Revierpark Mattlerbusch GmbH wurde nach der Eigenkapitalspiegelmethode auf der Grundlage des anteiligen (50% entsprechend der städtischen Beteiligungsquote) handelsbilanziellen Nettobetriebsvermögens bzw. Eigenkapitals der Gesellschaft in Höhe von 2.150.299,25 EUR bewertet. Eine Wertkorrektur erfolgte bereits zum 31.12.2015 um 429.276,42 EUR auf 1.721.022,83 EUR. Unter Fortführung der Eigenkapitalspiegelmethode hat sich auf der Basis der letzten testierten Bilanz der Gesellschaft zum 31.12.2015 ein abweichender Wertansatz i.H. von 1.058.024,97 EUR für den Bilanzstichtag 31.12.2016 ergeben. Der Wertansatz wurde um 662.997,86 EUR vermindert

Aufgrund einer Entnahme aus der Kapitalrücklage i.H. von 102.716,47 EUR zur Abdeckung des Jahresfehlbetrages für das Geschäftsjahr 2015 musste bei der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH entsprechend der Beteiligungsquote (50%) ein Wert von 51.358,24 EUR abgeschrieben werden.

Der Wertzuwachs im Sondervermögen von 2,6 Mio. EUR betrifft die unselbstständigen Stiftungen und ist auf eine Erbschaft zurückzuführen, die durch die Stadt Duisburg zweckgerichtet zu verwalten ist. Als Gegenposition zu dem Vermögenswert ist ein gesonderter Sonderposten gebildet worden.

Der Zugang bei den Wertpapieren in Höhe von 0,4 Mio. EUR beruht auf einer Ertragsthesaurierung beim Stadtbahnfonds.

1.3.5 Ausleihungen

Unter den Ausleihungen sind langfristige Darlehen der Stadt Duisburg, die diese im Rahmen ihrer Aufgabenerzielung vergibt, bilanziert.

Der Rückgang in Höhe von 7,0 Mio. EUR ist vorwiegend auf planmäßige Rückzahlungen zurückzuführen.

2. Umlaufvermögen

2.1 Vorräte

Erfasst sind hier die Vorräte im Bereich der Feuerwehr, der Verwaltung sowie der kulturellen Einrichtungen und des Gesundheitsamtes.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
2.1.1 Vorräte	492.070,79	494.925,41
2.1.2 Geleistete Anzahlungen	164.838,28	326.139,55
	656.909,07	821.064,96

Bei den geleisteten Anzahlungen handelt es sich im Wesentlichen um Vorleistungen gegenüber dem IMD, die im Rahmen der Mietereinbauten im Stadtfenster vorgenommen wurden. In diesen Fällen steht die Lieferung bzw. Leistung noch aus.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Forderungsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen		
Gebühren	13.001.540,13	10.607.531,30
Beiträge	9.666.172,44	9.201.935,50
Steuern	47.761.519,14	46.704.646,47
Transferleistungen	16.347.541,60	9.099.746,33
Kostenerstattungen	22.453.616,31	17.914.171,51
Sonstige öffentliche Forderungen	24.375.717,35	17.133.084,57
Wertberichtigungen	-50.240.602,28	-45.336.188,30
	83.365.504,69	65.324.927,38
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen		
gegen Fremde	37.930.109,13	43.321.310,20
gegen öffentlichen Bereich	14.213.492,77	14.188.947,73
gegen verbundene Unternehmen	44.449.637,65	32.440.557,18
gegen Beteiligungen	5.877.711,20	33.055.591,53
gegen Sondervermögen	3.127.800,82	20.866.651,27
Wertberichtigungen	-23.560.277,39	-53.590.386,11
	82.038.474,18	90.282.671,80
	165.403.978,87	155.607.599,18

Die Gebührenforderungen mit einer Gesamthöhe von 13.001.540,13 EUR umfassen im Wesentlichen Ansprüche aus Leistungen für Feuerwehr- und Rettungsdiensteinsätze i.H. von 4,1 Mio. EUR, Gebühren des Ordnungsamtes von 1,8 Mio. EUR sowie Sondernutzungs-, Baugenehmigungs- und Bauabnahmegebühren von 0,785 Mio. EUR. Der Anstieg der Gebührenforderungen in Höhe von 2,4 Mio. EUR resultiert vorwiegend aus unverrechneten Leistungen der Gebührenabrechnung im Rettungsdienst für Notfalleinsätze und Kran-

ken Transporte gegenüber den Kostenträgern. Darüber hinaus werden die Friedhofsgebühren i.H. von 1,2 Mio. EUR in dieser Bilanzposition ausgewiesen. Die Berechnung der Friedhofsgebühren erfolgt durch die WBD im Namen und auf Rechnung der Stadt Duisburg.

Bei den Forderungen aus Beiträgen in Höhe von 9.666.172,44 EUR handelt es sich hauptsächlich um zum Bilanzstichtag noch nicht eingegangene Zahlungen für Kindergartenbeiträge in Höhe von 9,1 Mio. EUR.

Die Steuerforderungen in Höhe von 47.761.519,14 EUR setzen sich stichtagsbezogen überwiegend aus der Gewerbesteuer i.H. von 38,5 Mio. EUR (VJ 37,1 Mio. EUR) und der Grundsteuer B mit 4,4 Mio. EUR (VJ 4,7 Mio. EUR) zusammen.

Die Transferleistungen in Höhe 16.347.541,60 EUR umfassen zum Bilanzstichtag im Wesentlichen Ansprüche der Stadt Duisburg aus dem Ersatz sozialer Leistungen gegenüber Hilfeempfängern in Höhe von 2,7 Mio. EUR, Investitionszuwendungen und Zuweisungen in Höhe von 1,6 Mio. EUR, sowie Forderungen aus Erstattungsbeträgen der Grundsicherung gegenüber dem Land in Höhe von 10,5 Mio. EUR. Der deutliche Anstieg der Transferleistungen resultiert aus dem Abrechnungsverfahren im Bereich der Grundsicherung. Die Abrechnung des vierten Quartals erfolgte vollständig zum 31.12.2016. Aufgrund dessen fallen sowohl der Mittelabruf als auch die Fälligkeit in das neue Haushaltsjahr. Im Vorjahr erfolgte eine anteilige Abrechnung und Erstattung der Grundsicherung durch das Land bereits im vierten Quartal, lediglich die Spitzabrechnung in Höhe von 3,4 Mio. EUR wurde zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Bestehende kommunale Forderungen der Stadt Duisburg aus Leistungen der Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II werden zurzeit nicht in der Bilanz ausgewiesen. Die Forderungen werden vom Regionalen Forderungsmanagement der Bundesagentur für Arbeit (BA) verwaltet. Die Auswertungen der BA über die Höhe der Forderungen und deren Realisierung können vom Fachbereich aufgrund der darin enthaltenen Informationen sachlich nicht bestätigt werden. Bis zu einer endgültigen Klärung wird aus Gründen der Vorsicht auf eine Bilanzierung verzichtet.

Die ausgewiesenen Kostenerstattungen in Höhe von 22.453.616,31 EUR enthalten offene Posten gegenüber der Arge aus Personalkosten in Höhe von 0,4 Mio. EUR, Forderungen gemäß § 7 Abs. 1 UVG von 14,8 Mio. EUR, Rückzahlungsansprüche aus der Gewährung von Sozialhilfe nach § 91 SGB XII i. H. von 1,0 Mio. EUR sowie Ansprüche gegenüber dem Land aus Kosten der Unterkunft (KdU) in Höhe von 4,6 Mio. EUR. Hinsichtlich der angestiegenen Forderungen wird auf die Ausführungen zur Grundsicherung im Bereich der Transferleistungen aufgrund der Analogie der Abrechnungsmethodik verwiesen.

Die sonstigen öffentlichen Forderungen in Höhe von 24.375.717,35 EUR setzen sich vorwiegend aus Bußgeldern (6,8 Mio. EUR), öffentlich-rechtlichen Nebenforderungen (6,4 Mio. EUR) und Kostenerstattungen von Gemeinden und anderen Trägern (10,7 Mio. EUR) zusammen. Aufgrund eines Bearbeitungsrückstaus beim überörtlichen Träger konnten im Haushaltsjahr 2016 Erstattungsansprüche aus der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern nach § 89d SGB VIII in erheblichem Maße noch nicht geltend gemacht werden. Deshalb wurde im Berichtsjahr erstmalig und voraussichtlich einmalig ein Forderungsbestand in Höhe von 6,8 Mio. Euro aktiviert. Die Höhe der Forderung wurde anhand der noch nicht angeforderten erstattungsfähigen Aufwendungen ermittelt.

Die Wertberichtigungen auf Forderungen von 50.240.602,28 EUR beziehen sich vornehmlich auf Steuerforderungen i.H. von 29,9 Mio. EUR (VJ 25,8 Mio. EUR), Forderungen gegenüber Unterhaltspflichtigen gemäß § 7 UVG i.H. von 13,4 Mio. EUR (VJ 13,1 Mio. EUR) sowie auf öffentlich-rechtliche Nebenforderungen i.H. von 2,1 Mio. EUR (VJ 2,0 Mio. EUR). Die Forderungen gegenüber Unterhaltspflichtigen nach dem UVG werden mit 86% auf den nicht einzelwertberichtigten Forderungsbestand pauschalwertberichtigt. Der Ausfall basiert auf Erfahrungswerten des Jugendamtes. Grund der Zunahme der Wertberichtigung bei den Steuerforderungen ist eine erhöhte Zuführung im Bereich der Pauschalwertberichtigung von 1,7 Mio. EUR (VJ 0,328 Mio. EUR) sowie höheren Einzelwertberichtigungen bei den befristeten Niederschlagungen von 0,9 Mio. EUR.

In den Forderungen gegenüber Fremden von 37.930.109,13 EUR ist die Übernahme der Altdaten aus HKR und der Forderungsinventuren enthalten. Die Übernahme der Gewerbesteuer mit 9,7 Mio. EUR (VJ 10,8 Mio. EUR) und der Grundsteuer B in Höhe von 0,5 Mio. EUR (VJ 0,6 Mio. EUR) bilden den wesentlichen Anteil der Altforderungen. Ferner werden in dieser Bilanzposition die Forderungen aus der Veräußerung von Geschäftsanteilen der Klinikum Duisburg GmbH an die Sana Kliniken AG in Höhe von 10,7 Mio. EUR ausgewiesen (VJ 12,9 Mio. EUR). Der Kaufpreisanspruch wird in Tranchen fällig, die letzte Tranche erfolgt mit Ablauf des 31. Dezember 2021.

Die Forderungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Bereichen über 14.213.492,77 EUR enthalten Forderungen nach § 23 Abs. 1 des Gesetzes zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung

des Landes Nordrhein-Westfalen vom 30. Oktober 2007 i.H. von 8,5 Mio. EUR sowie Forderungen nach dem Versorgungslastenverteilungsgesetz i.H. von 5,3 Mio. EUR. Die Änderungen des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes sind in der Versorgungslastenverteilung nicht berücksichtigt.

Die privatrechtlichen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 44.449.637,65 EUR weisen verschiedene offene Arten von privatrechtlichen Forderungen aus. In den Forderungen sind unter anderem Ansprüche aus der Gestellung von Personal, Erstattungen aus Pensionsrückstellungen, Abrechnungen von Verwaltungskosten, Konzessionsabgaben, Investitionszuschüssen, Baukostenerstattungen sowie Friedhofsgebühren aus der Erstattung der Bürger gegenüber den WBD enthalten. Den größten Anteil der Forderungen bilden ein Betriebsmittelkredit gegenüber den WBD mit 24,3 Mio. EUR (VJ 11,4 Mio. EUR) und ein Liquiditätskredit der Gebag in unveränderter Höhe von 11,5 Mio. EUR. Ferner besteht eine Rückgriffsforderung gegen die Gebag Duisburger Baugesellschaft mbH in Höhe von 3,8 Mio. EUR. Die Forderung bezieht sich auf die Rückzahlung der Stadt Duisburg an die NRW Bank aus dem Förderprojekt Atlantis, zu der die Stadt Duisburg am 01.12.2014 vom Landgericht Duisburg verurteilt wurde.

Die privatrechtlichen Forderungen gegenüber Beteiligungen in Höhe von 5.877.711,20 EUR bilden im Wesentlichen die Ansprüche der Stadt aus der Spielzeit 2016/2017 gegenüber der DOR ab. Diese stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verpflichtung gegenüber der DOR (vergl. hierzu die analoge Bilanzposition in den Verbindlichkeiten).

Die im Vorjahr ausgewiesene Forderung gegen die Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) i.H. von 27,4 Mio. EUR wurde im laufenden Haushaltsjahr ausgebucht. Die Forderung stand in Verbindung mit einer erforderlichen Rückstellung aus einer von der Stadt Duisburg gegebenen Einwendungs- und Einredeverzichterklärung an eine Bank im Rahmen eines Finanzierungsgeschäftes (Forfaitierung). Grund der Ausbuchung ist der Abschluss eines Vertrages zur Sanierung der GMVA, der unter anderem einen Sanierungsbeitrag vorsieht und ein Rückgriffsrecht seitens der Stadt Duisburg ausschließt. Die Ausbuchung der Forderung erfolgte erfolgsneutral, da die seinerzeit gebildete Wertberichtigung der Forderung in Anspruch genommen wurde.

Die privatrechtlichen Forderungen gegenüber dem Sondervermögen in Höhe von 3.127.800,82 EUR enthalten offene Forderungen gegenüber der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung IMD aus Miet- und Pachterträgen, Ansprüche aus dem Verkauf von Grundstücken, Verwaltungsgebühren, Erstattungen aus Pensions- und Beihilferückstellungen, Ansprüche aus der Gestellung von Personal sowie Forderungen im Rahmen der umsatzsteuerlichen Organschaft in Höhe von 2,2 Mio. EUR (VJ 3,1 Mio. EUR). Offene Forderungen der vorgenannten Arten bestanden mit Ausnahme der Miet- und Pachterträge sowie den Grundstückverkäufen gegenüber der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung DU Sport in Höhe von 0,946 Mio. EUR (VJ 0,358 Mio. EUR).

Die rückläufigen Forderungen in Höhe von 17,7 Mio. EUR sind vorwiegend auf eine vereinbarte Verrechnung zwischen der Kernverwaltung und dem IMD im laufenden Haushaltsjahr zurückzuführen. Verrechnet wurden Ansprüche der Stadt Duisburg aus dem Haushaltsjahr 2015 mit der im Vorjahr gebildeten Rückstellung aus der Verlustübernahme der Sanierung des Veranstaltungs- und Kongresszentrums. Neben einer Darlehensgewährung für die Mercatorhalle in Höhe von 4,7 Mio. EUR wurde der fortgeführte Betriebsmittelkredit von 10,5 Mio. EUR (Stand zum Bilanzstichtag 31.12.2015: 8,9 Mio. EUR) verrechnet. Darüber hinaus wurden Ansprüche des Vorjahres von 3,7 Mio. EUR aus Zinserstattungen im Zusammenhang gewährter Nutzungsentschädigungen im Rahmen der Übertragung wesentlicher Teile des städtischen Immobilienvermögens, einschließlich der entsprechend festgelegten Verbindlichkeiten in Höhe von 2,5 Mio. EUR mit der Rückstellung verrechnet. Die restliche Forderung von 1,2 Mio. EUR wurde vom IMD bezahlt.

Der Ansatz der Wertberichtigungen in Höhe von 23.560.277,39 EUR setzt sich aus Forderungen gegenüber Dritten zusammen. Der Wertberichtigungsansatz enthält unter anderem zweifelhaft gestellte Forderungen aus dem Forderungsbestand der Altdaten aus HKR und den Forderungsinventuren. Forderungen gegenüber städtischen Gesellschaften werden zu 100% als einbringlich angesehen. Eine Ausnahme bildete der Rückforderungsanspruch gegen die GMVA im Vorjahr. Die Risikovorsorge wurde im laufenden Haushaltsjahr in Anspruch genommen (weitere Ausführungen sind den Erläuterungen der privatrechtlichen Forderungen gegenüber Beteiligungen zu entnehmen).

2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Steuern	690.913,33	304.134,53
Forderungen gegen Mitarbeiter	52.160,74	35.866,85
Sonstiges	3.609.751,09	2.971.137,04
	4.352.825,16	3.311.138,42

Bei den Steuern handelt es sich im Wesentlichen um Erstattungen des Finanzamtes aus der Umsatzsteuer für den Monat Dezember 2016. Die Position Sonstiges enthält periodische Abgrenzungen. Ferner enthält die Position einen Anspruch gegenüber der Deka Investmentbank i.H. von 0,517 Mio. EUR aus der Ausschüttung des Stadtbahn-Fonds 2016 sowie eine Aktivierung von Immobilien i.H. von 0,409 Mio. EUR. Das immobile Vermögen wurde der Stadt von einer Duisburger Bürgerin vererbt. Nach dem Willen der Erblasserin darf das Erbe nicht in den allgemeinen Haushalt einfließen, sondern muss für das städtische Tierheim verwendet werden. Es ist angedacht, das Vermögen, das sich nicht nur aus Sachwerten sondern auch aus liquiden Mitteln und Wertpapieren zusammen setzt, für den Um- bzw. Neubau des Tierheim-Gebäudes zu verwenden.

2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Wertpapiere des Umlaufvermögens	254.330,10	0,00

Die Wertpapiere sind ein Teilvermögen aus einer Erbschaft der Stadt Duisburg des Haushaltsjahres 2016. Weitere Ausführungen zum Sachverhalt sind der Bilanzposition „Sonstige Vermögensgegenstände“ zu entnehmen.

2.4 Liquide Mittel

Als liquide Mittel werden Guthaben bei Kreditinstituten, Kassenbestände sowie Handvorschüsse bilanziert.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Deutsche Bundesbank	126.116,24	100.857,83
Kreditinstitute	20.635.430,44	30.351.563,78
Kassen, Handvorschusskasse	85.200,00	84.966,04
	20.846.746,68	30.537.387,65

Während der Betriebsferien der Kernverwaltung vom 27.12. bis 30.12.2016 erfolgte keine Liquiditätssteuerung der Finanzmittel. Dies führt zum Bilanzstichtag zu einem höheren Bestand der liquiden Mittel. In den liquiden Mitteln ist eine Erbschaft der Stadt Duisburg in Höhe von 1.482.647,71 EUR enthalten. Vergleiche hierzu die Ausführungen im Bereich der Sonstigen Vermögensgegenstände.

3. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet Ausgaben, die Aufwand nach dem Bilanzstichtag darstellen. Des Weiteren werden in dieser Bilanzposition geleistete Zuwendungen ausgewiesen, die mit einer mehrjährigen, zeitbezogenen Gegenleistungsverpflichtung der Zuwendungsempfänger verbunden sind. Bei den ausgewiesenen Kostenanteilen „Obermaschinerie IMD“, „Alarmierungsanlage Theater IMD“, „Städtischer Kostenanteil Neubau des Mercatortunnels A 59“, „Neubau von zwei Brücken im Zuge des Umbaus der A 59 Anschlussstelle Duisburg-Zentrum“ und der „Notarztstation im Evangelischen Krankenhaus DU-Nord“

handelt es sich um Zuwendungsgewährungen der Stadt Duisburg mit Gegenleistungsverpflichtungen der Zuwendungsempfänger. Darüber hinaus werden die von der Stadt Duisburg als Träger der öffentlichen Jugendhilfe gewährten Investitionszuschüsse nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) sowie die Mittel nach dem Investitionsprogramm U3-Ausbau in diesem Bilanzposten abgebildet. Die Auflösungen erfolgen ratierlich und richten sich nach den vertraglichen Nutzungsvereinbarungen bzw. nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Kostenanteil Obermaschinerie IMD	773.239,95	812.557,23
Kostenanteil Alarmierungsanlage Theater IMD	716.351,84	792.940,58
Städtischer Kostenanteil Neubau des Mercatortunnels A 59	3.173.259,35	3.215.569,48
Städtischer Kostenanteil Neubau von 2 Brücken	3.478.172,87	3.348.266,87
Pacht Personentunnel Bahnhof Rheinhausen	28.006,00	29.614,00
Neubau Notarztstation Evangelisches Krankenhaus DU-Nord	598.297,00	300.000,00
Zuwendungen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und U3-Ausbau	14.539.328,86	15.728.480,67
Feuerwehr Mietvorauszahlung IMD	8.413.902,00	8.628.875,00
Sozialhilfezahlung Januar 2017	11.065.066,95	10.867.692,95
Beamtenbesoldung Januar 2017	8.984.562,25	8.628.193,80
Jugendamt Unterhaltsvorschuss, Pflegegeld, Betriebskosten	5.023.945,53	4.664.992,80
UVG-Zahlung Januar 2017	640.902,67	588.002,00
Wirtschaftliche Jugendhilfe Januar 2017	617.879,64	560.116,40
Kosten der Unterkunft, Erstausrüstung	12.623.766,14	12.074.726,03
Betriebsmittelzuschuss Revierpark Mattlerbusch	0,00	175.000,00
Finanzierung Mietereinbauten Stadtfenster	1.223.946,98	1.127.285,33
Sprachförderung Amt 51	0,00	357.438,00
Umlage Regionalverband Ruhr Januar 2017	480.561,14	455.959,22
Gastspielverträge 2017	120.756,50	0,00
Sonstiges	530.288,55	312.005,00
	73.032.234,22	72.667.715,36

4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Seit dem Haushaltsjahr 2010 ist das gemeindliche Eigenkapital aufgezehrt. Es ergibt sich ein Überschuss der Passivposten zu den Aktivposten.

Darstellung des negativen Eigenkapitals zum 31.12.2016:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage (Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag)	427.498.683,33	446.622.180,23
Unmittelbare Verrechnungen mit der allgemeinen Rücklage 2016 vergl. Abschnitt F Ziffer 8 (negatives Eigenkapital) S.43	2.553.334,00	-8.071.340,51
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-5.720.370,68	-11.052.156,39
Negatives Eigenkapital	424.331.646,65	427.498.683,33

Die Darstellung der Entwicklung des Eigenkapitals wird im Lagebericht abgebildet. Insofern wird auf eine Abbildung im Anhang verzichtet.

PASSIVA

1. Eigenkapital

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage	0,00	0,00
Sonderrücklagen	55.242.041,49	55.242.041,49
	55.242.041,49	55.242.041,49

1.1. Allgemeine Rücklage

Als Allgemeine Rücklage wird der Unterschiedsbetrag zwischen dem Vermögen der Stadt Duisburg und der Sonderrücklage, der Ausgleichsrücklage, den Sonderposten, den Rückstellungen, den Verbindlichkeiten sowie den passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Die Allgemeine Rücklage ist seit dem Haushaltsjahr 2010 aufgezehrt (siehe Ziffer 4 der Aktivseite: Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag).

1.2 Sonderrücklagen

Unter dem Bilanzposten Sonderrücklagen wird die Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum mit 55.242.041,49 EUR ausgewiesen. Dieser Wert wird auf der Aktivseite unter Ziffer 1.3 Finanzanlagen bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen.

1.3 Ausgleichsrücklage

Nach Artikel 8 des NKF-Weiterentwicklungsgesetzes ist die in der Bilanz angesetzte Ausgleichsrücklage nach den gesetzlichen Haushaltsvorschriften in ihrem Bestand zu überführen. Nach den Berechnungen hätte der Bestand der Ausgleichsrücklage zum 31.12.2008 maximal 82.339.796,96 EUR betragen dürfen. Da der Jahresfehlbetrag 2008 bereits die Ausgleichsrücklage aufgezehrt hat, ergeben sich für die fortfolgenden Jahre keine Ausgleichsberechnungen.

2. Sonderposten

2.1 Sonderposten für Zuwendungen

Für erhaltene Zuwendungen, die im Rahmen einer Zweckbindung bewilligt und gezahlt worden sind und für die Anschaffung von Vermögensgegenständen verwendet wurden, sind entsprechende Sonderposten anzusetzen. Die Auflösung der Sonderposten wird entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes vorgenommen.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Grünanlagen	95.481.926,48	85.757.461,28
Sonstiger unbebauter Grundbesitz	26.717.940,19	26.457.782,54
Sportanlagen	17.890.231,13	16.973.358,04
Gewässerschutz	14.203.626,77	718.404,34
Straßen und Brücken	446.564.769,46	455.881.814,01
Stadtbahn	787.204.662,04	809.847.856,67
Sonstige Bauten Infrastruktur	17.489.873,82	16.321.653,65
Schenkungen Kunstgegenstände, Kulturgüter	9.369.395,31	9.367.598,22
Technische Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	32.482.669,61	37.371.468,81
	1.447.405.094,81	1.458.697.397,56

Die Verringerung der Sonderposten für Zuwendungen um 11,3 Mio. EUR ist darin begründet, dass den Zugängen der Sonderposten in Höhe von 46,1 Mio. EUR ertragswirksame Auflösungen in Höhe von 53,3 Mio. EUR gegenüberstehen. In den Auflösungen sind 4,6 Mio. EUR enthalten, die sich aus der Abschreibung im Bereich der Festwerte ergeben (vergl. Aktiva 1.2.7). Ferner verringern Abgänge zuwendungsfinanzierter Vermögensgegenstände die Sonderposten um 4,1 Mio. EUR.

2.2 Sonderposten für Beiträge

Die Sonderposten für Beiträge beinhalten die im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen erhaltenen Erschließungsbeiträge sowie Straßenbaubeiträge resultierend aus dem Baugesetzbuch und dem Kommunalabgabengesetz.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Sonderposten für Beiträge	156.513.543,60	161.851.308,27

Der Rückgang der Sonderposten für Beiträge um 5,3 Mio. EUR resultiert aus den ertragswirksamen Auflösungen in Höhe von 6,8 Mio. EUR sowie Abgängen beitragsfinanzierter Vermögensgegenstände von 0,6 Mio. EUR, denen Zugänge der Sonderposten von 2,1 Mio. EUR gegenüberstehen.

2.3 Sonstige Sonderposten

Für rechtlich unselbstständige Stiftungen, bei denen durch den Stifter Vermögensgegenstände mit einer bestimmten Zweckbindung der Gemeinde übertragen wurden, sind in Höhe der Vermögenswerte Sonderposten in der Bilanz gebildet. Darüber hinaus beinhaltet dieser Bilanzposten Ausgleichszahlungen für Pflanzverpflichtungen nach der Baumschutzsatzung und dem Landschaftsgesetz, soweit sie noch nicht verwendet wurden, sowie Ausgleichsmaßnahmen des Öko-Kontos.

Ferner sind unter dem Bilanzposten „Sonstige Sonderposten“ alle sonstigen vermögenswirksamen Leistungen, die der Gemeinde von Dritten gewährt worden sind, angesetzt, soweit dabei die Voraussetzungen für die Bildung eines Sonderpostens vorliegen. Dazu sind z.B. Schenkungen und Spenden in Form von Geld- oder Sachleistungen zu zählen, sofern die Gemeinde rechtlicher und wirtschaftlicher Eigentümer der übergebenen Vermögenswerte wird. Der Sonstige Sonderposten weist einen Zuwendungsanteil der Thyssen-Krupp Stahl AG in Höhe von 4,6 Mio. EUR im Rahmen der Aktivierung des Grunderwerbs Grüngürtel aus. Darüber hinaus werden Privatinvestitionen Dritter im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen ausgewiesen, wobei die Anlagen nach Fertigstellung der Stadt übergeben werden. Hier ist insbesondere ein Finanzierungsanteil in Höhe von 4,5 Mio. EUR von Logport bei der Erschließung der Osttangente sowie ein Finanzierungsanteil in Höhe von 1,2 Mio. EUR der LEG bei der Umgestaltung des Opernplatzes zu nennen.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Sonderposten für unselbstständige Stiftungen und Sonstige	4.341.969,40	1.706.407,15
Sonderposten für Pflanzverpflichtg. n.d. Baumschutzsatzung	1.399.888,18	1.399.888,18
Sonderposten für Ausgleichsmaßnahmen nach dem Landschaftsgesetz	1.171.097,24	1.171.097,24
Sonderposten für Ausgleichsmaßnahmen nach dem Landschaftsschutzgesetz	1.143.150,03	1.143.150,03
Sonderposten für diverse Ablösekosten	245.740,82	245.740,82
Sonstige Sonderposten	18.984.905,26	17.609.714,84
	27.286.750,93	23.275.998,26

Die Zunahme der Sonstigen Sonderposten um 4,0 Mio. EUR resultiert aus Zugängen i.H. von 4,5 Mio. EUR, denen ertragswirksame Auflösungen in Höhe 0,5 Mio. EUR gegenüberstehen. Bei den Zugängen ist neben der Aktivierung privat finanzierter Straßen i.H. von 1,6 Mio. EUR eine von der Stadt Duisburg zu verwaltende Erbschaft in Höhe von 2,6 Mio. EUR zu nennen (vergleiche hierzu die Ausführungen zu Ziffer 1.3. im Bereich der unselbstständigen Stiftungen).

3. Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Pensionsrückstellungen	1.064.146.886,00	1.039.534.229,62
Instandhaltungsrückstellungen	5.318.978,38	3.471.177,32
Sonstige Rückstellungen	167.590.756,46	144.215.095,35
	1.237.056.620,84	1.187.220.502,29

Für die Rückstellungen wurde ein Rückstellungsspiegel erstellt, der dem Anhang als Anlage beigefügt ist.

3.1 Pensionsrückstellungen

Für die Ermittlung der Pensionsrückstellungen wird das Programm „HAESSLER Pensionsrückstellung - Kommunal“ in der jeweils aktuellen Version eingesetzt. Die Berechnung erfolgt nach dem Teilwertverfahren unter Zugrundelegung eines Rechnungszinses von 5% gemäß § 36 Abs. 1 GemHVO NRW.

Bei der Berechnung der Pensionen werden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

Der Beginn der Dienstzeit für Beamtinnen und Beamte des mittleren und gehobenen Dienstes wird nach Vollendung des 19. Lebensjahres, für Beamtinnen und Beamte des höheren Dienstes nach Vollendung des 25. Lebensjahres festgesetzt. Diese Berechnungsansätze entsprechen der Grundlage des RdErl. d. Innenministeriums vom 04.01.2006, verlängert mit Runderlass vom 16.07.2010 und 17.02.2016.

Weiterhin enthält die Berechnung folgende Annahmen:

- Besoldung: höchste Stufe der jeweiligen Gruppe
- Finanzierungsbeginn: bei Eintritt
- Teilzeitkürzungen: bisheriger durchschnittlicher Beschäftigungsgrad

Aus Vereinfachungsgründen wird die Rückstellung für Beihilfe als prozentualer Anteil der Rückstellungen für Pensionen ermittelt. Zurzeit wird die Rückstellung mit einem Prozentsatz von 23% gebildet.

In der Pensionsrückstellung ist nicht die Verteilung der Versorgungslasten nach der gesetzlichen Rückwirkungsklausel enthalten. Eine allgemeine Zahlungsverpflichtung zu einem früheren Zeitpunkt (beispielsweise Dienstherrnwechsel vor Inkrafttreten des Gesetzes, Eintritt in den Ruhestand erfolgt nach Inkrafttreten) wäre praktisch nicht umzusetzen, da die sogenannten „Schwebefälle“ aufwändig ermittelt werden müssten. Jeder Dienstherrnwechsel müsste über einen Zeitraum von vier Jahrzehnten nachvollzogen werden. In einer Vielzahl von Fällen ist dies aufgrund fehlender Akten äußerst aufwändig, wenn nicht unmöglich. Ferner bestehen Forderungen der Stadt Duisburg gegenüber Dienstherrn in unbekannter Höhe.

In den Pensions- und Beihilferückstellungen sind die Versorgungsverpflichtungen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen IMD und DuisburgSport enthalten. Die Stadt Duisburg hat die Eigenbetriebe nach § 22 Absatz 3 EigVO NRW von künftigen Versorgungsleistungen gegen entsprechende Zahlungen freigestellt.

3.3 Instandhaltungsrückstellungen

Im Haushaltsjahr 2007 wurde vom Fachbereich 61 ein Betrag von 3.099.418,71 EUR für die Durchführung von Instandhaltungsmaßnahmen an Straßen und Brücken an die WBD weitergeleitet. Der Restbuchwert des Vorjahres von 160.985,34 EUR wurde teilweise verbraucht und der Restbetrag aufgelöst. Weitere Rückstellungen wurden im Haushaltsjahr 2011 in Höhe von 1.914.520,00 EUR für Instandhaltungsmaßnahmen der Verkehrsinfrastruktur gebildet, um einen weiteren Substanzverlust zu vermeiden. Zum Bilanzstichtag besteht ein Restbuchwert von 262.728,38 EUR. Die im Vorjahr gebildete Rückstellung für die Instandhaltung der „Stahlrampe Marientor“ in Höhe von 3,0 Mio. EUR wegen festgestellter Mängel muss weiterhin bestehen bleiben. Eine Umsetzung der Maßnahme ist aus planerischen und technischen Gründen im Jahr 2017/2018 vorgesehen. Zusätzlich wurde im laufenden Haushaltsjahr eine Rückstellung für die Mängelbeseitigung der Spundwand am Nordufer im Marina Innenhafen in Höhe von 2,1 Mio. EUR gebildet. Die Entwicklungen der

einzelnen Maßnahmen sind unabhängig vom Rückstellungsspiegel separat als Anlage dem Anhang beigelegt.

3.4 Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen enthalten Personalarückstellungen der Kernverwaltung für Urlaub, Gleitzeitguthaben (einschließlich Lang- und Lebensarbeitszeitkonten), Altersteilzeit und Leistungsentgelt in Höhe von 32,3 Mio. (VJ 35,0 Mio.) EUR. Weitere Rückstellungen im Personalbereich enthalten neben etwaiger Nachforderungen sozialversicherungspflichtiger Honorarverträge der Deutschen Rentenversicherung i.H. von 3,5 Mio. EUR unter anderem auch mögliche Nachversicherungen von Beamten/innen von 1,1 Mio. EUR und eine Rückstellung i.H. von 3,8 Mio. EUR für den Fall, dass eine weitere Besoldungsanpassung aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Besoldungs- und Versorgungsgesetzes festgestellt wird, gegen das derzeit Musterklagen geführt werden. Darüber hinaus wurden Rückstellungen passiviert für die altersdiskriminierungsfreie Besoldung von Beamten in Höhe von 1,1 Mio. EUR sowie die zu erwartenden Nachzahlungen im Bereich der Erfahrungsstufensteigerungen nach dem Dienstrechtmodernisierungsgesetz (DRModG) i.H. von 0,3 Mio. EUR und der Kosten für Rufbereitschaften bei besonderen Einsatzlagen von 0,1 Mio. EUR. Weitere personelle Verpflichtungen bestehen aus Anwartschaften gegenüber den WBD in Höhe von 4,5 Mio. EUR sowie nach den Regelungen der Versorgungslastenverteilung in Höhe von 5,5 Mio. EUR. Die Änderungen des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes sind in der Versorgungslastenverteilung nicht berücksichtigt.

Aufgrund einer vertraglichen Verpflichtung der Stadt Duisburg zum Ausgleich von Verlusten an das Johanner-Krankenhaus Duisburg-Rheinhausen für die Jahre 2004, 2005 und 2007 wurde eine Rückstellung in Höhe von 1.876.431,16 EUR gebildet. Die Inanspruchnahme erfolgt in zehn gleichen Jahresraten. Zum Bilanzstichtag beträgt der Restbuchwert 562.929,00 EUR.

Eine im Haushaltsjahr 2015 gebildete Rückstellung in Höhe von 27,4 Mio. EUR steht im Zusammenhang mit einer Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung der Stadt Duisburg im Rahmen eines Finanzierungsgeschäftes (Forfaitierung) der GMVA mit der finanzierenden Bank. Maßgebend war die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts NRW, wonach die GMVA verpflichtet wurde, die überhöhten Verbrennungsentgelte der Vergangenheit an die Entsorger zu erstatten und die künftigen Verbrennungsentgelte zu senken. Dies hat zur Folge, dass die Ansprüche der finanzierenden Bank für den Zeitraum 2016-2020 nicht allein von der GMVA getragen werden können. Die Belastungen aus der Forfaitierung sind gemäß abgeschlossener Sanierungsvereinbarung von den Gesellschaftern mitzutragen. Eine dementsprechende Inanspruchnahme in Höhe von 1,7 Mio. EUR erfolgte im Haushaltsjahr 2016, so dass sich der Restbuchwert der Rückstellung auf 25,7 Mio. EUR zum 31.12.2016 vermindert hat.

Die Steuerrückstellungen setzen sich im Wesentlichen aus vier strittigen Fällen der Gewerbesteuer mit einem Volumen von 49,7 Mio. EUR zusammen. Die entsprechenden Steuern sind festgesetzt und wurden durch die Steuerpflichtigen entrichtet. Die Passivierung trägt dem Umstand Rechnung, dass in drei Fällen die den Gewerbesteuerfestsetzungen zu Grunde liegenden Messbescheide des Finanzamtes angefochten wurden bzw. dass in einem Fall eine Änderung aufgrund eines bestehenden Vorbehalts der Nachprüfung erfolgen kann. Für die gleichen Vorgänge wurden für die jeweiligen Erhebungszeiträume bereits Nachzahlungszinsen in Höhe von 4,4 Mio. EUR erhoben und aufgrund der Einsprüche ebenfalls zurückgestellt. Hinzu kommen des Weiteren fiktive Erstattungszinsen in Höhe von 1,8 Mio. EUR.

Die Stadt Duisburg verpflichtete sich gegenüber der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung IMD, die Verluste aus der Sanierung des Veranstaltungs- und Kongresszentrums City-Palais (Mercatorhalle) aufgrund brandschutztechnischer Mängel bis zu 25,1 Mio. EUR zu übernehmen. Die Übernahme der Belastungen erfolgte, um die Werthaltigkeit des Unternehmens zu gewährleisten. Die Rückstellung wurde bis auf 7,4 Mio. EUR verbraucht. Ausführungen zum Verbrauch befinden sich unter Ziffer 2.2.2 Privatrechtliche Forderungen gegen Sondervermögen.

Von der Bezirksregierung Düsseldorf wurde eine Zuwendung für das Kultur- und Stadtteilzentrum „Alte Feuerwache Hochfeld e.V.“ in Höhe von 2,9 Mio. EUR bewilligt und ausgezahlt. Zuwendungszweck war die Schaffung eines interkulturellen und kulturgewerblichen Stadtteilzentrums. Der Zuwendungsbescheid wurde um 2,1 Mio. EUR widerrufen und der Betrag zurückgefordert. Gegen diesen Bescheid hat die Stadt Duisburg vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf Klage erhoben und vorsorglich eine Rückstellung nebst anteiliger Zinserstattungen gebildet. Die Klage wurde mit Urteil vom 15.12.2016 (Az. 1 K 6417/14) abgewiesen. Die Fördermittel nebst Zinsen werden im Haushaltsjahr 2017 erstattet.

Eine im Haushaltsjahr 2010 in Höhe von 24,9 Mio. EUR gebildete Rückstellung aufgrund der Neuregelung der Wohngeldersparnisverteilung des Landes für die Jahre 2007 bis 2009 weist zum 31.12.2016 einen Betrag von 6,2 Mio. EUR aus. Maßgebend für die Bildung der Rückstellung ist das geänderte Gesetz zur Aus-

führung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB II NRW), welches durch das zweite Gesetz zur Änderung des AG-SGB II NRW vom 21.12.2010 um den § 7a AG-SGB II NRW ergänzt wurde. In diesem Paragraphen wurde die Anlage A zu § 7 AG-SGB II NRW neu gefasst. Aufgrund der Änderung der Anlage A erfolgte eine Neuberechnung der Zuweisungsbeträge des Landes NRW für die Jahre 2007 bis 2009. Danach ergab sich für die Stadt Duisburg eine zu hohe Erstattung von 24.982.127,43 EUR. Der Vorteilsausgleich wird ab dem Haushaltsjahr 2011 von den zukünftigen Zuweisungsbeträgen des Landes in acht gleich bleibenden Tranchen abgezogen. Die Auflösung der Rückstellung erfolgt in Analogie der gekürzten Zuweisungen des Landes bis 2018.

Im Rahmen der Übertragung der Buchwerte der IDE wurde eine Rückstellung für Drohverluster aus dem Geschäftsführer-Anstellungsvertrag für Gehaltsansprüche nach dem Abschlussstichtag bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags (Ende Juli 2017) in Höhe von 538.200,00 EUR übernommen. Maßgeblich für die gebildete Rückstellung ist, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt der ehemalige Geschäftsführer keine Tätigkeit für die Kernverwaltung ausübt. Aktuell beträgt die Rückstellung 55.508,08 EUR. Des Weiteren erfolgte ein entgeltlicher Schuldbeitritt der Stadt Duisburg in die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen für den hauptamtlichen Geschäftsführer in Höhe von 397.025,00 EUR.

Aus einem dem städtischen Tierheim zugutekomenden Vermächtnis bestehen noch Verpflichtungen, die sich aus den an das Erbe gekoppelten Auflagen ergeben. Diese sind mit rd. 0,200 Mio. EUR beziffert.

4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	455.322.505,51	395.639.363,49
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.609.900.057,32	1.677.000.543,54
Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	31.140.127,58	32.900.477,77
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	117.924.607,96	198.068.640,05
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	8.711.320,12	6.784.808,25
Sonstige Verbindlichkeiten	35.452.251,37	34.606.462,28
Erhaltene Anzahlungen	64.151.925,60	79.205.645,75
	2.322.602.795,46	2.424.205.941,13

Die Restlaufzeiten sind dem in der Anlage beigefügten Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen.

4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen bestehen zum Stichtag ausschließlich gegenüber Kreditinstituten.

4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

Die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung bestehen in voller Höhe bei Kreditinstituten.

In den Verbindlichkeiten sind Kontokorrentkredite aus dem Bereich der Treuhandkonten der EGDU in Höhe von 57,32 EUR enthalten.

4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, bestehen gegenüber Fremden i.H. von 29.106.923,99 EUR (VJ 30.814.321,32 EUR) und gegenüber verbundenen Unternehmen i.H. von 2.033.203,59 EUR (VJ 2.086.156,45 EUR).

4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von insgesamt 117.924.607,96 EUR (VJ 198.068.640,05 EUR) belaufen sich gegenüber Fremden auf 738.188,92 EUR (VJ 172.048,74 EUR), gegenüber verbundenen Unternehmen auf 111.265.610,12 EUR (VJ 192.252.669,38 EUR), gegenüber Beteiligungen auf 4.844.610,15 EUR (VJ 4.770.237,90 EUR) sowie gegenüber Sondervermögen auf 1.077.198,77 EUR (VJ 873.684,03 EUR).

Der Rückgang der Verbindlichkeiten um 80,1 Mio. EUR resultiert hauptsächlich aus der bedarfsorientierten Auszahlung der Kapitaleinlage zur Stärkung der Eigenkapitalquote der DVV. Die im Vorjahr ausgewiesene Zahlungsverpflichtung in Höhe von 176,2 Mio. EUR reduzierte sich um eine im März 2016 durchgeführte Zahlung in Höhe von 80,2 Mio. EUR. Zum Bilanzstichtag besteht somit aus diesem Sachverhalt eine Zahlungsverpflichtung von 96,0 Mio. EUR. Ferner reduzierte sich die Verbindlichkeit gegenüber der DVV aus der Zusicherung des Verlustausgleiches aus dem Jahresfehlbetrag 2012 auf 5,6 Mio. EUR (VJ 9,6 Mio. EUR). Hintergrund ist ein aufgelegtes Altersteilzeitprogramm im Rahmen eines Ergebnisstabilisierungsprogramms. Dabei wird der auf die Altersteilzeit entfallende Liquiditätsanteil sukzessive über die Jahre ausgeglichen. Im Gegensatz dazu erhöhten sich die Verbindlichkeiten im Wesentlichen gegenüber der WBD-AöR um 1,9 Mio. EUR. Der erhöhte Betrag resultiert vorwiegend aus einer zum Jahresende gestellten Rechnung der WBD-AöR für übernommene Aufwendungen der Gesellschaft im Rahmen der Sanierungsvereinbarung GMVA. Ein hier enthaltener Teilverzicht auf Rückgriffsansprüche aus der Forfaitierung i.H.v. 1,7 Mio. EUR ist gemäß Freistellungsvereinbarung mit der WBD-AöR von der Stadt Duisburg zu übernehmen (vergleiche auch zur Rückstellung unter 3.4).

4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen beinhalten Aufwendungen aus Sozialleistungen des Jahres 2016, die erst in 2017 in Höhe von 8.514.037,81 EUR (VJ 6.632.152,47 EUR) zahlungswirksam werden. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Jugendhilfeleistungen. Die restlichen Verbindlichkeiten bestehen gegenüber dem Land nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Den erhöhten Verbindlichkeiten aus Zahlungsverpflichtungen von Jugendhilfeleistungen stehen in fast gleicher Höhe geringere Rückstellungen im Jugendhilfereich gegenüber.

4.6 Sonstige Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich unter anderem aus Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 2.652.516,89 EUR (VJ 2,2 Mio. EUR), Sicherheitseinbehalten von 914.936,15 EUR (VJ 1,3 Mio. EUR), einer Spende für den Grüngürtel Duisburg-Nord i.H. von 10.178.707,28 EUR (VJ 10,0 Mio. EUR) sowie periodischen Abgrenzungen von 8.465.413,29 EUR (VJ 8,3 Mio. EUR) zusammen. Die Periodenabgrenzung enthält Aufwand des Haushaltsjahres 2016, der nach dem Bilanzstichtag ausgezahlt wird.

4.7 Erhaltene Anzahlungen

Ein wesentlicher Teil der erhaltenen Anzahlungen sind Zuwendungen oder Beiträge, die an die Kommune ausgezahlt, aber noch nicht zweckentsprechend verwendet wurden (sogenannte Transferverbindlichkeiten). Als nicht zweckentsprechend verwendete Mittel werden in dieser Bilanzposition auch die Zuwendungen ausgewiesen, denen bereits geleistete Anzahlungen im Bau gegenüberstehen. Bis zur endgültigen Fertigstellung der investiven Maßnahme besteht eine Verpflichtung der Kommune. Erst mit Inbetriebnahme des Vermögensgegenstandes darf eine Umbuchung in den Sonderposten erfolgen.

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Zuwendungen für AiB Stadtbahnbau	3.190.868,40	2.103.364,79
Zuwendungen für AiB Deichrückverlegung Mündelheim	359.338,52	8.195.822,51
Zuwendungen für AiB Wanheimer Str.	3.341.922,49	2.290.139,00
Zuwendungen für AiB Fahrzeuge Berufsfeuerwehr	4.235.876,95	2.633.629,11
Zuwendungen für AiB Mercatorstr.	844.974,40	44.014,67
Zuwendungen für AiB Sonstiger Hochwasserschutz	1.982.939,64	647.894,04
Zuwendungen für AiB Modernisierung Sportanlagen	4.182.775,21	3.346.085,49
Zuwendungen für AiB Bahnhofsvorplatz	2.635.891,62	608.717,26
Zuwendungen für AiB Stadtfenster	0,00	577.453,90
Zuwendungen für AiB Rheinorange	0,00	574.240,07
Zuwendungen für AiB Grüngürtel	0,00	11.321.755,09
Stadterneuerung STEPP Beeck	58.038,93	1.861.685,63
Stadterneuerung STEPP Hochfeld	334.665,80	2.255.170,78
Stadterneuerung STEPP Laar	607.888,27	413.715,65
Zuwendungen aus der Schulpauschale	2.585.899,63	1.969.219,78
Zuwendungen für sonstige Infrastrukturmaßnahmen	4.702.853,83	6.272.432,63
Zuwendungen für KIDU-Maßnahmen nach dem KInvFG	1.842.613,20	0,00
Beitragsvorauszahlungen BauGB Straßenbaumaßnahmen	1.127.971,23	329.558,95
	32.034.518,12	45.444.899,35

Der Rückgang der Zuwendungen um 13,4 Mio. EUR korrespondiert mit den im laufenden Haushaltsjahr aktivierten Baumaßnahmen (vergl. Ziffer 1.2.8 der Aktivseite). Diese werden zum Zeitpunkt der Aktivierung den einzelnen Vermögensgegenständen zugeordnet.

Ferner enthält diese Bilanzposition nicht verwendete Finanzmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket i.H. von 11,4 Mio. EUR. Davon entfallen 6,5 Mio. EUR (VJ 6,7 Mio. EUR) auf das Sozialamt und 4,9 Mio. EUR (VJ 5,8 Mio. EUR) auf das Jugendamt. Darüber hinaus werden die Anzahlungen von Geschäftspartnern i.H. von 18,8 Mio. EUR (VJ 21,1 Mio. EUR) unter dieser Position abgebildet. Ein Teil hiervon sind freiwillige Zahlungen von Gewerbesteuerpflichtigen, um den Anspruch des Steuergläubigers auf Nachzahlungszinsen nach der Verzinsungsregelung der AO zu begrenzen. Außerdem werden hier die Mittel der noch nicht zweckentsprechend verwendeten Erbschaft für das Städtische Tierheim in Höhe von 1,9 Mio. EUR ausgewiesen (vergleiche hierzu die Ausführungen zu der Bilanzposition „Sonstige Vermögensgegenstände“).

5. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten weist Einnahmen vor dem Bilanzstichtag aus, die Erträge nach dem Stichtag darstellen. Des Weiteren werden in dieser Bilanzposition erhaltene Finanzmittel der Stadt Duisburg ausgewiesen, welche in Bezug auf Investitionsförderungen an Dritte zulässigerweise weitergeleitet werden (hinsichtlich der Sachverhalte vergleiche Ziffer 3 der Aktivseite: Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten).

Im Rahmen der Bewertung von Forderungen erfolgte eine Abzinsung einer unverzinslichen Forderung nach dem strengen Niederstwertprinzip des Umlaufvermögens zum Bilanzstichtag. Für die Differenz zwischen Nominalwert und Barwert der Forderung wurde ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, der in den Folgejahren wieder erfolgswirksam aufgelöst wird (vergl. hierzu unter anderem nähere Ausführungen zu Ziffer 2.2.2 der Aktivseite: Privatrechtliche Forderungen gegenüber Fremden).

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Friedhöfe	55.293.175,23	56.142.224,50
Investive Zuwendungen Obermaschinen	683.957,54	718.735,10
Kostenanteil Alarmierungsanlage Theater IMD	711.999,97	800.000,00
Investive Zuwendungen Städtischer Kostenanteil		
Neubau des Mercatortunnels A 59	2.884.781,25	2.923.245,00
Investive Zuwendungen Städtischer Kostenanteil		
Neubau von 2 Brücken	2.774.660,87	2.620.542,87
Zuwendungen nach dem Gesetz über Tages-		
einrichtungen für Kinder (GTK) und U3-Ausbau	14.270.292,96	15.429.163,68
Abgrenzung Konzert- und Theaterabonnements	253.009,08	230.060,35
Sprachförderung Amt 51	0,00	357.438,69
Erstattung Betriebskosten Kindertagesstätten Januar 2016	3.376.255,00	4.903.123,61
Erstattung Unterhaltsvorschuss Januar 2016	264.713,76	252.987,30
Abzinsung einer unverzinslichen Forderung	1.634.360,20	2.304.526,08
Sonstiges	314.142,39	229.248,88
	82.461.348,25	86.911.296,06

D. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

1. Darstellung und Analyse der ordentlichen Erträge

1.1. Erträge der Gesamtergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden die Erträge der Kommune vollständig abgebildet. Dabei wird zwischen ordentlichen Erträgen, Finanzerträgen und außerordentlichen Erträgen unterschieden. Die ordentlichen Erträge ergeben sich dabei aus der Summe der nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 GemHVO NRW verpflichtend auszuweisenden Ertragsarten.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit in Mio. EUR Beträgen dargestellt (*Differenzen zur Gesamtergebnisrechnung ergeben sich aufgrund der Darstellung in gerundeten Mio. EUR Beträgen*):

	Auszug aus der Gesamtergebnisrechnung	Ansatz 2016		Ergebnis	Abweichung
		Original	fortgeschrieben		
01	Steuern und ähnliche Abgaben	603,446	606,646	592,660	-13,987
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	675,882	686,136	689,817	+3,681
03	Sonstige Transfererträge	13,430	13,430	18,961	+5,531
04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	69,014	69,014	77,574	+8,560
05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	19,145	19,145	20,003	+0,858
06	Kostenerstattungen und -umlagen	204,786	204,786	213,814	+9,029
07	Sonstige ordentliche Erträge	70,726	70,726	79,060	+8,334
08	Aktiviert Eigenleistungen	0,000	0,000	0,000	+0,000
09	Bestandsveränderungen	0,000	0,000	0,000	+0,000
10	Ordentliche Erträge	1.656,429	1.669,883	1.691,889	+22,006

1.2. Wesentliche Abweichungen

Im Folgenden werden die Ertragszeilen mit Abweichungen von > 1 Mio. EUR erläutert. Da hier nur die absolut wesentlichen Abweichungen dargestellt werden, sind bei der Summierung der erläuterten Abweichungen Differenzen zu den o.g. Gesamtabweichungen pro Zeile möglich.

Steuern und ähnliche Abgaben

Die Mindererträge bei den Steuern und ähnlichen Abgaben in Höhe von insgesamt 13,987 Mio. EUR sind hauptsächlich bei der **Gewerbsteuer** und der **Grundsteuer B** entstanden. Die Gewerbesteuermindererträge (10,180 Mio. EUR) stehen im Zusammenhang mit noch ungeklärten Streitfällen. Bei der **Grundsteuer B** konnten die etatisierten Erträge nicht erzielt werden. Der Steuerausfall beträgt hier 5,361 Mio. EUR. Aufgrund der verhaltenen Entwicklung (im Vergleich zum Landesdurchschnitt) der Steuermessbeträge in Duisburg ist auch das Ergebnis unterdurchschnittlich ausgefallen.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Insgesamt belaufen sich die Ertragsverbesserungen bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen auf 3,681 Mio. EUR.

Beim Jugendamt sind Mehrerträge bei den Landeszuweisungen in Höhe von 2,529 Mio. EUR zu verzeichnen, die in der Hauptsache im Produkt 060106 „**Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen**“ aufgrund der Kindpauschalen für die freien und städtischen Träger entstanden sind. Durch den U3-Ausbau werden z.B. höhere Kindpauschalen für diese Plätze gezahlt.

Im Bereich des **Amtes für schulische Bildung** konnten Mehrerträge bei den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten (4,742 Mio. EUR) durch notwendige Festwertabwertungen generiert werden. Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen bei den Festwertaufwendungen (siehe auch Kapitel D 2.2. „Bilanzielle Abschreibungen“).

Bei den Landeszuweisungen aus dem Konjunkturpaket II ergeben sich Mindererträge, da diverse KIDU-Maßnahmen noch nicht wie geplant in 2016 abgeschlossen werden konnten.

Sonstige Transfererträge

Die sonstigen Transfermehrerträge betragen insgesamt 5,531 Mio. EUR. In der Hauptsache sind diese Mehrerträge im Jugendamt (4,096 Mio. EUR) bei den Kostenbeiträgen im Rahmen der „Familienpflege für Minderjährige“ (Produkt 060305) sowie bei der „Hilfe zur Erziehung in Einrichtungen für Minderjährige“ (Produkt 060306) entstanden.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Die Mehrerträge dieser Leistungsentgelte betragen insgesamt 8,560 Mio. EUR. In der Hauptsache sind diese Mehrerträge durch die positive Entwicklung der Elternbeiträge für **Kindertageseinrichtungen** (3,237 Mio. EUR) entstanden. Weitere Mehrerträge sind aufgrund gestiegener Einsatzzahlen und Gebührenanpassungen bei den **Rettungsdienstgebühren** in Höhe von 1,637 Mio. EUR und bei den Erstattungen von Mietzahlungen für beschlagnahmte Wohnungen bzw. bei Übergangsheimen im Rahmen der **Unterbringung von Asylbewerbern** in Höhe von 0,913 Mio. EUR zu verzeichnen.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

In der Gruppe der Kostenerstattungen und –umlagen sind Mehrerträge in Höhe von insgesamt 9,029 Mio. EUR zu verzeichnen.

Im Bereich des Amtes für Soziales und Wohnen sind sowohl Mindererträge in Höhe von 1,958 Mio. EUR als auch Mehrerträge in Höhe von 7,552 Mio. EUR festzustellen. Die Mindererträge sind hauptsächlich auf die sinkende Zahl städtischer Mitarbeiter im **Jobcenter** und die daraus resultierende sinkende Personalkosten-erstattung des Bundes zurückzuführen. Demgegenüber stehen Mehrerträge bei den Erstattungen vom Bund, die dem Produkt „**Leistungen für Arbeitssuchende**“ zuzurechnen sind und Mehrerträge bei dem Produkt „**Bildung- und Teilhabe**“, da diese anteilmäßig von den erhaltenen Kosten der Unterkunft errechnet werden (siehe auch Kapitel D 2.2. „Transferaufwendungen“).

Außerdem sind gemäß einer Vereinbarung zwischen IMD und der Kernverwaltung Nutzungsentgelte aus ersparten Zinsaufwendungen vom **IMD** zu erstatten. Hierdurch sind insgesamt Mehrerträge in Höhe von 3,845 Mio. EUR zu verzeichnen.

Sonstige ordentliche Erträge

Insgesamt konnte bei den sonstigen Erträgen eine Haushaltsverbesserung von 8,334 Mio. EUR erzielt werden.

Beim **Bürger- und Ordnungsamt** resultiert die Ertragssteigerung in Höhe von 1,088 Mio. EUR im Wesentlichen aus dem Bereich „Fließender Verkehr“ durch Schwerpunktkontrollen (wie zum Beispiel der Blitzermarathon und Überprüfung von LKW-Durchfahrtsverboten).

Die Mehrerträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen (1,208 Mio. EUR) sind im Zusammenhang mit Vollstreckungen entstanden. Ferner ist es im Bereich des **Amtes für Rechnungswesen und Steuern** zu Mehrerträgen aus Nebenforderungen (Mahngebühren, Säumniszuschläge, Verzugszinsen und Pfändungsgebühren) in Höhe von 1,668 Mio. EUR und aus der Verzinsung für Steuernachforderungen nach § 233a Abgabenordnung in Höhe von 1,233 Mio. EUR gekommen.

Außerdem sind im Bereich der **nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträge** bei verschiedenen Positionen Mehrerträge festzustellen. So konnte beim Amt für Soziales und Wohnen im Rahmen der Anpassung von Festwerten eine Haushaltsverbesserung in Höhe von 2,351 Mio. EUR verbucht werden.

2. Darstellung und Analyse der ordentlichen Aufwendungen

2.1. Aufwendungen der Gesamtergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden die Aufwendungen der Kommune vollständig abgebildet. Dabei wird zwischen ordentlichen Aufwendungen, Zinsen, sonstigen Finanzaufwendungen und außerordentlichen Aufwendungen unterschieden. Die ordentlichen Aufwendungen ergeben sich dabei aus der Summe der nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 GemHVO NRW verpflichtend auszuweisenden Aufwandsarten.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Mio. EUR Beträgen dargestellt (Differenzen zur Gesamtergebnisrechnung ergeben sich aufgrund der Darstellung in gerundeten Mio. EUR Beträgen):

	Auszug aus der Gesamtergebnisrechnung	Ansatz 2016		Ergebnis	Abweichung
		Original	fortgeschrieben		
11	Personalaufwendungen	337,104	337,697	349,303	+11,606
12	Versorgungsaufwendungen	44,515	44,515	42,215	-2,300
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	296,302	296,302	289,364	-6,938
14	Bilanzielle Abschreibungen	74,251	74,251	93,230	+18,979
15	Transferaufwendungen	613,605	623,563	648,199	+24,636
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	257,145	256,849	251,922	-4,927
17	Ordentliche Aufwendungen	1.622,922	1.633,177	1.674,233	41,056

2.2. Wesentliche Abweichungen

Im Folgenden werden die Aufwandszeilen mit Abweichungen von > 1 Mio. EUR erläutert. Da hier nur die absolut wesentlichen Abweichungen dargestellt werden, sind bei der Summierung der erläuterten Abweichungen Differenzen zu den o.g. Gesamtabweichungen pro Zeile möglich.

Personal- und Versorgungsaufwendungen

Im abgelaufenen Haushaltsjahr sind bei den **Personalaufwendungen** Mehraufwendungen in Höhe von 13,874 Mio. EUR in zentraler und Minderaufwendungen in Höhe von 2,268 Mio. EUR in dezentraler Bewirtschaftung entstanden, sodass das Jahresergebnis insgesamt mit 11,606 Mio. EUR über dem Planwert liegt. Die Überschreitung der Personalaufwendungen in zentraler Bewirtschaftung beruht im Wesentlichen auf externen Einflussfaktoren (Auswirkungen aus dem SuE-Tarifabschluss zum 01.07.2015, dem Tarifabschluss TVöD zum 01.03.2016, der Besoldungserhöhung zum 01.08.2016).

Bei den **Versorgungsaufwendungen** sind Minderaufwendungen in Höhe von insgesamt 2,300 Mio. EUR entstanden. Diese beruhen auf erhöhten Rückstellungsentnahmen/-auflösungen bedingt durch die Entwicklung im Bereich der Versorgungsempfänger. Insgesamt bewegte sich der Personaletat (Zeilen 11 und 12) in der Ergebnisrechnung damit um 9,306 Mio. EUR über dem Planansatz.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die dargestellte Verbesserung gegenüber dem Ansatz in Höhe von 6,938 Mio. EUR begründet sich im Wesentlichen mit den nachstehenden Sachverhalten.

Im Saldo sind bei den **Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit** Minderaufwendungen von insgesamt 0,567 Mio. EUR entstanden. Für die Erhaltung der Entsorgungs-Infrastruktur wurden in Sachen WBD-AöR/Gemeinschaftsmüllverbrennungsanlage (GMVA) im Haushalt 4,561 Mio. EUR etatisiert, die aufgrund der wirtschaftlichen Situation der WBD-AöR nicht geleistet wurden. Beim Rettungsdienst sind die Erstattungen an die vertraglich eingebundenen Hilfsorganisationen im Gegensatz zur Planung noch nicht angehoben worden, da die Leistungen im Rahmen des neuen Rettungsdienstbedarfsplans noch nicht neu ausgeschrieben wurden. Daher sind an dieser Stelle Minderaufwendungen in Höhe von 2,628 Mio. EUR entstanden.

Dementgegen sind Mehraufwendungen beim Amt für Soziales und Wohnen bei den **Erstattungen an den Bund für Leistungen für Unterkunft und Heizung** in Höhe von 8,885 Mio. EUR entstanden. Diese Verschlechterung ist im Wesentlichen auf die steigende Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Leistungsbezug SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) zurückzuführen.

Die **Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen** liegen um 5,994 Mio. EUR unter den etatisierten Planwerten. Hier sind Aufwendungen für das Projekt „Grüngürtel Duisburg-Nord“ wegen Zweckbindungsverände-

rungen nach 2017 ff. umgestellt worden, sodass sich Minderaufwendungen in Höhe von 1,661 Mio. EUR ergeben haben. In zahlreichen Fachbereichen wie z.B. Feuerwehr, Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement sowie Amt für Umwelt und Grün sind insgesamt bei den sonstigen Aufwendungen für Dienstleistungen in unterschiedlichen Produkten ebenfalls Minderaufwendungen (z.B. für Umzüge, Gutachter, Befundrechnungen und Streitverfahren) festzustellen.

Bei den **Aufwendungen für die Ersatzbeschaffungen von Festwerten** sind Minderaufwendungen von 1,926 Mio. EUR entstanden. Im Wesentlichen resultieren sie aus geringeren Abschreibungen bei den Festwertaufwendungen für Möbel und Betriebs- und Geschäftsausstattungen beim Amt für schulische Bildung (2,079 Mio. EUR). Die Aufwendungen für die Ersatzbeschaffungen von Festwerten für spezielle Einrichtungen und Ausstattungen lagen bei der Feuerwehr (0,468 Mio. EUR) unter den Ansätzen. Durch verzögerte Investitionstätigkeit haben sich auch zwangsläufig die Festwertaufwendungen im konsumtiven Ergebnishaushalt verringert. Außerdem konnten nicht mehr alle geplanten Investitionen abgewickelt werden. Mehrbedarfe hat es hingegen bei der Volkshochschule und Stadtbibliothek (0,549 Mio. EUR) bei den Festwertaufwendungen für Möbel und Betriebs- und Geschäftsausstattungen gegeben. Die Ursache hierfür liegt in den Investitionsverschiebungen im Zusammenhang mit dem Bezug des Stadtfensters.

Bilanzielle Abschreibungen

Bei den bilanziellen Abschreibungen sind Mehraufwendungen in Höhe von 18,979 Mio. EUR entstanden.

Im Bereich des Amtes für schulische Bildung kam es zu einer Neubewertung der Festwerte, die zu einem Mehraufwand in Höhe von 13,142 Mio. EUR geführt hat. Dem gegenüber stehen Mehrerträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 4,742 Mio. EUR (siehe auch Kapitel D 1.2. „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“).

Ferner wurden beim Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement die Abschreibungsdauern/Restnutzungsdauern verkürzt, woraus sich ungeplante Sonderabschreibungen mit einem Mehraufwand in Höhe von 5,605 Mio. EUR ergeben haben.

Transferaufwendungen

Die Mehraufwendungen in Höhe von 24,636 Mio. EUR lassen sich hauptsächlich auf den Bereich der **Sozialleistungen** zurückführen.

Im Bereich des **Jugendamtes** sind sie bei den Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen in Einrichtungen (11,018 Mio. EUR) und außerhalb von Einrichtungen (7,275 Mio. EUR) entstanden. Die Aufwandssteigerung im Bereich der Leistungen für erzieherische Hilfen Dritter außerhalb von Einrichtungen ist personalintensiv und daher aufgrund der Tarifsteigerungen stark angewachsen. Außerdem wurde das Pflegekindergeld um 3% angehoben. Die Mehraufwendungen im Bereich der Jugendhilfe in Einrichtungen sind im Wesentlichen entstanden durch gestiegene Fallzahlen, insbesondere kostenintensive Sonderfälle, sowie gestiegene Kosten durch die viel häufiger notwendig gewordene auswärtige Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen. Hierbei entfällt der Einfluss auf die Kostengestaltung.

Im Bereich des **Sozialamtes** sind insgesamt Mehraufwendungen bei den Sozialtransferaufwendungen in Höhe von 6,805 Mio. EUR zu verzeichnen. Der überwiegende Teil dieser Mehraufwendungen entfällt auf die Leistungen nach dem AsylbLG. Aufgrund des hohen Flüchtlingsbestandes kam es zu erheblichen Mehraufwendungen bei den Hilfeleistungen u.a. auch für Krankenhilfe. Einem Teil der dargestellten Sozialtransferleistungen stehen entsprechende Mehrerträge aus Erstattungen gegenüber (siehe auch Kapitel D 1.2 „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“).

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Im Saldo ergeben sich bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen Minderaufwendungen in Höhe von 4,927 Mio. EUR.

Bei den Mietzahlungen an das IMD sind im Bereich des **Amtes für Soziales und Wohnen** Minderaufwendungen in Höhe von 7,956 Mio. EUR zu verzeichnen. Durch die stagnierende Zahl aktueller Flüchtlingszuweisungen ist auch die Anzahl der benötigten Flüchtlingsunterkünfte geringer als ursprünglich im Rahmen der Haushaltsplanung 2016 angenommen.

Im Bereich der **Amtes für Rechnungswesen und Steuern** (Allgemeine Finanzwirtschaft) ist es zu Mehraufwendungen in Höhe von 3,313 Mio. EUR aufgrund der Verzinsung der Steuererstattungen gemäß § 233a Abgabenordnung gekommen.

3. Darstellung und Analyse des Finanzergebnisses

3.1 Finanzerträge und -aufwendungen

In der folgenden Übersicht ist das Finanzergebnis dargestellt (Differenzen zur Gesamtergebnisrechnung ergeben sich aufgrund der Darstellung in gerundeten Mio. EUR Beträgen):

Auszug aus der Gesamtergebnisrechnung	Ansatz 2016		Ergebnis	Abweichung
	Original	fortgeschrieben		
19 Finanzerträge	13,842	13,842	8,554	-5,287
20 Finanzaufwendungen	44,265	44,265	20,489	-23,776
Finanzergebnis	-30,423	-30,423	-11,935	+18,489

3.2 Wesentliche Abweichungen

Im Folgenden werden die Zeilen mit Abweichungen von > 1 Mio. EUR erläutert. Da hier nur die absolut wesentlichen Abweichungen dargestellt werden, sind bei der Summierung der erläuterten Abweichungen Differenzen zu den o.g. Gesamtabweichungen pro Zeile möglich.

Finanzerträge

In diesem Bereich sind im Saldo Mindererträge in Höhe von insgesamt 5,287 Mio. EUR zu verzeichnen.

Mindererträge sind entstanden, weil Erträge aus **Gewinnanteilen aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen** in Höhe von 3,517 Mio. EUR nicht realisiert werden konnten. Darunter fallen u.a. auch die HSP-Maßnahmen „Konzernweiter Einkauf“ und „Gutachten wirtschaftliche Tätigkeit“, die noch nicht umgesetzt werden konnten. Die Dividendenausschüttungen von der Duisburg Hafen AG (1,490 Mio. EUR) sowie der Sparkasse (0,316 Mio. EUR) sind niedriger ausgefallen als planmäßig vorgesehen. Die Dividendenzahlung der Duisburg Kontor GmbH ist komplett entfallen (0,075 Mio. EUR).

Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Im Saldo liegt das Ergebnis für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen mit 23,776 Mio. EUR unter dem fortgeschriebenen Ansatz.

Bei den **Zinsaufwendungen für Investitionsdarlehen** konnten aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und der zurückhaltenden Inanspruchnahme des Kreditrahmens 2016 Einsparungen in Höhe von 9,718 Mio. EUR erreicht werden. In Folge der andauernden expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und den daraus resultierenden günstigen Kreditkonditionen auf dem Geldmarkt konnten bei den Kreditgebern weitere Zinsersparnisse generiert werden, sodass das Ergebnis bei den **Zinsaufwendungen für Kassenkredite** um 14,214 Mio. EUR unter dem Planansatz geblieben ist.

E. Erläuterungen zur Finanzrechnung

1. Konsumtive Finanzrechnung

1.1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Gesamtfinanzrechnung	Ansatz 2016		Ergebnis	Abweichung
	Original Mio. EUR	fortgeschrieben Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
01 Steuern und ähnliche Abgaben	600,324	603,524	628,116	+24,593
02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	630,781	641,035	632,958	-8,077
03 Sonstige Transfereinzahlungen	13,430	13,430	19,088	+5,658
04 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte	62,389	62,389	66,947	+4,558
05 Privatrechtliche Leistungsentgelte	19,145	19,145	23,968	+4,823
06 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	204,792	204,792	198,004	-6,788
07 Sonstige Einzahlungen	53,836	53,836	47,664	-6,171
08 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	13,842	13,842	7,809	-6,033
09 Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.598,538	1.611,992	1.624,554	+12,562

Im Folgenden werden die Einzahlungszeilen mit Abweichungen von > 5 Mio. EUR erläutert.

Steuern und ähnliche Abgaben

Bei den Steuern und ähnlichen Abgaben ergeben sich Mehreinzahlungen in Höhe von 24,593 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 603,524 Mio. EUR. Die Mehreinzahlungen sind im Wesentlichen auf höhere Einzahlungen bei der Gewerbesteuer zurückzuführen.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen weisen Mindereinzahlungen in Höhe von 8,077 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 641,035 Mio. EUR aus. Diese resultieren im Wesentlichen aus geringeren Landeszuweisungen aus dem Konjunkturpaket II, da diverse KIDU-Maßnahmen nicht wie geplant umgesetzt werden konnten.

Sonstige Transfereinzahlungen

Das Ergebnis bei den sonstigen Transfereinzahlungen ist um 5,658 Mio. EUR besser ausgefallen als der fortgeschriebene Ansatz in Höhe von 13,430 Mio. EUR. Die Mehreinzahlungen sind im Wesentlichen auf höhere Kostenbeiträge im Rahmen der „Familienpflege für Minderjährige“ zurückzuführen.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen ergeben sich Mindereinzahlungen in Höhe von 6,788 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 204,792 Mio. EUR. Die Mindereinzahlungen sind größtenteils auf geringere Kostenerstattungen bei der Hilfe zur Erziehung in Einrichtungen beim Jugendamt zurückzuführen.

Sonstige Einzahlungen

Im Bereich der sonstigen Einzahlungen ergeben sich Mindereinzahlungen in Höhe von 6,171 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 53,836 Mio. EUR. Diese sind hauptsächlich auf niedrigere Einzahlungen bei den Konzessionsabgaben im Bereich der Beteiligungen zurückzuführen.

Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen

Die Zinsen und sonstigen Finanzeinzahlungen weisen Mindereinzahlungen in Höhe von 6,033 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von 13,842 Mio. EUR aus. Diese Mindereinzahlungen sind im Wesentlichen auf geringere Gewinnausschüttungen bei den übrigen Beteiligungen zurückzuführen.

1.2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Gesamtfinanzrechnung	Ansatz 2016		Ergebnis	Abweichung
	Original Mio. EUR	fortgeschrieben Mio. EUR		
10 Personalauszahlungen	299,352	302,945	305,700	+2,755
11 Versorgungsauszahlungen	60,236	60,236	61,887	+1,651
12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	286,457	289,203	278,124	-11,079
13 Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	44,265	44,265	19,848	-24,417
14 Transferauszahlungen	639,825	658,949	638,194	-20,755
15 Sonstige Auszahlungen	246,552	246,262	241,421	-4,841
16 Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.576,687	1.601,860	1.545,173	-56,686

Im Folgenden werden die Auszahlungszeilen mit Abweichungen von > 5 Mio. EUR erläutert.

Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen liegen mit 278,124 Mio. EUR um 11,079 Mio. EUR unter dem fortgeschriebenen Planwert in Höhe von 289,203 Mio. EUR. Die Minderauszahlungen sind im Wesentlichen auf den Bereich des Amtes für Stadtentwicklung und Projektmanagement und den Bereich „Feuerwehr und Zivilschutzamt“ zurückzuführen.

Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen

Die Zinsen und sonstigen Finanzauszahlungen sind gegenüber der fortgeschriebenen Planung in Höhe von 44,265 Mio. EUR mit 19,848 Mio. EUR um 24,417 Mio. EUR niedriger ausgefallen. Größtenteils ist dies auf verminderte Zinsauszahlungen beim Amt für Rechnungswesen und Steuern für Kassenkredite zurückzuführen.

Transferauszahlungen

Im Bereich der Transferauszahlungen sind gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 658,949 Mio. EUR mit 638,194 Mio. EUR Minderauszahlungen in Höhe von 20,755 Mio. EUR zu verzeichnen. Diese sind hauptsächlich auf den Bereich des Jugendamtes und den Bereich „Abwicklung Investitionsoffensive“ zurückzuführen.

Es sind folgende **Ermächtigungsübertragungen** gebildet worden (siehe auch Anlage F „Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen“ zum Anhang):

- Bei den **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen** im Bereich des Amtes für Soziales und Wohnen und im Bereich des Amtes für Stadtentwicklung und Projektmanagement in Höhe von 3,440 Mio. EUR,
- bei den **Zinsen und sonstigen Finanzauszahlungen** im Bereich des Amtes für Stadtentwicklung und Projektmanagement in Höhe von 0,660 Mio. EUR,
- bei den **Transferauszahlungen** im Bereich des Amtes für Soziales und Wohnen, im Bereich des Jugendamtes, im Bereich des Amtes für Stadtentwicklung und Projektmanagement, im Bereich der Abwicklung Investitionsoffensive und im Bereich der Stadtkämmerei in Höhe von 8,904 Mio. EUR sowie
- bei den **sonstigen Auszahlungen** im Bereich des Amtes für Soziales und Wohnen, im Bereich des Jugendamtes, im Bereich der Kulturbetriebe Duisburg und im Bereich des Kommunalen Integrationszentrums in Höhe von 0,187 Mio. EUR.

Da die Ermächtigungsübertragungen die bereits vom Rat der Stadt beschlossenen ursprünglichen Ansätze des laufenden Jahres erhöhen, wird der Rat mit der Jahresabschlussvorlage nach § 22 Abs. 4 GemHVO NRW über die Einzelmaßnahmen unterrichtet.

1.3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Gesamtfinanzrechnung	Ansatz 2016		Ergebnis	Abweichung
	Original Mio. EUR	fortgeschrieben Mio. EUR		
17 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	21,850	10,133	79,381	+69,248

Das Ergebnis beim Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit liegt mit 79,381 Mio. EUR um +69,248 Mio. EUR über dem fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von 10,133 Mio. EUR. Diese Verbesserung des geplanten positiven Saldos um 69,248 Mio. EUR beruht auf Mehreinzahlungen und Minderauszahlungen. Hier bestehen wertmäßige Abweichungen gegenüber der Gesamtergebnisrechnung, die aus der Buchungssystematik im NKF resultieren.

2. Investive Finanzrechnung

2.1 Investitionstätigkeit

Wie sich im Bereich der städtischen Investitionen die Einzahlungen und Auszahlungen im Ergebnis gegenüber der Planung entwickelt haben, zeigt die nachstehende Gesamtübersicht:

Gesamtübersicht Investitionstätigkeit	Ansatz		Ergebnis	Abweichung
	original	fortgeschrieben		
	- Mio. € -			
Einzahlungen				
Zuwendungen für Investitionen	69,230	79,938	36,311	-43,627
Veräußerung von Sachanlagen	4,250	4,250	6,616	2,366
Veräußerung von Finanzanlagen	6,437	2,150	2,195	0,045
Beiträge und Entgelte	1,829	2,872	3,606	0,734
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,000	0,000	-0,005	-0,005
Summe Einzahlungen	81,746	89,210	48,723	-40,487
Auszahlungen				
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	3,199	3,908	0,310	-3,599
Baumaßnahmen	72,626	104,322	27,542	-76,779
Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	16,428	26,083	11,824	-14,259
Erwerb von Finanzanlagen	3,225	206,665	80,192	-126,473
Aktivierbare Zuwendungen	2,233	2,233	1,386	-0,847
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,033	0,033	0,953	0,920
Summe Auszahlungen	97,744	343,244	122,207	-221,037

Gesamtstädtisch sind bei einer Vielzahl von Ein- und Auszahlungen erhebliche Unterschreitungen der fortgeschriebenen Ansätze zu verzeichnen. Ursache hierfür ist zum einen die restriktive Bewirtschaftung des Investitionshaushalts 2016 in Abhängigkeit der Haushaltsgenehmigung.

Darüber hinaus führten auch planungsbedingte, vertragliche, zuwendungsrechtliche und/oder technische Probleme zu Verzögerungen bei der Umsetzung geplanter Investitionsmaßnahmen. In diesen Fällen wurden vielfach Ermächtigungen gemäß § 22 GemHVO in das kommende Haushaltsjahr übertragen. Wie auch unter Ziffer 2.1.3 erläutert, werden Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 44,153 Mio. EUR nach 2017 übertragen. Damit relativiert sich die Abweichung des Ist-Ergebnisses vom fortgeschriebenen Ansatz. Auf die Ursachen gravierender Abweichungen bei den verschiedenen Ein- und Auszahlungsarten wird nachfolgend besonders eingegangen.

2.1.1 Einzahlungen

Als **Zuwendungen für Investitionen** werden die Mittel vereinnahmt, die von dritter Seite zur Mitfinanzierung der städtischen Investitionen gewährt werden. Hierzu gehören:

- die pauschalen Zuweisungen des Landes (allgemeine Investitionspauschale, investiver Anteil der Schul-/Bildungspauschale, Feuerschutzpauschale)
- die objektbezogenen Zuweisungen des Landes
- sonstige Zuweisungen Dritter

Die Abweichungen der Ergebnisse vom fortgeschriebenen Ansatz resultieren aus der Abhängigkeit der gewährten Zuweisungen vom Bauablauf und den hieraus resultierenden kassenwirksamen Auszahlungen. Größere Differenzen zwischen den Haushaltsansätzen und den Rechnungsergebnissen sind bei folgenden Maßnahmen entstanden:

Der Zuwendungsantrag für den Kostenanteil des ÖPNV für den 2. Bauabschnitt im Zuge der Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung wurde noch nicht genehmigt, so dass auch 2016 nicht mit der Maßnahme begonnen wurde. Die Einzahlungen blieben daher um 8,941 Mio. EUR unter dem Ansatz. Bei der Abwicklung der Deichrückverlegung Mündelheim, kam es 2016 zu Bauzeitverzögerungen und Baustillständen. Da die Fördermittel nur nach Baufortschritt abgerufen werden, entstand hier eine Mindereinzahlung von 4,362 Mio. EUR.

Für die Nachrüstung Stadtbahnlinie U 79 und die Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechnik wurden die Zuwendungsanträge noch nicht genehmigt. Die Einzahlungen blieben daher um 3,280 Mio. EUR bzw. 2,670 Mio. EUR unter dem Haushaltsansatz.

Für den Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide sind 2,804 Mio. EUR Landeszuweisungen ausgeblieben, da nur Zuwendungen für bereits in Vorjahren finanzierten Grunderwerb abgerufen werden konnten. Ein weiterer Abruf von Zuwendungen war nicht möglich, da die korrespondierenden Auszahlungen für den Abriss des Gebäudes Friedrich-Ebert-Str. 10-16 in 2016 wegen des Zeitbedarfs für die planerische Vorbereitung noch nicht geleistet wurden.

Für verschiedene Teilmaßnahmen (z.B. Deichpark, Marktplatz Laar) der Stadterneuerung Laar wurden die für 2016 eingeplanten Zuwendungen nicht bewilligt, so dass mit der Umsetzung nicht begonnen und dementsprechend die darauf entfallenden Zuwendungen in Höhe von 2,417 Mio. EUR nicht abgerufen werden konnten.

Bei den im Rahmen der Investitionsoffensive KIDU geplanten Maßnahmen Erneuerung von Lichtsignalanlagen und Modernisierung der Straßenbeleuchtung handelt es sich nicht um aktivierbare Auszahlungen (Eigentümer sind die WBD AöR bzw. die Stadtwerke Duisburg). Die Maßnahmen wurden daher noch nicht begonnen, sondern im Ergebnishaushalt 2017 neu eingeplant. Die hierauf entfallenden Zuwendungen von 2,500 Mio. EUR bzw. 0,932 Mio. EUR konnten folglich 2016 nicht realisiert werden.

Die Schlussrate der Zuwendungen für die Anschlussstelle DU-Zentrum/Südtangente in Höhe von 1,466 Mio. EUR konnte nicht abgerufen werden, da die Abrechnungen des baudurchführenden Landesbetriebes Straßen NRW nicht vorlagen und die entsprechenden Auszahlungen nicht erfolgten.

Aufgrund eines erhöhten Zeitbedarfs für vorlaufende Planung und der zeitlichen Abstimmung mit den bereits im Umfeld des Hauptbahnhofes laufenden Bauvorhaben war 2016 nur eine teilweise Umsetzung der Maßnahmen Neubau Fernbusbahnhof möglich. Die erhaltenen Zuwendungen entsprechen den tatsächlich geleisteten Auszahlungen. Die Mindereinnahmen in Höhe von 1,280 Mio. EUR werden in 2017 realisiert.

Der Beginn der Straßenbaumaßnahme Ausbau Herzogstraße im Rahmen der Investitionsoffensive KIDU hat sich verzögert. Die Maßnahme wurde im Haushaltsplan 2017 neu veranschlagt. Die geplanten Einzahlungen in Höhe von 1,152 Mio. EUR konnten demzufolge nicht abgerufen werden.

Für die Maßnahme Stadterneuerung Hochfeld-West wurden Zuwendungen in Höhe von 0,790 Mio. EUR vereinnahmt. Dies entspricht anteilig den geleisteten Auszahlungen. Dieser Betrag wird jedoch in der Jahresrechnung gemindert durch eine aus haushalts- bzw. bilanztechnischen Gründen erforderliche Umbuchung

von – in Vorjahren erhaltenen - Zuwendungen in Höhe von 0,818 Mio. EUR in den Ergebnishaushalt. Daher blieb das ausgewiesene Ist-Ergebnis um 0,959 Mio. EUR unterhalb des Planansatzes.

Die Zuwendungen für die Maßnahme IHK Marxloh fielen um 0,928 Mio. EUR geringer aus. Die Mittel konnten nicht in der eingeplanten Höhe abgerufen werden, da keine ausreichenden zuwendungsfähigen Auszahlungen geleistet wurden. Ursache ist der nicht realisierte Grunderwerb (siehe hierzu Erläuterung zu Zeile 25).

Bei den **Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen** handelt es sich überwiegend um Erlöse aus Grundstücksverkäufen.

Der geplante Ansatz beim allgemeinen Grundstücksverkehr wurde um 1,611 Mio. EUR überschritten, da es sich hier um einen Rahmenansatz handelt, dessen Höhe bei der Haushaltsplanung nur geschätzt werden kann. In 2016 überstiegen Anzahl und Volumen der Grundstücksverkäufe den bei der Haushaltsplanung angenommenen Umfang. 0,289 Mio. EUR Mehreinzahlungen konnten bei der Sanierung DU-Nord- Bееck durch den nicht geplanten Verkauf eines nicht für den Park benötigten Grundstückes erzielt werden. Im Bereich Wald- und Landschaft überstieg das Ergebnis aufgrund höherer Nachfrage den Ansatz um 0,224 Mio. EUR.

Als **Einzahlung aus der Veräußerung von Finanzanlagen** war im Haushaltsjahr 2015 die Einzahlung aus der Veräußerung von Geschäftsanteilen an der Klinikum Duisburg GmbH an die Sana Kliniken AG (gemäß Ratsentscheidung vom 02.03.2015 DS 15-0212) in Höhe von 2,150 Mio. EUR veranschlagt. Die tatsächliche Zahlung ist geringfügig höher ausgefallen.

Im Bereich der **Beiträge und Entgelte** ergeben sich gegenüber den Ansätzen Mehreinzahlungen von 0,791 Mio. EUR. Die Abweichung ist darauf zurückzuführen, dass die Ansätze geschätzt werden mussten. Das Jahresergebnis fiel durch die Beitragsabrechnung mehrerer Maßnahmen mit relativ hohem beitragsfähigen Aufwand höher aus, als in der Schätzung erwartet.

2.1.2 Auszahlungen

Bei den Auszahlungen **Erwerb von Grundstücken und Gebäuden** ergeben sich im Gesamtergebnis Minderauszahlungen in Höhe von 3,599 Mio. EUR. Diese Abweichung beruht im Wesentlichen auf Minderauszahlungen bei folgenden Einzelmaßnahmen:

Bei der Städterneuerung Laar konnte noch keine Einigung mit den Grundstückseigentümern erzielt werden (-0,855 Mio. EUR). Der vorgehaltene Rahmenansatz für die Maßnahme Veräußerung und Erwerb und von Grundstücken wurde nicht ausgeschöpft, da 2016 nur wenige zwingende Ankaufsnotwendigkeiten vorlagen (-0,538 Mio. EUR). Aufgrund langwieriger Verhandlungen zum Ankauf von Flächen wurde der Ansatz der Maßnahme Grunderwerb Wald und Landschaft um -0,527 Mio. EUR unterschritten.

Bei dem geplanten Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide konnte ein weiterer, für 2016 vorgesehener, Grundstücksankauf noch nicht realisiert werden. Die rechtliche Umsetzung der Rahmenplanung für die Flächenentwicklung Wedau ist noch nicht ausreichend fortgeschritten, daher konnte der geplante Flächenkauf noch nicht vollzogen werden, was zu einer Minderauszahlung von 0,350 Mio. EUR führte.

Schwerpunkt der Investitionen sind die **Baumaßnahmen**. Wie aus nachfolgender Übersicht zu ersehen ist, ergibt sich bei einem fortgeschriebenen Ansatz von 104,322 Mio. EUR und einem Ergebnis von 27,542 Mio. EUR eine Ausschöpfung von 26,4%. Sie liegt damit unterhalb des Niveaus des Vorjahres (27,4%). Unter Einbeziehung gebildeter Ermächtigungsübertragungen von 34,772 Mio. EUR für diesen Bereich liegt die Ausschöpfungsquote bei 59,7 %.

Allgemeine Gründe für die geringe Ansatzausschöpfung werden bereits oben unter Ziffer 2.1. erwähnt. Daneben gibt es bei der Vielzahl von Baumaßnahmen vielschichtige Gründe. Wesentliche Abweichungen von der Planung, deren Ursachen nachstehend entsprechend erläutert werden, sind bei folgenden Maßnahmen eingetreten:

	Ansatz original	Ansatz fortgeschrieben	Ergebnis	Abweichung
	- Mio. € -			
Baumaßnahmen	72,626	104,322	27,542	-76,779
davon <u>wesentliche</u> Abweichungen bei:				
Beschleunigung Linie 901, Hafenquerung	11,950	12,505	2,609	-9,896
Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochh.	5,525	5,525	0,086	-5,439
Deichrückverlegung Mündelheim	8,450	9,723	5,264	-4,459
Nachrüstung Stadtbahnlinie U 79	4,100	4,355	0,031	-4,324
Erhaltungsmaßnahmen Stadtbahnbauwerke	2,100	3,808	0,942	-2,866
Dambalkenverschluss am Mariensperrtor	1,000	3,503	0,975	-2,528
Erneuerung von Lichtsignalanlagen	0,000	2,500	0,000	-2,500
Sicherung Hubbrücke Schwanentor	1,928	2,467	0,179	-2,287
Stadterneuerung Hochfeld-West	1,165	2,373	0,212	-2,160
Stadterneuerung Laar	2,141	2,354	0,242	-2,112
Neugestaltung Bahnhofsvorplatz	3,300	3,862	1,913	-1,949
Ausbau Herzogstraße	0,850	1,700	0,012	-1,688
Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechnik	3,660	3,660	1,982	-1,678
Neubau Fernbusbahnhof	0,700	1,589	0,128	-1,461
Ausbau Friedrich-Ebert-Str. (Rheinhausen)	0,600	1,430	0,000	-1,430
Ausbau Werthäuser Straße	0,800	1,283	0,008	-1,275
Duisburg an den Rhein – Rheinpark-	0,002	0,663	-0,530	-1,193
IHK Marxloh	1,159	1,159	0,009	-1,150
Umbau Marientorplatz	1,050	1,050	0,00	-1,050
Modernisierung Straßenbeleuchtung	0,000	1,035	0,00	-1,035
Ausbau Promenade Eurogate	0,500	1,036	0,029	-1,007

Da der Zuwendungsantrag (Kostenanteil des ÖPNV) für den 2. Bauabschnitt der Maßnahme Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung und der Zuwendungsantrag für die Nachrüstung der Stadtbahnlinie U 79 noch nicht genehmigt wurden, konnte mit den Maßnahmen noch nicht begonnen werden. Beim Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide konnten aufgrund komplexer Vorarbeiten für die Ausschreibung, die Aufträge erst Ende 2016 vergeben werden. Die Abwicklung der Maßnahme Deichrückverlegung Mündelheim hat sich insbesondere wegen fehlender Kampfmittelfreigaben verzögert. Außerdem konnten die Grundstücksankäufe noch nicht abschließend realisiert werden. Eine aktualisierte Zeit- und Kostenplanung wird in die Haushaltsplanung 2018 ff einfließen.

Die Erhaltungsmaßnahmen Stadtbahnbauwerke wurden beauftragt, konnten aber nicht vollständig zahlungswirksam umgesetzt werden. Dies wird vor allem dadurch verursacht, dass die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für die durchzuführenden Maßnahmen einen unerwartet langen Zeitraum beansprucht haben und Abrechnungen bzw. Zwischenabrechnungen nicht rechtzeitig vorgelegt wurden. Die nicht verausgabten Mittel wurden als Planfortschreibung nach 2017 übertragen.

Die Maßnahme Dambalkenverschluss am Mariensperrtor wird in geringerem Umfang umgesetzt, als sie ursprünglich geplant wurde. Ein Teil der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel kann daher eingespart werden, ein Teil wurde im Wege der Planfortschreibungen in das Haushaltsjahr 2017 übertragen.

Bei der im Rahmen der Investitionsoffensive KIDU geplanten Erneuerung von Lichtsignalanlagen handelt es sich nicht um aktivierbare Auszahlungen (Eigentümer der Anlagen sind die WBD AöR). Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen, sie wurde im Ergebnishaushalt 2017 neu geplant.

Der Baubeginn der Sicherung Hubbrücke Schwanentor konnte in 2016 nicht erfolgen, da die vorbereitenden Planungsarbeiten wegen der technischen und denkmalrechtlichen Rahmenbedingungen erheblich mehr Zeit in Anspruch genommen haben als geplant. Der Baubeginn ist jetzt für 2017 vorgesehen.

Die Ausweisung eines Minderbedarfes für die Maßnahmen der Stadterneuerung Hochfeld-West ergibt sich durch eine aus haushalts- bzw. bilanztechnischen Gründen erforderliche Umbuchung von – in Vorjahren geleisteten – Auszahlungen in Höhe von rd. 0,925 Mio. EUR in den Ergebnishaushalt. Im Übrigen wurde die Baumaßnahme weitestgehend wie geplant ausgeführt: Ausgezahlt wurden rd. 1,137 Mio. EUR, weitere 0,836 Mio. EUR wurden im Wege der Planfortschreibung in das Haushaltsjahr 2017 übertragen.

Bei den Stadterneuerungsmaßnahmen Laar konnte mit verschiedenen Teilmaßnahmen (z.B. Deichpark, Marktplatz Laar) noch nicht begonnen werden, da die erforderlichen Zuwendungen in 2016 noch nicht bewilligt wurden.

Die Bauaufträge für die Maßnahme Neugestaltung Bahnhofsvorplatz wurden in 2016 erteilt, konnten jedoch infolge von Änderungen in der Ablaufplanung nicht vollständig in 2016 realisiert werden. Die Mittel wurden als Planfortschreibung nach 2017 übertragen.

Der Beginn der Maßnahme Ausbau Herzogstraße der Investitionsoffensive KIDU musste in das Haushaltsjahr 2017 verschoben werden, da die vorlaufenden Kanalarbeiten in 2016 nicht abgeschlossen werden konnten.

Die Minderauszahlungen bei der Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechnik sind entstanden, weil das Expertenteam für die ersten Umsetzungsarbeiten erst verspätet zur Verfügung stand und es damit zu einem verspäteten Baubeginn kam. Der Betrag wurde als Planfortschreibung in das Jahr 2017 übertragen.

Aufgrund eines erhöhten Zeitbedarfs für vorlaufende Planung und der zeitlichen Abstimmung mit den bereits im Umfeld des Hauptbahnhofes laufenden Bauvorhaben war 2016 nur eine teilweise Umsetzung der Maßnahme Neubau Fernbusbahnhof möglich. Die nicht verausgabten Mittel wurden als Planfortschreibung nach 2017 übertragen.

Die Maßnahmen Ausbau Friedrich-Ebert-Str. (Rheinhausen) und Ausbau Werthausen Straße (beide Bestandteil der Investitionsoffensive KIDU), mussten wegen der vorlaufenden Kanalarbeiten auf das Haushaltsjahr 2017 verschoben werden.

Nach Fertigstellung der Maßnahme Duisburg an den Rhein – Rheinpark wurden Teile der Herstellungskosten durch Dritte erstattet, so dass die – in Vorjahren - investiv geleisteten Auszahlungen von 0,600 Mio. € nachträglich in den Ergebnishaushalt umgebucht werden mussten. Weitere rd. 0,540 Mio. EUR wurden buchungstechnisch in die Zeile 29 umgestellt.

Die eingeplanten Abbruchmaßnahmen im Rahmen des IHK Marxloh wurden 2016 nicht durchgeführt, da der notwendige Grunderwerb nicht getätigt werden konnte. Die Bedarfe wurden neu kalkuliert und entsprechend im Haushalt 2017 ff. veranschlagt.

Mit der Maßnahme Umbau Marienplatz konnte 2016 wegen der notwendigen Schadensfeststellung an den vorhandenen Bauwerken sowie den entsprechenden vorbereitenden Planungsarbeiten nicht begonnen werden. Die Bauausführung ist jetzt für 2017/2018 geplant.

Die im Rahmen der Investitionsoffensive KIDU geplante Modernisierung der Straßenbeleuchtung wurde im Ergebnishaushalt 2017 neu geplant, da es sich nicht um aktivierbare Auszahlungen handelt (Eigentümer sind die Stadtwerke Duisburg AG) und somit eine Abwicklung über die Investitionsmaßnahme nicht möglich war.

Im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens ist jetzt ein konkreter Investor für das Eurogate-Grundstück bekannt. Mit dem Endausbau der Promenade Eurogate wurde daher 2016 nicht begonnen, um eine Abstimmung der Bautätigkeit mit dem Investor zu ermöglichen.

Bei den investiven Auszahlungen für den **Erwerb von beweglichem Anlagevermögen** handelt es sich um die unterschiedlichen Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen der Fachbereiche, die im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung notwendig sind. Erhebliche Abweichungen gab es in folgenden Bereichen:

- Der fortgeschriebene Ansatz in Höhe von 8,792 Mio. EUR wurde um 5,820 Mio. EUR unterschritten, da ein Teil der Beschaffungen, z.B. von Großfahrzeugen wie dem Einsatzleitwagen 2, aufgrund der restriktiven Freigabep Praxis, der zum Teil langwierigen Ausschreibungsverfahren, der Planung von Sonderkonstruktionen mit mehrjähriger Bauzeit und langfristigen Lieferzeiten nicht mehr in 2016 abgewickelt werden konnte.
- Die Abweichung im Bereich des Amtes für Schulische Bildung beträgt insgesamt 4,069 Mio. EUR. Im Wesentlichen blieben die Beschaffungen für den Schulbereich bei den Maßnahmen „Die telematische Schule“ um 0,857 Mio. EUR, „Systematische Ausstattung Fachräume“ um 0,602 Mio. EUR, „Ergänzungsausstattung Sekundarschulen“ um 0,672 Mio. EUR, „Vermögensbeschaffung Grundschulen“ um 0,208 Mio. EUR, „Erneuerung NW-Ausstattung Gesamtschulen“ um 0,202 Mio. EUR, „Vermögensbeschaffung Gesamtschulen“ um 0,200 Mio. EUR und „Vermögensbeschaffung Berufskollegs“ um 0,223 Mio. EUR unter dem fortgeschriebenen Ansatz. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass aufgrund der Bewirtschaftungslage durch den Fachbereich ein Teil der geplanten Beschaffungen zurückgestellt wurde. Ein weiterer Grund ist darin zu sehen, dass aufgrund mehrmonatiger Erkrankung einer Person die personellen Kapazitäten im Bereich der technischen Sachbearbeitung nicht im erforderlichen Maße zur Verfügung standen. Verzögerungen und Unwägbarkeiten durch vorgelagerte Bautätigkeiten führten letztendlich ebenfalls dazu, dass geplante Einrichtungen noch nicht umgesetzt werden konnten. Zur Abwicklung bereits erteilter Aufträge wurden 2,898 Mio. EUR Auszahlungsermächtigung in das Haushaltsjahr 2017 übertragen.
- Der Umfang der Einrichtung sowie der zeitliche Ablauf der Arbeiten waren vor Beginn der 1. Bauphase anders geplant, als sie tatsächlich in den Folgejahren umgesetzt wurden. Änderungen der Planung und Flächenreduzierungen über mehrere Jahre hinweg haben dazu geführt, dass bei der Finanzstelle „Ein-

richtung einer neuen Zentralbibliothek“ in 2016 eine Abweichung vom fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von -2,121 Mio. EUR entstanden ist.

Bei den **Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen** wurden von dem fortgeschriebenen Ansatz nur die bedarfsorientierte Tranche von 80,189 Mio. EUR durch die DVV GmbH in abgerufen. Der Zahlung in die Kapitalrücklage der DVV liegt der Ratsbeschluss zur DS 15-1505 zu Grunde.

Der Ansatz der **Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen** wurde um 0,847 Mio. EUR unterschritten, da für die Maßnahme „Anschlussstelle Du-Zentrum/Südtangente“ die Schlussabrechnungen des baudurchführenden Landesbetriebes Straßen NRW bisher nicht vorgelegt wurden, so dass der städt. Kostenanteil in 2016 nicht vollständig ausgezahlt werden konnte.

Der Ansatz für **Sonstige Investitionsauszahlungen** wurde um 0,920 Mio. EUR überschritten, da nach Fertigstellung der Maßnahme Duisburg an den Rhein – Rheinpark Teile der Herstellungskosten durch Dritte erstattet wurden, so dass die darauf entfallenden Landeszuwendungen von 0,540 Mio. EUR zurückgezahlt werden mussten und für die Rückzahlung von Landeszuwendungen nach Prüfung der Maßnahme Neubau Brücke Albert-Hahn-Straße durch das Staatliche Rechnungsprüfungsamt ein Betrag von 0,357 Mio. EUR zusätzlich bereitgestellt werden musste.

2.1.3 Ermächtigungsübertragung

Wie bereits unter Ziffer 2.1. erwähnt, wird ein Teil der nicht in Anspruch genommenen Auszahlungsansätze gemäß § 22 (2) GemHVO nach 2017 übertragen. Das Gesamtvolumen der Übertragungen beträgt 44,153 Mio. EUR und liegt damit um 193,884 Mio. EUR unter dem des Vorjahres.

In dieser Größenordnung werden die vom Rat der Stadt beschlossenen Haushaltsansätze 2017 im Wege der Planfortschreibung erhöht. Der Rat wird hierüber gem. § 22 (4) GemHVO NRW in der Jahresabschlussvorlage (DS 17-0260) informiert. Alle Planfortschreibungen sind dort in der Anlage F zum Anhang aufgelistet.

2.1.4 Gesamtfinanzierung der Investitionstätigkeit

Die Investitionen sind vorrangig durch die unter Ziffer 2.1.1. genannten investiven Einzahlungen zu finanzieren. Erst wenn diese nicht ausreichen, kommt eine Kreditfinanzierung in Frage.

Im Rahmen der durch die Bezirksregierung Düsseldorf mit Verfügung vom 11.05.2016 genehmigten Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans für 2016 hätten nach dem Verbrauch der zur Verfügung stehenden Eigenmittel Maßnahmen bis zu einer Höhe von 15,998 Mio. EUR aufgrund der Ermächtigung in § 2 der Haushaltssatzung 2016 kreditär finanziert werden dürfen (inkl. der rentierlichen Verschuldung für den Rettungsdienst). Darüberhinaus standen aus der Kreditermächtigung des Haushaltsjahres 2015 noch 205,733 Mio. EUR zur Verfügung. Wie aus der nachstehenden Übersicht zu entnehmen ist, wurde dieser Kreditrahmen nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Übersicht Gesamtfinanzierung der investiven Finanzrechnung 2016

A. Gesamtbedarf	€
Investitionsauszahlungen lt. Finanzrechnung 2016 für Baumaßnahmen, Beschaffungen, Grunderwerb etc.	122.207.497,34
Ermächtigungsübertragungen (Planfortschreibungen) nach 2017	44.152.793,60
Gesamtbedarf Investitionen 2016	166.360.290,94
B. Gesamtfinanzierung	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	48.723.455,00
Tatsächliche Kreditaufnahme 2016 aus der erteilten Kreditgenehmigung für das Haushaltsjahr 2015	80.189.000,00
Nicht verwendete investive Einzahlungen aus Vorjahren (aus Kreditaufnahmen und sonst. Einzahlungen)	26.853.967,84
Erwartetete Einzahlungen in Bereichen, die durch Zuweisungen, etc. finanziert werden (korrespondierend zu Ermächtigungs- übertragungen auf der Auszahlungsseite), Deichrückverlegung Mündelheim Beschleunigung Linie 901, Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechn Abriss Hochhäuser Homberg-Hochh., Stadterneuerung Hochfeld-West, diverse Maßnahmen der Investitionsoffensive KIDU	10.593.868,10
Gesamtsumme Finanzierungsmittel	166.360.290,94
C. Erforderliche neue Kreditaufnahme 2016 für Investitionen	0,00

Die **Nettoneuverschuldung** hat sich einschließlich der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen in 2016 wie folgt entwickelt:

Gesamtstädtische Netto neuverschuldung 2016				
	Stadt Mio. €	IMD Mio. €	DUSport Mio. €	Gesamt Mio. €
1. Gesamtbetrag der geplanten Kreditneuaufnahmen	15,998	35,781	0,000	51,779
2. Gesamtplan der fortgeschriebenen Kreditaufnahmen	221,730	52,346	0,000	274,076
3. Hiervon wurden lt. Jahresabschluss benötigt	0,000	22,319	0,000	22,319
4. Tatsächlich geleistete ordentliche Tilgungszahlungen lt. Jahresabschluss	20,506	18,636	0,815	39,957
5. Netto neuverschuldung 2016	-20,506	3,681	-0,815	-17,640

Damit haben die Stadt und ihre Betriebe im Zusammenhang mit der Finanzierung der Investitionen auch im Haushaltsjahr/Geschäftsjahr 2016 wieder zu einem Abbau der gesamtstädtischen langfristigen Verbindlichkeiten beigetragen.

2.2. Finanzierungstätigkeit

Als Finanzierungstätigkeit werden abgebildet:

- die notwendige Aufnahme von Krediten zur Finanzierung der Investitionsmaßnahmen,
- die Tilgung der Investitionskredite,
- die Abwicklung von Umschuldungen,
- die Gewährung von Darlehen und deren Rückflüsse,
- die Aufnahme und Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung.

Für 2016 ergaben sich folgende Werte (ohne die nicht bei der Haushaltsplanung zu berücksichtigenden Kredite zur Liquiditätssicherung, die unter Ziffer 6.2 des Lageberichts behandelt werden):

Gesamtübersicht Finanzierungstätigkeit	Ansatz		Ergebnis	Abweichung
	original	fortge- schrieben		
	- Mio. EUR -			
Einzahlungen				
Aufnahme von Krediten				
- für Investitionstätigkeit	15,952	15,952	80,189	64,273
- für Umschuldungen	200,000	200,000	17,614	-182,386
Rückflüsse von Darlehen	8,546	8,546	6,884	-1,662
Summe Einzahlungen	224,498	224,498	104,687	-119,811
Auszahlungen				
Tilgung von Investitionskrediten				
- ordentliche Tilgung	26,100	27,100	20,506	-6,594
- Umschuldungen	200,000	200,000	17,614	-182,386
- außerordentliche Tilgung	0,050	0,050	0	-0,050
- Hochwasserschutz und Altlasten- sanierung durch die WBD-AöR	0,092	0,092	0,053	-0,039
- Tilgungsweiterleitung Wohn.bauförd.	3,500	3,500	1,714	-1,786
- Gewährung v. Darlehen Wohn.bauförd.	0,094	0,094	0,000	-0,094
Summe Auszahlungen	229,836	230,836	39,887	-190,949

Wie bereits unter Ziffer 2.1.4. erläutert, war zur Investitionsfinanzierung 2016 eine Kreditaufnahme in Höhe von 80,189 Mio. EUR erforderlich.

Die erhöhte Aufnahme von Investitionskrediten war notwendig, um die erste liquiditätsmäßige Rate der Kapitalerhöhung des DVV-Konzern (80,189 Mio. EUR) zu finanzieren. Die erforderliche Kreditermächtigung lag gemäß § 86 Abs. 2 GO NRW aus der Genehmigung im Haushaltsjahr 2015 weiterhin vor.

Investitionskredite, deren Zinsbindung im Laufe des Haushaltsjahres ausläuft und die nicht prolongiert werden können, müssen umgeschuldet werden. In Abhängigkeit zur Marktlage kann es notwendig sein, Darlehen mehrfach zwischenzufinanzieren bzw. umzuschulden, was eine entsprechend hoch dotierte Budgetposition erforderlich macht. Im Haushaltsjahr 2016 waren keine Zwischenfinanzierungen notwendig, so dass der Ansatz nur in begrenztem Maße ausgeschöpft werden musste. Die Einzahlungsposition korrespondiert mit einer wertgleichen Auszahlungsposition, so dass Haushaltsneutralität gegeben ist.

Da die 2015 beschlossene kreditfinanzierte DVV-Kapitalerhöhung bisher erst zu einem Teil (80,189 Mio. EUR von 203,7 Mio. EUR) realisiert wurde, fallen die laufenden Tilgungsleistungen geringer aus, als ursprünglich geplant.

Bei den **Darlehensrückflüssen** im Bereich der Wohnungsbauförderung kam es wegen geringerer Sondertilgungen der Darlehensnehmer zu Mindereinnahmen gegenüber dem Ansatz. Soweit diese von dem vor Jahren vorgenommenen Forderungsverkauf der Wohnungsbaudarlehen an ein Kreditinstitut betroffen waren, waren sie nach dem Abtretungsvertrag weiterzuleiten, was zu der ausgewiesenen geringeren Auszahlung bei der **Tilgungsweiterleitung** führte.

F. Sonstige Angaben

1. Beteiligungen

Die mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen sind in dem veröffentlichten Beteiligungsbericht der Stadt Duisburg aufgeführt.

2. Haftungsverhältnisse

Bürgschaften

Im Grundbuch von Rheinhausen ist eine Grundschuld in Höhe von 500.000,00 EUR zu Gunsten der Stadt Duisburg zur Absicherung der Fortführung des Bertha-Krankenhauses gemäß Vertrag zwischen der Sana Kliniken GmbH & Co. KGaA (jetzt Sana-Kliniken AG), der Klinikum Duisburg gGmbH (jetzt Sana Kliniken Duisburg GmbH) und der Stadt Duisburg vom 03.08.2007 eingetragen worden.

Darüber hinaus hat die Stadt Duisburg Ausfallbürgschaften für folgende Kreditnehmer übernommen:

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Stadtwerke Duisburg	10.942.135,77	12.703.440,73
Duisburg Marketing	0,00	110.438,97
Gebag	8.385.451,99	9.357.219,24
Wohnungsgenossenschaft Rheinpreußensiedlung eG	547.656,80	571.566,86
Duisburger Verkehrsgesellschaft	25.446.010,82	27.840.619,57
	45.321.255,38	50.583.285,37

Sonstige Garantieerklärungen

Im Rahmen eines Finanzierungsgeschäftes (Forfaitierung) der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage GmbH (GMVA) hat die Stadt Duisburg eine Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung gegenüber der finanzierenden Bank abgegeben. Diese Verpflichtung ist auf die WBD-AöR übergegangen, wobei gleichzeitig festgelegt wurde, dass diese von der Stadt von jeglichen Zahlungsverpflichtungen bei einer Inanspruchnahme aus der Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung freigestellt wird. Für die auf Basis neu kalkulierter Verbrennungsentgelte ermittelte Forfaitierungsunterdeckung für den Zeitraum 2016-2020 wurde im Vorjahr eine Rückstellung (vergleiche Passiva 3.4) in Höhe von 27,4 Mio. EUR gebildet, welche nunmehr sukzessive aufgelöst wird. Aktuell beträgt der Rückstellungsbetrag 25,7 Mio. EUR. Das Gesamtrisiko aus der Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung (bspw. nach einer Insolvenz der GMVA) beträgt zum 31.12.2016 noch rd. 36 Mio. EUR.

3. Finanzinstrumente

Zum 31.12.2016 bestehen keine Finanzgeschäfte mit Kreditinstituten zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken.

4. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Stadt Duisburg hat zum 31.12.2007 dem IMD das Vermögen und die Verträge des Veranstaltungs- und Kongresszentrums im CityPalais Duisburg übertragen. Daraus ergab sich eine Sacheinlage von 25,0 Mio. EUR. Die Stadt Duisburg hat mit dem IMD vereinbart, etwaige Verluste aus dem Betrieb des Veranstaltungs- und Kongresszentrums zu erstatten, sofern die kumulierten Verluste den Betrag der Sacheinlage überschreiten.

Im Zuge der Gesamtrechtsnachfolge der WBD-AöR ist die Anstalt in alle bestehenden Rechte und Pflichten der Stadt Duisburg eingetreten. In diesem Zusammenhang sind alle Darlehen, die wirtschaftlich den WBD-AöR zuzuordnen waren, auf die Anstalt übertragen worden, mit Ausnahme von drei Darlehen der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank in Höhe von 20.956.968,18 EUR.

Leasing

Die finanziellen Verpflichtungen aus Leasingverträgen belaufen sich auf 3.845.495,55 EUR, bezogen auf die Restlaufzeit. Die Beträge setzen sich wie folgt zusammen:

- DV-Leasing 1.708.288,40 EUR
- Kfz-Leasing 136.077,15 EUR
- Funkgeräte 38.667,30 EUR
- Kopierer, Sonstiges 1.962.462,70 EUR

5. Noch nicht erhobene Beiträge

Die aus fertiggestellten Erschließungsmaßnahmen noch nicht erhobenen Beiträge belaufen sich auf rd. 0,270 Mio. EUR. Eine genaue Berechnung ist aufgrund fehlender Endabrechnungen von Seiten des Fachbereiches nicht möglich.

6. Außerplanmäßige Abschreibungen

Außerplanmäßige Abschreibungen wurden im Haushaltsjahr 2016 wie folgt vorgenommen:

- Festwerte für Ausstattung und Einrichtung 15.952.000,06 EUR
- Brückenbauwerk „Ruhrorter Straße“ 3.633.695,03 EUR
- Brückenbauwerk „Hafenkanal“ 1.642.488,94 EUR
- Diverse Straßenkörper 1.437.318,80 EUR
- Duisburg Kontor GmbH 1.326.000,00 EUR
- Revierpark Mattlerbusch GmbH 662.997,86 EUR
- Gesellschaft für Wirtschaftsförderung 51.358,24 EUR

Eine Überprüfung der Werthaltigkeit der im Rahmen der Festbewertung bilanzierten Vermögensgegenstände ergab, dass die regelmäßigen Ersatzbeschaffungen von Vermögensgegenständen, die zu Festwerten zusammengefasst wurden, deutlich unterschritten wurden. So konnte die Alterswertminderung nicht im erforderlichen Umfang durch die Ersatzbeschaffungen kompensiert werden. Es handelt sich im Wesentlichen um die Einrichtung und Ausstattung von Schulen, Kindergärten und Feuerwehr sowie um den Medienbestand der Stadtbibliothek. Die Festwerte wurden mittels einer Abschreibung in Höhe von 15,9 Mio. EUR. angepasst. Zugleich wurden die korrespondierenden Sonderposten in Höhe von 4,6 Mio. EUR aufgelöst. Die Netto-Ergebnisbelastung beträgt somit 11,3 Mio. EUR.

Aufgrund von festgestellten Schäden an den Ruhrorter Brücken im Rahmen einer statischen Überprüfung musste der Buchwert um 3,6 Mio. EUR bzw. 1,6 Mio. EUR korrigiert sowie die Restnutzungsdauer auf vier Jahre bis 2020 reduziert werden.

Durch Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales - 34 - 48.01.04/03 - 227/12 - v. 17.12.2012 wurde die Nutzungsdauer für Straßen in der Rahmentabelle des Innenministeriums ab 2013 auf 50 Jahre statt wie vorher auf 60 Jahre begrenzt. Die Bilanzwerte wurden nachträglich im laufenden Haushaltsjahr um 1,4 Mio. EUR vermindert.

Bezüglich der Erläuterungen zu den Abschreibungen auf Finanzanlagen vergl. Ziffer 1.3 der Aktiva: „Finanzanlagen“.

7. Gesamtf finanzrechnung

Der Ausweis der liquiden Mittel in der Bilanz in Höhe von 20.846.746,68 EUR entspricht nicht dem ausgewiesenen Saldo in der Gesamtf finanzrechnung von 21.191.379,35 EUR. Die Abweichung in Höhe von 344.632,67 EUR setzt sich aus folgenden jahresübergreifenden Ein- und Auszahlungen zusammen:

	EUR
Jahresübergreifende Buchungen (RAP)	1.679.264,74
Umgliederung der Bankunterkonten	-2.060.549,78
Nicht zugeordnete Verbindlichkeiten	299.759,48
Jahresübergreifende Buchungen (PSCD)	32.427,04
Jahresübergreifende Buchungen (HR)	219.411,42
Abweichungen aufgrund technischer Einstellungen	174.319,77
Abweichung insgesamt:	344.632,67

Die Veränderung der jahresübergreifenden Buchungen aus Rechnungsabgrenzungsposten setzt sich aus der Sozialhilfe (0,20 Mio. EUR), den Beamtengehältern (0,36 Mio. EUR) und den Kosten der Unterkunft (1,12 Mio. EUR) zusammen.

Stichtagsbezogen werden die Bankunterkonten bilanziell aus dem Bereich der liquiden Mittel je nach ihrem ausgewiesenen Saldo in den Bereich der sonstigen Forderungen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten umgebucht. Diese Buchungen werden ohne Fortschreibung der Finanzrechnung durchgeführt.

Bei den nicht zugeordneten Verbindlichkeiten handelt es sich um Beträge, die nicht in der Finanzrechnung ausgewiesen werden, da die Auszahlung im neuen Jahr vor dem Übertrag der Finanzrechnung vorgenommen wurde. Hierin enthalten sind Investitions- und Liquiditätskredite in Höhe von 0,03 Mio. EUR und Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung in Höhe von 0,27 Mio. EUR.

Jahresübergreifende Buchungen aus dem SAP-Modul PSCD sind in voller Höhe Zahlungseingänge im alten Jahr, die erst im Folgejahr zugeordnet worden sind.

Im Zusammenhang mit der Personalkostenabrechnung aus SAP-HR konnten Zahlungen für das alte Haushaltsjahr erst im neuen Jahr zugeordnet werden.

Die Abweichungen aufgrund technischer Einstellungen ergeben sich durch nicht in die Finanzrechnung eingegliederte Finanzpositionen, die im Zusammenhang mit der Nebenrechnung WBD Entsorgungsgebühren, stehen.

8. Verrechnungen mit der allgemeinen Rücklage

Nach den Vorschriften des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes sind gemäß § 43 Abs. 3 GemHVO Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen, die von der Gemeinde gemäß § 90 Abs. 3 GO nicht mehr benötigt werden, erfolgsneutral mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Darüber hinaus sind Wertveränderungen von Finanzanlagen unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Da das Eigenkapital der Stadt Duisburg aufgebraucht ist, werden diese Sachverhalte im negativen Eigenkapital abgebildet.

Nachfolgende Verrechnungen wurden im Haushaltsjahr 2016 vorgenommen:

	EUR
Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	691.594,67
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten bei Vermögensabgängen	1.732.949,46
Erträge aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00
Erträge aus der Zuschreibung von Finanzanlagen	5.234,15
Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	-54.517,50
Aufwendungen aus der Verschrottung von Vermögensgegenständen	-3.047.674,22
Aufwendungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00
Aufwendungen aus der Abschreibung von Finanzanlagen	-2.040.356,10
Verrechnungen gemäß § 43 (3) GemHVO	-2.712.769,54
Erfolgsneutrale Korrekturen (Auflösung Rückstellung Eröffnungsbilanz)	159.435,54
Verrechnungen insgesamt:	-2.553.334,00

Die Erträge resultieren aus Grundstücksveräußerungen (0,7 Mio. EUR) und der Auflösung von Sonderposten im Rahmen von Straßenerneuerungen (1,7 Mio. EUR). Bei Straßenerneuerungen wird die noch vorhandene Bausubstanz ausgebucht und der in diesem Zusammenhang gebildete Sonderposten aufgelöst.

Die Aufwendungen setzen sich aus Mindererlösen von Grundstücksveräußerungen (0,1 Mio. EUR) sowie aus Straßenbaumaßnahmen zusammen, bei denen der Straßenkörper im Vollausbau in allen Schichten erneuert wird (3,0 Mio. EUR). Der Restbuchwert der vorhandenen Bausubstanz wird in diesen Fällen ausgebucht.

Bezüglich der Abschreibungen auf Finanzanlagen vergl. Ziffer 6 „außerplanmäßige Abschreibungen“.

Anlage 2.1 Anlagenspiegel

Anlagenspiegel zum 31.12.2016

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen				Buchwert	
	Stand am 31.12. des Vorjahres EUR	Zugänge im Haushaltsjahr EUR	Abgänge im Haushaltsjahr EUR	Umbuchungen im Haushaltsjahr EUR	Abschreibungen im Haushaltsjahr EUR	Zuschreib. im Haushaltsjahr EUR	Abschreibungen auf Abgänge EUR	Abschreibungen auf Umbuchungen EUR	am 31.12. des Haushaltsjahres EUR	am 31.12. des Vorjahres EUR
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.992.264,85	297.998,31	-132.932,51	6.363,00	-422.155,51	0,00	126.006,49	0,00	993.853,17	1.118.573,39
2. Sachanlagen										
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte										
2.1.1 Grundflächen	242.781.072,48	960.289,51	-151.585,84	12.090.322,74	-3.743.111,13	0,00	0,00	0,00	-26.632.250,18	219.891.933,43
2.1.2 Ackerland	31.283.924,07	0,00	-58.033,68	57.181,44	0,00	0,00	0,00	0,00	-1.568,10	31.280.513,73
2.1.3 Wald, Forsten	21.874.428,17	32.275,70	0,00	-187.368,57	-283.482,28	0,00	0,00	0,00	-2.411.225,75	19.308.103,55
2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	184.264.120,83	408.516,83	-3.485.093,83	-551.106,14	0,00	0,00	0,00	0,00	-244.210,79	184.019.910,04
Summe unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	480.202.545,55	1.401.082,04	-3.694.720,35	11.409.039,47	-4.026.593,41	0,00	0,00	0,00	-29.289.254,32	454.939.884,14
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte										
2.2.1 Kindertageseinrichtungen										
2.2.2 Schulen										
2.2.3 Wohnbauten	5.564.124,21	64.411,11	0,00	0,00	-88.928,70	0,00	0,00	0,00	-320.922,75	5.302.130,16
2.2.4 Sonst. Dienst-, Geschäfts- u. Betriebsgebäude	27.433.431,56	2.834,96	0,00	0,00	-1.389.493,18	0,00	0,00	0,00	-11.837.078,83	15.593.187,69
Summe bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	32.997.555,77	67.246,07	0,00	0,00	-1.448.421,88	0,00	0,00	0,00	-12.158.001,58	20.906.800,26
2.3 Infrastrukturvermögen										
2.3.1 Grund u. Boden des Infrastrukturvermögens	364.333.228,20	257.866,41	-51.279,01	495.407,66	0,00	0,00	0,00	0,00	-233.000,36	364.100.227,84
2.3.2 Brücken und Tunnel	184.511.090,09	2.619.946,38	0,00	553.661,26	-8.578.069,48	0,00	0,00	0,00	-32.044.254,70	155.640.443,03
2.3.3 Glasanlagen mit Streckenleistung	59.305.115,96	646.659,75	0,00	548.280,74	-3.617.425,66	0,00	0,00	0,00	-41.231.856,37	15.266.195,96
2.3.4 Entwässerungs- u. Abwasseranlagen	1.011.480.780,39	5.563.144,18	-3.516.449,56	9.641.132,24	-31.871.734,94	0,00	1.085.592,90	0,00	-263.195.080,62	759.963.526,63
2.3.5 Straßen mit Wegen, Plätzen	1.112.488.969,40	4.704.116,35	0,00	10.602.491,99	-23.750.439,32	0,00	0,00	0,00	-215.708.302,75	912.097.274,99
Summe Infrastrukturvermögen	2.732.123.183,94	13.781.733,07	-3.567.723,57	21.838.973,89	-67.817.669,40	0,00	1.085.592,90	0,00	-556.412.494,80	2.208.769.667,53
2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden										
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	17.868.286,80	3.023,00	-53.190,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.818.119,80	17.868.286,80
2.6 Maschinen u. technische Anlagen, Fahrzeuge	33.044.709,23	1.274.464,59	-91.824,61	640.522,72	-2.587.732,75	0,00	91.824,61	0,00	-20.167.811,00	14.700.060,93
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	86.953.509,73	2.973.657,03	-666.045,72	276.336,49	-15.927.732,83	0,00	135.888,94	0,00	-23.099.263,99	66.343.165,54
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	60.551.241,99	18.949.307,96	0,00	-34.171.235,97	0,00	0,00	0,00	0,00	45.323.314,46	60.551.241,99
Summe Sachanlagen	3.443.652.033,01	38.450.513,76	-8.073.513,15	-6.363,00	-92.808.210,27	0,00	1.313.706,45	0,00	-640.126.846,19	2.893.895.824,43
3. Finanzanlagen										
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1.102.282.561,90	0,00	0,00	0,00	-1.326.000,00	0,00	0,00	0,00	15.464.167,41	1.086.818.394,49
3.2 Beteiligungen	297.205.506,16	0,00	0,00	0,00	-714.386,10	0,00	0,00	0,00	-1.305.112,76	295.900.393,40
3.3 Sondervermögen	340.605.487,87	2.648.310,14	-12.747,89	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-5.849.068,50	337.391.581,62
3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	42.731.847,00	420.241,69	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-12.319.068,77	30.833.025,92
3.5 Ausleihungen										
3.5.1 an verbundene Unternehmen	33.757.479,27	0,00	-5.426.208,31	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	28.331.270,96	33.757.479,27
3.5.2 an Beteiligungen	16.361,45	0,00	-2.045,16	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	14.316,29	16.361,45
3.5.3 an Sondervermögen	841.954,44	0,00	-207.846,36	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	634.109,08	841.954,44
3.5.4 Sonstige Ausleihungen	26.278.485,38	5.234,15	-1.407.363,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	24.876.351,27	26.278.485,38
Summe Ausleihungen	60.894.280,54	5.234,15	-7.043.467,09	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	53.856.047,60	60.894.280,54
Summe Finanzanlagen	1.843.719.683,47	3.073.785,98	-7.056.214,98	0,00	-2.400.356,10	0,00	0,00	0,00	-34.937.407,44	1.804.799.847,03
Summe Anlagevermögen	5.291.363.971,33	41.822.298,05	-15.262.660,64	0,00	-95.270.721,88	0,00	1.439.712,94	0,00	-678.234.084,11	4.639.689.524,63
										1.810.822.532,13
										4.706.960.896,16

Anlage 2.2 Forderungsspiegel

Forderungsspiegel Jahresabschluss 2016					
Arten der Forderungen	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres	Mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12. des Vorjahres
		Bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	83.365.504,69	83.106.486,07	259.018,62	0,00	65.324.927,38
1.1 Gebühren	12.102.258,83	12.093.491,68	8.767,15	0,00	9.802.340,09
1.2 Beiträge	8.873.659,52	8.821.357,05	52.302,47	0,00	8.477.538,64
1.3 Steuern	17.906.925,81	17.906.925,81	0,00	0,00	20.917.966,68
1.4 Forderungen aus Transferleistungen	15.879.210,21	15.767.850,28	111.359,93	0,00	8.581.825,21
1.5 Kostenerstattungen	8.590.075,31	8.565.083,69	24.991,62	0,00	4.360.433,96
1.6 sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	20.013.375,01	19.951.777,56	61.597,45	0,00	13.184.822,80
2. Privatrechtliche Forderungen	82.038.474,18	71.272.851,87	8.885.622,31	1.880.000,00	90.282.671,80
2.1 gegenüber dem privaten Bereich	14.369.831,74	3.604.209,43	8.885.622,31	1.880.000,00	17.130.924,09
2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	14.213.492,77	14.213.492,77	0,00	0,00	14.188.947,73
2.3 gegen verbundene Unternehmen	44.449.637,65	44.449.637,65	0,00	0,00	32.440.557,18
2.4 gegen Beteiligungen	5.877.711,20	5.877.711,20	0,00	0,00	5.655.591,53
2.5 gegen Sondervermögen	3.127.800,82	3.127.800,82	0,00	0,00	20.866.651,27
Summe aller Forderungen	165.403.978,87	154.379.337,94	9.144.640,93	1.880.000,00	155.607.599,18

Anlage 2.3 Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeitspiegel Jahresabschluss 2016					
Arten der Verbindlichkeit	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres	Mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12. des Vorjahres
	EUR	Bis zu 1 Jahr EUR	Bis zu 5 Jahre EUR	Mehr als 5 Jahre EUR	EUR
1. Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	455.322.505,51	21.763.845,45	87.586.831,94	345.971.828,12	395.639.363,49
2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2 von Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3 von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4 vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5 von Kreditinstituten	455.322.505,51	21.763.845,45	87.586.831,94	345.971.828,12	395.639.363,49
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.609.900.057,32	1.309.900.057,32	100.000.000,00	200.000.000,00	1.677.000.543,54
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	31.140.127,58	295.474,45	1.580.355,85	29.264.297,28	32.900.477,77
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	117.924.607,96	117.924.607,96	0,00	0,00	198.068.640,05
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	8.711.320,12	8.711.320,12	0,00	0,00	6.784.808,25
7. Sonstige Verbindlichkeiten	35.452.251,37	35.452.251,37	0,00	0,00	34.606.462,28
8. Erhaltene Anzahlungen	64.151.925,60	64.151.925,60	0,00	0,00	79.205.645,75
9. Summe aller Verbindlichkeiten	2.322.602.795,46	1.558.199.482,27	189.167.187,79	575.236.125,40	2.424.205.941,13
Nachrichtlich:					
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten:					
Bürgschaften	45.321.255,38				50.583.285,37
Sonstige Garantieberklärungen	36.014.447,97				45.018.059,96

Anlage 2.4 Rückstellungsspiegel**Rückstellungsspiegel zum 31.12.2016**

Bilanzposition	Bestandskonto	Rückstellungsgrund	Gesamttrag Vorjahr	Bewegungen im Haushaltsjahr			Gesamttrag Haushaltsjahr
				Zuführung/ Umbuchung	Inanspruchnahme/ Umbuchung	Auflösung	
			€	€	€	€	€
Pensions-RSt.	251110	Pensionsrückstellungen	845.149.731,65	47.163.695,00	27.153.382,65	0,00	865.160.044,00
	251200	Beihilferückstellungen	194.384.497,97	10.847.670,00	6.245.325,97	0,00	198.986.842,00
	271110	RSt. Instandhaltung WBD	3.471.177,32	2.056.250,00	49.013,40	*) 159.435,54	5.318.978,38
Sonstige Rückstellungen	253400	Pensionsrückstellungen WBD	5.002.117,00	0,00	0,00	466.643,00	4.535.474,00
	255400	Pensionsrückstellungen VLVG	4.176.214,23	1.366.491,77	43.410,47	0,00	5.499.295,53
	281000	Rückstellungen für Urlaub	3.307.198,28	3.495.191,07	3.307.198,28	0,00	3.495.191,07
	282000	Rückstellungen für Gleitzeit	5.797.256,18	437.523,15	507.683,63	0,00	5.727.095,70
	282100	Rückstellungen für Altersteilzeit	22.067.012,61	3.105.891,49	6.054.280,54	0,00	19.118.623,56
	282201	Rückstellungen für Leistungsentgelt	3.841.971,89	3.809.304,67	3.651.276,56	0,00	4.000.000,00
	282205	RSt. Personalkosten Kita	1.110.000,00	0,00	1.110.000,00	0,00	0,00
	289000	RSt. Personal sonstige Verpflichtungen	7.362.300,00	2.601.900,00	0,00	0,00	9.964.200,00
	289020	RSt. Lieferungen und Leistungen	67.862,51	0,00	66.896,51	966,00	0,00
	289041	RSt. für Verlustausgleich RPM	350.000,00	0,00	350.000,00	0,00	0,00
	289042	RSt. Verlustausgleich Zoo AG	2.578.800,00	2.528.800,00	2.578.800,00	0,00	2.528.800,00
	289044	RSt. Verlustausgleich DKH ehem. DMG	1.189.000,00	1.431.189,47	844.273,11	344.726,89	1.431.189,47
	289045	RSt. Verlustausgleich Johanniter-Krks.	750.572,00	0,00	187.643,00	0,00	562.929,00
	289046	RSt. Verlustausgleich Marina Innenhafen	92.000,00	44.000,00	92.000,00	0,00	44.000,00
	289047	RSt. für Garantien	27.400.000,00	0,00	1.700.022,56	0,00	25.699.977,44
	289050	RSt. Steuerrisiken	9.743.128,12	46.162.599,00	63.241,09	0,00	55.842.486,03
	289060	RSt. Mieten CityPalais	317.000,00	0,00	0,00	0,00	317.000,00
	289062	RSt. Mercatorhalle CityPalais	25.100.000,00	0,00	17.730.499,00	0,00	7.369.501,00
	289066	RSt. Sozialamt	140.900,00	564.355,00	103.652,60	37.247,40	564.355,00
	289067	RSt. Rückzahlung Fördermittel	217.411,58	333.610,73	177.248,31	35.163,27	338.610,73
	289071	RSt. DVV	9.000,00	0,00	9.000,00	0,00	0,00
	289072	RSt. Jugendamt	7.110.493,79	5.504.702,10	6.414.018,25	602.299,51	5.598.878,13
	289075	RSt. Kasko- u. Haftpflichtumlage	500.000,00	600.000,00	144.388,32	355.611,68	600.000,00
	289079	RSt. Schülerunfallumlage KSA	15.000,00	15.000,00	4.671,57	10.328,43	15.000,00
	289081	RSt. Schiedsstelle	14.000,00	14.000,00	11.478,87	2.521,13	14.000,00
	289083	RSt. Rückzahlung von Zuwendungen	2.726.907,51	94.006,01	0,00	0,00	2.820.913,52
	289084	RSt. nicht anerkannte Rechnungen	2.704.183,54	1.884.963,82	122.044,04	23.928,90	4.443.174,42
	289085	RSt. ausstehende Rechnungen	511.050,21	0,00	344.965,87	33.360,69	132.723,65
	289090	RSt. Zuweisung § 7a AG-SGB II	9.368.297,78	0,00	3.122.765,93	0,00	6.245.531,85
	289091	RSt. Betriebskostenabrechnung 2011	29.273,28	0,00	0,00	0,00	29.273,28
	289093	RSt. Drohverlust (Übernahme IDE)	219.119,84	0,00	163.611,76	0,00	55.508,08
	289094	RSt. Schuldbeitritt IDE (Pens./Beihilfe)	397.025,00	0,00	0,00	0,00	397.025,00
	289095	RSt. für Aufwendungen aus Nachlässen	0,00	200.000,00	0,00	0,00	200.000,00
Summe:			1.187.220.502,29	134.261.143,28	82.352.792,29	2.072.232,44	1.237.056.620,84

*) Die Auflösung einer im Rahmen der Eröffnungsbilanz gebildeten Rückstellung wurde ergebnisneutral mit der allgemeinen Rücklage (neg. Eigenkapital) durchgeführt.

Rückstellung WBD 31.12.2016

Maßnahme	Rückstellung 31.12.2015	Zuführung	Inanspruch- nahme	Auflösung	Rückstellung 31.12.2016
M056605 Hubbrücke Schwanentor	160.985,34	0,00	1.549,80	159.435,54	0,00
M009711 Spundwände Innenhafen	71.495,18	0,00	45.567,82	0,00	25.927,36
M009611 Spundwände Innenhafen	62.026,17	0,00	1.895,78	0,00	60.130,39
M009811 Wegbrücke DB/Entenfang	176.670,63	0,00	0,00	0,00	176.670,63
M002916 Stahlrampe Marientor	3.000.000,00	0,00	0,00	0,00	3.000.000,00
M029115 Spundwand Innenhafen Nordufer Marina	0,00	2.056.250,00	0,00	0,00	2.056.250,00
Gesamtsumme:	3.471.177,32	2.056.250,00	49.013,40	159.435,54	5.318.978,38

Anlage 2.5 Ermächtigungsübertragungen

Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2017 gemäß § 22 GemHVO

1. Planfortschreibung der Ansätze des konsumtiven Finanzplans

Dez.	Amt	Bezeichnung	Betrag
OB	OB	Referate des Oberbürgermeisters	16.600,00
I	20	Stadtkämmerei	1.500.805,20
I	I-04	Projekt Investitionsoffensive 2015	115.318,00
III	41	Kulturbetriebe Duisburg	79.275,96
III	51	Jugendamt	5.204.216,38
IV	50	Amt für Soziales und Wohnen	2.006.118,32
V	61	Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement	4.268.964,29
Summe			13.191.298,15

(siehe hierzu auch Kapitel E 1.2. „Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit“)

2. Planfortschreibung der Ansätze des investiven Finanzplans - Investitionstätigkeit -

Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
OB	OB-1	10100122012001	Vermb. Vw.führ.,pol.Gremien u. Repr.	679,49
OB	10	23000131011001	Erneuerung Telekommunikationsanlagen	65.976,74
OB	10	23000131012001	Vermögensbesch. IT-Management	36.177,40
OB	10	23000132002001	Vermögensbeschaffung Organisation	3.044,27
OB	10	23000133002001	Vermögensbesch. Zentraler Service	1.831,98
OB	11	16000108002001	Vermögensbeschaffung Aus- u. Fortbildung	7.253,05
OB	11	16000110092001	Verm.besch.Personalbetreuung/-wirtschaft	803,25
II	30	30000111002002	Erwerb von Fachliteratur Rechtsamt	4.461,98
II	32	32000201022001	Vermögensbeschaffung Außendienst	1.055,35
II	32	32000201022002	Vermögensbesch. Verkehrsordnungswidrigk.	565,23
II	37	37000215001002	Einrichtung Digitalfunk Feuerwehr	61.854,37
II	37	37000215001005	Sanierung eines Feuerlöschbootes	212.325,95
II	37	37000215001006	Erneuerung Notrufabfrageanlage	115.000,00
II	37	37000215001009	Ersatzbeschaffung Drehleiterfahrzeug	446.181,66
II	37	37000215001010	Ersatzbesch. LF Freiw. Feuerwehr	500.000,00
II	37	37000215001011	Ersatzbesch. LF 20 Katastrophenschutz	500.000,00
II	37	37000215001012	Ersatzbeschaffung Abrollbehälter	166.353,06
II	37	37000215001018	Ersatzbeschaffung Einsatzleitwagen 2	670.000,00
II	37	37000215002002	Vermögensbeschaffung Berufsfeuerwehr	560.634,91

Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
II	37	37000215002003	Datenverarbeitungsanl. Berufsfeuerwehr	188.030,00
II	37	37000215002004	Großfahrzeuge für die Berufsfeuerwehr	259.481,60
II	37	37000215002005	Kleinfahrz. u. Geräte f.d. Berufsfeuerwehr	201.360,56
II	37	37000215031001	Einrichtung Sirensystem in Duisburg	12.635,20
II	37	37000215032009	Verm.-besch. Krisenmanagement/Bev.schutz	11.560,27
II	37	37000217001002	Ersatzbeschaffung Rettungswagen (RTW)	313.719,65
II	37	37000217002001	Vermögensbeschaffung Rettungsdienst	164.716,98
II	37	37000217002002	Datenverarbeitungsanlagen Rettungsdienst	80.000,00
II	37	37000217002003	Großfahrzeuge für den Rettungsdienst	3.412,80
II	37	37000217002004	Kleinfahrz. u. Geräte f.d. Rettungsdienst	17.034,85
II	91	91010291012001	Verm.besch. Bürgerservice Walsum	10.109,59
II	93	93030293012001	Verm.besch. Bürgerservice Meiderich	5.622,75
II	94	94040194022001	Verm.besch.Allgem.Verw. Homb/R'ort/Baerl	9.023,09
II	95	95050295012001	Verm.besch. Bürgerservice Mitte	3.000,00
II	96	96060296012001	Verm.besch. Bürgerservice Rheinhausen	9.900,00
II	97	97070297012001	Verm.besch. Bürgerservice Süd	2.782,25
III	40	40000301002002	Vermögensbeschaffung Schulverwaltung	767,31
III	40	40000301002004	Ausstatt.progr."Die telematische Schule"	1.561.966,75
III	40	40000301002005	Systematische Ausstattung Fachräume	821.764,51
III	40	40000301002006	Ausstattung im offenen Ganzttag	22.518,25
III	40	40000301002007	Ausstattung im Rahmen der Inklusion	30.349,00
III	40	40000301013008	Verm.beschaff.Grundschulen	75.458,71
III	40	40000301023008	Verm.beschaff.Hauptschulen	5.284,10
III	40	40000301033008	Verm.beschaff.Realschulen	15.609,97
III	40	40000301043008	Verm.beschaff. Gymnasien	80.789,50
III	40	40000301053008	Verm.beschaff.Gesamtschulen	120.474,35
III	40	40000301063008	Verm.beschaff.Förderschulen	4.084,68
III	40	40000301072001	Vermögensbeschaffung Berufskollegs	108.657,70
III	40	40000301112001	Ergänzungsausstattung Sekundarschulen	50.199,06
III	42	42000406011002	Beschaffung eines Bücherbusses	520.000,00
III	42	42000406012001	Verm.besch. Stadtbibliothek, Zentr.Aufg.	146.176,51
III	42	42000406032001	Verm.beschaffung. Schulmedienzentrum	10.652,83
III	42	42050406001001	Einrichtung der neuen Zentralbibliothek	333.020,84
III	43	43050404001001	Einrichtung des neuen VHS-Gebäudes	85.805,88
III	41	44040414032001	Verm.besch. Binnenschifffahrtmuseum	4.555,32
III	41	44050414012001	Vermögensbeschaffung Stadtarchiv	19.387,97
III	41	44050414021002	Einrichtung Zentrum f. Erinnerungskultur	6.663,72
III	41	44050414022002	Ausstattung Zentrum f. Erinnerungskultur	85.771,69
III	41	44050415022001	Vermögensbeschaffung Theater	134.255,49
III	41	44050415052001	Verm.besch. Duisburger Philharmoniker	1.689,00
III	51	51000600002001	Vermögensbeschaffung Jugendverwaltung	21.996,90
III	51	51000601002001	Vermögensbeschaffung Kitas/Tagespflege	120.655,19
III	51	51000602002001	Vermögensbeschaff. Kinder-u.Jugendarbeit	40.186,35

Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
III	51	51000604002001	Verm.besch. Unterst.in bes.Lebenssituat.	5.999,02
III	54	54000605002001	Vermögensbeschaffung Inst.f.Jugendhilfe	952,00
IV	50	50000500002001	Vermögensbeschaffung Sozialverwaltung	5.965,26
IV	50	50000501062003	Vermögensbeschaffung "Kleiner Prinz"	2.782,87
IV	50	50000502052001	Vermögensbeschaffung Bildung u.Teilhabe	922,69
IV	50	50000503032001	Verm.beschaff. Übergangsh.Asylbewerber	67.690,49
IV	50	50020501062001	Verm.beschaffung Bürgerhaus Neumühl	860,93
IV	50	50030501062002	Verm.beschaffung Bürgerhaus Hagenshof	1.587,64
IV	5080	50831506011018	Modernisierung Sportanlage Ahrstr.	600.000,00
V	61	61000125015001	Vermögensbesch. Verwaltungsservice Dez.V	267,75
V	61	61000901005001	Vermögensbesch. Gesamträumliche Planung	11.645,34
V	61	61000905015500	Veräußerung und Erwerb von Grundstücken	45.647,29
V	61	61001201064504	Bau von Kreisverkehrsplätzen	438.747,22
V	61	61001201065001	Vermögensbeschaff. Verkehrsinfrastruktur	9.954,40
V	61	61001201065016	Vorlaufende Honorarkosten für Tiefbau	484.879,67
V	61	61001201065040	Baumaßnahmen Gemeindestr. Zentral	65.371,95
V	61	61001201065160	Baumaßn.Radverkehrsanlagen	19.600,00
V	61	61001204014859	Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechn.	1.678.239,20
V	61	61001204015400	Erhaltungsmaßnahmen Stadtbahnbauwerke	2.706.238,92
V	61	61001204015405	Vorlaufende Honorarkosten Stadtbahn	26.554,50
V	61	61011201064411	Ausbau Herzogstraße	5.120,68
V	61	61011201064427	Umbau Kometenplatz	37.404,35
V	61	61011201065031	Erschließungsmaßnahmen n.d. BauGB Bez. A	325.954,54
V	61	61011201065041	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez.A	284.215,45
V	61	61011201065091	Herst. Barrierefrei. öffentl. Raum Bez.A	2.711,75
V	61	61011201065141	Baumaßn. klassifizierte Straßen Bez.A	190.469,94
V	61	61020908014325	IHK Marxloh	8.817,09
V	61	61021201064431	Ausbau Ruprechtstraße	304.068,62
V	61	61021201064434	Ausbau Felix-Dahn-Str.	22.000,00
V	61	61021201064508	Ausbau Kaiser-Friedrich-Straße	57.979,34
V	61	61021201064515	Ausbau August-Thyssen-Straße	83.443,75
V	61	61021201064712	Ausbau Ziegelhorststraße (K7)	109.238,33
V	61	61021201065032	Erschließungsmaßnahmen n.d. BauGB Bez. B	158.265,19
V	61	61021201065042	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez.B	825.651,71
V	61	61021201065092	Herst. Barrierefrei. öffentl. Raum Bez.B	3.534,82
V	61	61021201065142	Baumaßn. klassifizierte Straßen Bez.B	29.443,78
V	61	61030908014322	Stadterneuerung Laar	124.761,10
V	61	61031201064527	Ausbau Obermeidericher Straße	1.102.820,80
V	61	61031201065033	Erschließungsmaßnahmen n.d. BauGB Bez. C	1.310,58
V	61	61031201065043	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez.C	1.013.892,57
V	61	61031201065093	Herst. Barrierefrei. öffentl. Raum Bez.C	11.749,55
V	61	61031201065143	Baumaßn. klassifizierte Straßen Bez.C	327.481,79
V	61	61040908014316	Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochh.	1.014.460,42
V	61	61041201064402	Erschließung Eisenbahnstraße (Homberg)	3.838,82
V	61	61041201064706	Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung	2.115.551,73
V	61	61041201064713	Ausbau Duisburger Straße (L473)	11.361,79
V	61	61041201065034	Erschließungsmaßnahmen n.d. BauGB Bez. D	3.973,52
V	61	61041201065044	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez.D	378.466,59
V	61	61041201065094	Herst. Barrierefrei. öffentl. Raum Bez.D	5.014,35
V	61	61041201065144	Baumaßn. klassifizierte Straßen Bez.D	25.459,81

Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
V	61	61050902094860	Neugestaltung Bahnhofsvorplatz	1.949.403,08
V	61	61050902094861	Umbau Mercatorstraße	661.048,43
V	61	61050902094862	Neubau Fernbusbahnhof	1.409.162,62
V	61	61050902094864	Ausbau Promenade Eurogate	505.747,86
V	61	61050902094865	Umbau Ostausgang Hauptbahnhof	31.670,17
V	61	61050902094866	Umbau Friedrich-Wilhelm-Straße	27.386,07
V	61	61050908014305	Stadterneuerung Hochfeld-West	835.520,78
V	61	61050908014312	Duisburg an den Rhein - Rheinpark -	301.196,77
V	61	61050908014326	IHK Hochfeld	58.653,53
V	61	61051201064414	Ausbau Wanheimer Straße/Heerstraße	832.137,30
V	61	61051201064418	Ausbau Wedauer Straße	41.178,42
V	61	61051201064429	Ausbau Werthausener Straße	974.867,10
V	61	61051201064505	Sicherung Hubbrücke Schwanentor	335.499,87
V	61	61051201064512	Ausbau Sternbuschweg	132.345,30
V	61	61051201064514	Ausbau Kalkweg	38.985,37
V	61	61051201064529	Ausbau Koloniestraße	30.315,44
V	61	61051201064531	Belagererneuerung Königstraße	267.793,68
V	61	61051201064615	Ausbau Bismarckstraße	262.992,98
V	61	61051201064704	Anschlussstelle DU-Zentr.A59/Südtangente	34.993,94
V	61	61051201064714	Umbau Koloniestraße (L60)	32.685,66
V	61	61051201065035	Erschließungsmaßnahmen n.d. BauGB Bez. E	13.944,75
V	61	61051201065045	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez.E	113.871,83
V	61	61051201065095	Herst. Barrierefrei. öffentl. Raum Bez.E	1.904,08
V	61	61051201065145	Baumaßn. klassifizierte Straßen Bez.E	77.057,68
V	61	61051204014858	Nachrüstung Stadtbahnlinie U 79	223.807,99
V	61	61061201064511	Ausbau D'dorfer / Moerser Str. (Rumeln)	67.202,67
V	61	61061201064528	Ausb. Friedrich-Ebert-Str. (Rheinhausen)	99.853,16
V	61	61061201064715	Umbau Friedrich-Ebert-Str (L437)	5.824,10
V	61	61061201065036	Erschließungsmaßnahmen n.d. BauGB Bez. F	264.080,78
V	61	61061201065046	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez.F	343.942,46
V	61	61061201065096	Herst. Barrierefrei. öffentl. Raum Bez.F	1.712,04
V	61	61061201065146	Baumaßn. klassifizierte Straßen Bez.F	424.960,44
V	61	61071201064415	Ausbau Schulz-Knaudt-Straße	213.336,15
V	61	61071201064416	Ausb. Wanheimer Str. (Neuenhofstr.-Bahn)	9.840,96
V	61	61071201064430	Ausbau Im Haselbusch	77.510,35
V	61	61071201064614	Ausbau Am Finkenacker	42.301,58
V	61	61071201064616	Ausbau Arlbergerstraße	4.669,83
V	61	61071201064617	Ausbau Osteroder Straße	22.068,46
V	61	61071201064618	Ausbau Arlbergerstr. Zillert. bis Kufst.	8.164,60
V	61	61071201064716	Umbau Wedauer Straße (L60)	57.753,46
V	61	61071201064717	Angermunder Str. (L60) (HS 111-140)	5.278,48
V	61	61071201064718	Ausbau Angermunder Str. (L60)	7.059,97
V	61	61071201065037	Erschließungsmaßnahmen n.d. BauGB Bez. G	470.575,57
V	61	61071201065047	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez.G	548.094,00
V	61	61071201065057	Baumaßn. Brücken -Gemeindestr.- Bez.G	8.000,00
V	61	61071201065097	Herst. Barrierefrei. öffentl. Raum Bez.G	2.875,44
V	61	61071201065147	Baumaßn. klassifizierte Straßen Bez.G	299.243,89
V	62	62000906055001	Vermögensbeschaffung Bodenordnung	22.963,43
VI	31	31001301012001	Neupflanzungen von geschädigten Bäumen	44.477,53
VI	31	31001301012002	Sonst.Baumaßn. Park- u. Gartenanlagen	488.157,42
VI	31	31001301012004	Barrierefreier Ausbau von Grünanlagen	293.839,92
VI	31	31001301032001	Entwicklung Straßenbaumbestand	441.568,81
VI	31	31001302032001	Ausgl.-u. Ersatzmaßn. Baumschutzsatzung	1.389.295,51

Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
VI	31	31001302032001	Ausgl.-u. Ersatzmaßn. Baumschutzsatzung	1.389.295,51
VI	31	31001302042001	Ausgleichs- u. Ersatzmaßnahmen Ökokonto	54.263,47
VI	31	31001302062001	Ausgl.-u. Ersatzmaßn. Landschaftsgesetz	19.893,00
VI	31	31001303012002	Sonst.Baumaßn. Wald und Forstwirtschaft	96.018,87
VI	31	31001303012003	Waldentwicklung Duisburg	219.715,37
VI	31	31001303012004	Grunderw./ -veräuß. Wald u. Landschaft	84.705,00
VI	31	31001303012005	Gebäudeinvestitionen Wald u. Forst	350.000,00
VI	31	31011301052002	Barrieref. Grünanlagen, Bez. A	14.100,00
VI	31	31021301052003	Barrieref. Grünanlagen, Bez. B	20.100,00
VI	31	31031301052004	Barrieref. Grünanlagen, Bez. C	20.100,00
VI	31	31041301052005	Barrieref. Grünanlagen, Bez. D	11.200,00
VI	31	31041304041001	Erneuerung Deichanlage Homberg	129.117,25
VI	31	31051301031009	Rheinorange / Ausbau Endabschnitt	3.500,00
VI	31	31051301051002	Erneuerung/Umgestaltung Neudorfer-Markt	137.500,00
VI	31	31051301051003	Umbau Kantpark/Stadterneuer. Innenstadt	50.235,17
VI	31	31051301052006	Barrieref. Grünanlagen, Bez. E	30.000,00
VI	31	31051304041003	Dammalkenverschluss am Mariensperktor	1.400.000,00
VI	31	31051304041005	Deicherneuerung Neuenkamp	104.962,91
VI	31	31061301052007	Barrieref. Grünanlagen, Bez. F	21.500,00
VI	31	31071301052008	Barrieref. Grünanlagen, Bez. G	20.500,00
VI	31	31071304041002	Deichrückverlegung Mündelheim	2.668.861,09
Summe				44.152.793,60

Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
Die Ermächtigungsübertragung wird finanziert durch:				
Erwartete Einzahlungen , die durch Zuweisungen, Spenden etc. finanziert werden (Deichrückverlegung Mündelheim, Beschleunigung Linie 901, Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechn, Abriss Hochhäuser Homberg-Hochh., diverse Maßnahmen der Investitionsoffensive KIDU)				10.593.868,10
Saldo aus der Investitionstätigkeit 2016				6.704.957,66
Nicht kassenwirksam verwendete investive Einzahlungen aus Vorjahren				26.853.967,84
Summe				44.152.793,60

3. Planfortschreibung der Ansätze des investiven Finanzplans - Finanzierungstätigkeit -

Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
			keine	
Summe				0,00

Anlage 3**Gesamtergebnisrechnung**

Jahresergebnis 2016 Gesamtergebnisrechnung									
	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2015 (€)		Haushaltsansatz 2016 (€)		Ergebnis 2016 (€)	Vergleich fort. Ansatz/Ergebnis		Übertr. Ermächt. nach 2017
		Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual			
01	Steuern und ähnliche Abgaben	595.208.017,15	603.446.381	606.646.381	592.659.524,91	13.986.856 -	2,3-	0	
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	669.212.682,94	675.881.635	686.136.235	689.817.394,10	3.681.159+	0,5+	0	
03	+ Sonstige Transfererträge	20.929.167,15	13.429.954	13.429.954	18.961.029,76	5.531.076+	41,2+	0	
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	72.624.802,87	69.014.489	69.014.489	77.573.992,98	8.559.504+	12,4+	0	
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	14.685.617,88	19.145.035	19.145.035	20.002.604,72	857.570+	4,5+	0	
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	169.578.054,04	204.785.667	204.785.667	213.814.357,25	9.028.691+	4,4+	0	
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	81.812.387,65	70.726.470	70.726.470	79.060.208,62	8.333.738+	11,8+	0	
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-	0	
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-	0	
10	= Ordentliche Erträge	1.624.050.729,68	1.656.429.631	1.669.884.231	1.691.889.112,34	22.004.881+	1,3+	0	
11	- Personalaufwendungen	328.844.983,41	337.103.561	337.696.631	349.302.823,36	11.606.192+	3,4+	0	
12	- Versorgungsaufwendungen	41.983.578,69	44.515.076	44.515.076	42.215.430,77	2.299.645 -	5,2-	0	
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	266.396.696,66	296.302.098	296.302.098	289.364.444,11	6.937.654 -	2,3-	0	
14	- Bilanzielle Abschreibungen	70.820.620,41	74.251.337	74.251.337	93.230.365,78	18.979.029+	25,6+	0	
15	- Transferaufwendungen	620.919.306,76	613.604.961	623.563.026	648.199.182,13	24.636.156+	4,0+	0	
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	263.984.487,40	257.145.261	256.848.726	251.922.025,24	4.926.700 -	1,9-	0	
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.592.949.673,33	1.622.922.294	1.633.176.894	1.674.234.271,39	41.057.377+	2,5+	0	
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	31.101.056,35	33.507.337	36.707.337	17.654.840,95	19.052.496 -	51,9-	0	
19	+ Finanzerträge	35.184.417,32	13.841.775	13.841.775	8.554.482,38	5.287.293 -	38,2 -	0	
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	55.233.317,28	44.265.200	44.265.200	20.488.952,65	23.776.247 -	53,7-	0	
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	20.048.899,96	30.423.425	30.423.425	11.934.470,27	18.488.955+	60,8-	0	
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	11.052.156,39	3.083.912	6.283.912	5.720.370,68	563.541 -	9,0-	0	
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0+	-	0	
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0+	-	0	
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0+	-	0	
26	= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	11.052.156,39	3.083.912	6.283.912	5.720.370,68	563.541 -	9,0-	0	
Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage									
27	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen				2.424.544,13				
28	Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen				5.234,15				
29	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen				3.102.191,72				
30	Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen				2.040.356,10				
31	Verrechnungssaldo				-2.712.769,54				

Anlage 4 Gesamtfinanzrechnung

Jahresergebnis 2016 Gesamtfinanzrechnung										
Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2015 (€)		Haushaltsansatz 2016 (€)		Ergebnis 2016 (€)	Vergleich fort. Ansatz/Ergebnis		Übertr. Ermächt. nach 2017	
		Original	fortgeschrieben	absolut	prozentual					
01	Steuern und ähnliche Abgaben	600.409.549,37	600.323.615	603.523.615	628.116.208,14	24.592.593+	4,1+	0		
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	620.217.988,93	630.780.708	641.035.308	632.957.971,28	8.077.337-	1,3-	0		
03	+ Sonstige Transfereinzahlungen	19.498.781,78	13.429.954	13.429.954	19.087.625,75	5.657.672+	42,1+	0		
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	73.163.170,17	62.389.410	62.389.410	66.947.131,03	4.557.721+	7,3+	0		
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	18.812.190,03	19.145.035	19.145.035	23.968.440,75	4.823.406+	25,2+	0		
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	165.350.281,29	204.791.717	204.791.717	198.003.505,39	6.788.211-	3,3-	0		
07	+ Sonstige Einzahlungen	39.733.017,04	53.835.667	53.835.667	47.664.398,72	6.171.268-	11,5-	0		
08	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	6.476.513,53	13.841.775	13.841.775	7.808.931,03	6.032.844-	43,6-	0		
09	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.543.661.492,14	1.598.537.880	1.611.992.480	1.624.554.212,09	12.561.732+	0,8+	0		
10	- Personalauszahlungen	289.625.759,68	299.351.738	302.944.808	305.699.886,38	2.755.079+	0,9+	0		
11	- Versorgungsauszahlungen	59.764.267,69	60.236.146	60.236.146	61.886.803,96	1.650.658+	2,7+	0		
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	245.837.375,35	286.457.211	289.203.026	278.123.594,78	11.079.431-	3,8-	3.439.679		
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	26.459.471,31	44.265.200	44.265.200	19.848.312,59	24.416.887-	55,2-	659.904		
14	- Transferauszahlungen	596.729.350,34	639.824.961	658.948.863	638.194.083,78	20.754.779-	3,2-	8.904.369		
15	- Sonstige Auszahlungen	221.941.845,98	246.552.125	246.261.590	241.420.570,03	4.841.020-	2,0-	187.346		
16	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.440.358.070,35	1.576.687.381	1.601.859.634	1.545.173.251,52	56.686.382-	3,5-	13.191.298		
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	103.303.421,79	21.850.499	10.132.847	79.380.960,57	69.248.114+	683,4+	13.191.298-		
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	36.456.884,05	69.229.856	79.938.056	36.310.869,61	43.627.186-	54,6-	0		
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	8.409.326,99	4.250.000	4.250.000	6.616.080,27	2.366.080+	55,7+	0		
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	2.205.680,00	6.437.000	2.150.000	2.195.000,00	45.000+	2,1+	0		
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	2.620.370,80	1.829.000	2.872.100	3.606.143,33	734.043+	25,6+	0		
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	4.638,21-	4.638-	-	0		
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	49.692.261,84	81.745.856	89.210.156	48.723.455,00	40.486.701-	45,4-	0		
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	5.121.337,08	3.198.606	3.908.163	309.574,83	3.598.589-	92,1-	167.400		
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	25.813.227,78	72.625.633	104.321.654	27.542.279,89	76.779.374-	73,6-	34.771.758		
26	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	11.897.284,42	16.427.879	26.083.133	11.824.463,96	14.258.669-	54,7-	9.206.922		
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	3.225.000	206.665.100	80.192.125,00	126.472.975-	61,2-	0		
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	608.740,00	2.233.374	2.233.374	1.386.276,96	847.097-	37,9-	6.714		
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	33.000	33.000	952.776,70	919.777+	2.787,2+	0		

Jahresergebnis 2016 Gesamtfinanzrechnung									
Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2015 (€)	Haushaltsansatz 2016 (€)		Ergebnis 2016 (€)	Vergleich fort. Ansatz/Ergebnis		Übertr. Ermächt. nach 2017	
			Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual		
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	43.440.589,28	97.743.492	343.244.424	122.207.497,34	221.036.927 -	64,4 -	44.152.794	
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 23 und 30)	6.251.672,56	15.997.636-	254.034.268-	73.484.042,34-	180.550.226+	71,1 -	44.152.794-	
32	= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Zeilen 17 und 31)	109.555.094,35	5.852.863	243.901.421-	5.896.918,23	249.798.340+	102,4 -	57.344.092-	
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	11.117.595,96	224.498.000	224.498.000	104.686.657,81	119.811.342 -	53,4 -	0	
34	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	1.470.300.000,00	0	0	1.448.800.000,00	1.448.800.000+	-	0	
35	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	24.353.906,14	229.835.600	230.835.600	39.886.568,83	190.949.031 -	82,7 -	0	
36	- Auszahlungen zur Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	1.571.200.000,00	0	0	1.515.900.000,00	1.515.900.000+	-	0	
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	114.136.310,18-	5.337.600-	6.337.600-	2.299.911,02-	4.037.689+	63,7 -	0	
38	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 37)	4.581.215,83-	515.263	250.239.021-	3.597.007,21	253.836.029+	101,4 -	57.344.092-	
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	17.812.060,25	11.614.063	11.614.063	30.537.387,65	18.923.325+	162,9+	0	
40	+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	25.705.902,35	0	0	12.943.015,51-	12.943.016 -	-	0	
41	= Liquide Mittel (= Zeilen 38, 39 und 40)	38.936.746,77	12.129.326	238.624.958-	21.191.379,35	259.816.338+	108,9 -	57.344.092-	

Anlage 5 Investitionsmaßnahmen 2016 mit Auszahlungen (Ergebnis) von über 500.000 EUR

Maßnahmen-nummer	Bezeichnung	fortgeschr. Ansatz in Mio. EUR	Ergebnis in Mio. EUR	Abweichung in Mio. EUR
021500.2002	Vermögensbeschaffung Berufsfeuerwehr	1,532	0,786	-0,746
021500.2004	Großfahrzeuge für die Berufsfeuerwehr	1,160	0,792	-0,368
030100.2004	Ausstattungsprogramm „Die telematische Schule“	2,229	1,372	-0,857
030100.2005	Systematische Ausstattung Fachräume	1,245	0,643	-0,602
040600.1001	Einrichtung der neuen Zentralbibliothek	2,675	0,555	-2,120
040601.2001	Vermögensbesch. Stadtbibliothek, Zentr. Aufgaben	1,144	0,548	-0,596
050303.2001	Vermögensbesch. Übergangsh. Asylbewerber	1,652	1,305	-0,347
090209.4860	Neugestaltung Bahnhofsvorplatz	3,862	1,913	-1,949
090209.4861	Umbau Mercatorstr.	1,438	0,593	-0,845
100702.9001	Städt. Darlehen zur Wohnungsbauförderung	3,594	1,714	-1,880
120106.4427	Umbau Kometenplatz	0,513	0,587	0,074
120106.4704	Anschlussstelle DU-Zentrum A 59/Südtangente	2,014	1,107	-0,907
120106.4706	Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung	12,505	2,609	-9,896
120106.5042	Baumaßnahmen Gemeindestraßen Bezirk B	0,907	0,630	-0,277
120106.5045	Baumaßnahmen Gemeindestraßen Bezirk E	0,669	0,529	-0,140
120106.5142	Baumaßnahmen klassifizierte Straßen, Bezirk B	0,570	0,589	0,019
120106.5147	Baumaßnahmen klassifizierte Straßen, Bezirk G	1,017	0,625	-0,392
120401.4859	Erneuerung Stadtbahn, Zugsicherungstechnik	3,660	1,982	-1,678
120401.5400	Erhaltungsmaßnahmen Stadtbahnbauwerke	3,830	1,646	-2,184
130103.1009	Rheinorange/Ausbau Endabschnitt	0,693	0,732	0,039
130203.2001	Ausgl.- u. Ersatzmaßnahmen Baumschutzsatzung	1,229	0,519	-0,710
130404.1002	Deichrückverlegung Mündelheim	9,723	5,264	-4,459
130404.1003	Dammbalkenverschluss am Mariensperktor	3,503	0,975	-2,528
150601.1018	Modernisierung Sportanlage Ahrstr.	1,170	0,570	-0,600
150601.1019	Mod. Sportanlage Holtener Str./Kerskensweg	1,325	0,670	-0,655

Erläuterungen zu den Investitionen

040600.1001

Einrichtung der neuen Zentralbibliothek

Über diese Maßnahme wird die Beschaffung, wie z. B. Ausstattung mit Einrichtungsgegenständen, für die Zentralbibliothek im Stadtfenster abgewickelt.

Die in 2015 nicht in Anspruch genommenen Mittel in Höhe von 2,675 Mio. EUR wurden für offene Bestellungen in das Haushaltsjahr 2016 übertragen. Bei diesen Bestellungen handelt es sich überwiegend um Beschaffungen, die durch Planungsänderungen und Flächenreduzierungen mehrfach angepasst werden mussten.

Die Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen beliefen sich im Haushaltsjahr 2016 auf 0,555 Mio. EUR. Von den nicht in Anspruch genommenen Mittel in Höhe von 2,120 Mio. EUR wurden 0,333 Mio. EUR in das Haushaltsjahr 2017 übertragen.

090209.4860

Neugestaltung Bahnhofsvorplatz

Die Bauaufträge wurden in 2016 erteilt; der Baubeginn erfolgte ebenfalls in 2016. Aufgrund von Änderungen in der Ablaufplanung konnte jedoch nicht alles wie geplant in 2016 realisiert werden. Die nicht in Anspruch genommenen Mittel wurden als Planfortschreibung nach 2017 übertragen. Die Fertigstellung ist abhängig von den Bauarbeiten Mercatorstr./Friedrich-Wilhelm-Str. und soll Ende 2017 bzw. Anfang 2018 erfolgen.

100702.9001

Städt. Darlehen zur Wohnungsbauförderung

Bei den investiven Auszahlungen handelt es sich um Tilgungsleistungen aus den in 1995 an die Stadtparkasse und die WestLB verkauften städtischen Wohnungsbaudarlehen. Sie setzen sich aus Tilgungsleistungen sowie möglichen Sondertilgungen bzw. Darlehens-ablösungen zusammen.

Der Ansatz von 3,594 Mio. EUR zur o. a. Maßnahme wurde mit Sondertilgungen der Darlehensnehmer kalkuliert. Da im Haushaltsjahr 2016 nur minimale Sondertilgungen geleistet wurden, ergeben sich Mindereinzahlungen in Höhe von 1,880 Mio. EUR zum Ansatz.

120106.4706

Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung

Der 1. Bauabschnitt ist baulich fertiggestellt. Die offizielle Eröffnung war am 18.12.2015. Die Abrechnungsarbeiten erfolgen voraussichtlich bis Anfang 2018. Da der Zuwendungsantrag (Kostenanteil des ÖPNV) für den 2. Bauabschnitt erst in 2017 genehmigt wurde, konnte auch erst im Anschluss daran mit den Planungsarbeiten begonnen werden. Die Ausschreibung soll in 2018 und der Baubeginn in 2019 erfolgen.

120401.4859

Erneuerung Stadtbahn, Zugsicherungstechnik

Die Minderauszahlungen sind entstanden, weil das externe Expertenteam für die ersten Umsetzungsarbeiten (Migration des vorhandenen Systems -Linienzugbeeinflussung-) erst verspätet zur Verfügung stand. Im Rahmen der Umstellung muss ein vorübergehender Betrieb mit beiden Systemen ermöglicht werden. Der nicht ausgeschöpfte Ansatz wurde als Planfortschreibung in das Jahr 2017 übertragen.

130103.1009

Rheinorange/Ausbau Endabschnitt

Durch unvorhergesehene Mehraufwendungen im Rahmen der Baufeldräumung und durch Mengenmehrungen in geringem Umfang entstanden zum Abschluss der Maßnahme im Sommer 2016 entsprechende Mehrkosten.

130404.1002

Deichrückverlegung Mündelheim

Die Abwicklung der Baumaßnahme hat sich verschoben, weil die letzten Grundstückskäufe noch nicht realisiert werden konnten und Einsätze des Kampfmittelräumdienstes erforderlich waren bzw. sind. In 2016 sind zwei von vier Bauabschnitten überwiegend fertiggestellt worden. Darüber hinaus führten konsumtive Umbuchungen, insbesondere der Projektsteuerungskosten, zu einem niedrigeren Ergebnis.

130404.1003

Dambalkenverschluss am Mariensperrtor

Entgegen der ersten Planung zum Dambalkenverschluss am Mariensperrtor konnte die Maßnahme mit geringeren Mitteln (Material, Anlieferung, Lagerung, Flächen) umgesetzt werden. Im Rahmen der Planfortschreibung wurden die ursprünglich gebundenen Mittel des Haushaltsjahres 2015 in das Haushaltsjahr 2016 übertragen und lediglich in Höhe des erforderlichen Bedarfes verausgabt. Die Maßnahme wird im Haushaltsjahr 2017 vollständig beendet werden.

Anlage 6 Ergebnisse je Organisationseinheit

1080 - Produktbereich 01, 03					
Referate des Oberbürgermeisters (Ref. OB)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	1.731.142,44	335.394	1.743.122,10	1.640.322	11.980
- Aufwendungen	11.016.980,64	9.842.744	11.561.507,45	11.898.803	544.527
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-9.285.838,20	-9.507.350	-9.818.385,35	-10.258.481	-532.547
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	743.171,78	723.443	733.973,32	718.101	-9.198
= Ergebnis	-10.029.009,98	-10.230.793	-10.552.358,67	-10.976.581	-523.349

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,523 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge beziehen sich hauptsächlich auf die Abwicklung der Fördermittel des Landes für Projekte wie z. B. „Unser Haus Europa“, das die Integration von Menschen aus Südost-Europa in den Arbeitsmarkt unterstützen soll.

Bei den Aufwendungen entfallen 5,226 Mio. EUR auf den Personalbereich.

Die gegenüber dem Vorjahr um 0,545 Mio. EUR höheren Aufwendungen resultieren mit einem Betrag von 0,215 Mio. EUR aus gestiegenen Personalkosten, bedingt durch die Tarifierhöhung und die Wiederbesetzung zeitweise nicht besetzter Planstellen. Weiterhin ergeben sich u. a. Aufwandssteigerungen von 0,251 Mio. EUR durch höhere Aufwandsentschädigungen für Rats-, Ausschuss- und Bezirksvertretungsmitglieder aufgrund der Anpassung der Entschädigungsverordnung NRW.

Dem gegenüber steht ein im Vergleich zum Vorjahr geringerer Aufwand an Transferleistungen z. B. für die Projekte „Arbeit statt Armut und Ausgrenzung“ und „KOMM-AN NRW“ von 0,319 Mio. EUR. Diese Leistungen betragen im Berichtsjahr 1,006 Mio. EUR.

1200 - Produktbereich 02, 15					
Stabsstelle Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik (I-03)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	1.038.228,21	1.185.268	1.106.013,45	2.422.640	67.785
- Aufwendungen	3.170.598,12	3.285.329	3.547.808,81	5.035.397	377.211
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-2.132.369,91	-2.100.061	-2.441.795,36	-2.612.757	-309.425
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	15.183,63	16.564	15.183,63	16.564	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	101.617,51	90.071	129.069,94	369.220	27.452
= Ergebnis	-2.218.803,79	-2.173.568	-2.555.681,67	-2.965.413	-336.878

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,337 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um 0,068 Mio. EUR gestiegen. Sie beziehen sich im Wesentlichen auf Zuweisungen des Landes und anderer öffentlicher Zuwendungsgeber in Höhe von insgesamt 1,055 Mio. EUR.

Die gestiegenen Aufwendungen in Höhe von 0,377 Mio. EUR sind überwiegend durch die Bildung von Rückstellungen in Höhe von insgesamt 0,326 Mio. EUR entstanden, die notwendig sind, um noch ausstehende Fördermittel an die entsprechenden Projektpartner der Projekte „Kompetenzzentrum Frau & Beruf Niederrhein“, „Integration und Beratung (EHAP)“ und „BIWAQ Duisburg - Menschen und Quartiere stärken“ weiterzuleiten.

1400 - Produktbereich 01					
Rechnungsprüfungsamt (Amt 14)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	18.468,66	12.722	20.778,84	12.642	2.310
- Aufwendungen	2.530.900,85	2.315.170	2.484.596,24	2.483.598	-46.305
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-2.512.432,19	-2.302.448	-2.463.817,40	-2.470.956	48.615
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	68.811,87	91.076	78.591,00	89.364	9.779
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	527.960,31	609.318	563.382,64	603.363	35.422
= Ergebnis	-2.971.580,63	-2.820.690	-2.948.609,04	-2.984.955	22.972

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,023 Mio. EUR vermindert.

Durch eine erhöhte Anzahl an Vergabeprüfungen bei der WBD-AöR (u. a. für die kommunale Investitionsoffensive 2015 - KIDU) haben sich höhere Kostenerstattungen ergeben. Gleichzeitig sind die Personalaufwendungen in 2016 niedriger ausgefallen, da zeitweise Planstellen im RPA (Weggang von Mitarbeitern bzw. Erreichen der Altersgrenze) nicht besetzt waren.

Dagegen haben sich die verrechneten Leistungen saldiert mit einem Betrag von 0,026 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr negativ auf das Jahresergebnis 2016 ausgewirkt.

1600 - Produktbereich 01					
Personalamt (Amt 11)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	4.076.114,33	2.546.558	3.132.908,90	2.640.194	-943.205
- Aufwendungen	73.840.468,32	78.207.676	76.795.935,34	82.555.755	2.955.467
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-69.764.353,99	-75.661.118	-73.663.026,44	-79.915.561	-3.898.672
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	52.027.637,55	59.849.521	54.989.427,67	60.520.535	2.961.790
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	3.886.217,24	3.585.926	3.979.560,98	4.495.787	93.344
= Ergebnis	-21.622.933,68	-19.397.523	-22.653.159,75	-23.890.813	-1.030.226

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,030 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind um 0,943 Mio. EUR gesunken, was hauptsächlich auf die Zuordnung von Call Duisburg zum Hauptamt und damit die Verlagerung der erzielten Erträge der Telefondienste auf den Geschäftsbereich 2300 zurückzuführen ist. Die Erträge beinhalten insbesondere Teilnehmerentgelte für Fortbildungsveranstaltungen sowie die Erstattungen der Mitarbeiter für das Firmen-Ticket.

Die Aufwendungen sind um 2,955 Mio. EUR gestiegen, was vornehmlich durch höhere Personalaufwendungen zu erklären ist. Zwar sind die Personalaufwendungen für Call Duisburg ab dem Jahr 2016 dem Hauptamt zugeordnet, dennoch führten hauptsächlich nachfolgende Gründe zu einer Steigerung. Mit der DS 15-1002/4 wurde vom Rat der Stadt am 23.11.2015 beschlossen, dass die überplanmäßigen Stellen zum 01.01.2016 in Planstellen umgewandelt werden, deren Aufwendungen in die Teilergebnisrechnung des Personalamtes einfließen. Zuvor waren diese Personalkosten auf die unterschiedlichen Geschäftsbereiche verteilt. Des Weiteren sind im Jahr 2016 mehr Beamte in der Freiphase der Altersteilzeit gewesen als im Vorjahr. In dieser werden die Bezüge, die zuvor auf die Geschäftsbereiche verteilt waren, ebenfalls über die Teilergebnisrechnung des Personalamtes abgebildet.

Da die Erträge aus den Verrechnungen mit den anderen Geschäftsbereichen (u. a. Personalnebenkosten und Versorgungsaufwendungen) gestiegen sind, fällt die Verschlechterung des Ergebnisses gegenüber dem Vorjahr insgesamt geringer aus.

1690 - Produktbereich 01					
Hauptamt: Zuschuss an DU-IT Gesellschaft für Informationstechnologie DU (Amt 10)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen	10.302.002,51	9.295.922	9.723.003,96	9.746.922	-578.999
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-10.302.002,51	-9.295.922	-9.723.003,96	-9.746.922	578.999
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
= Ergebnis	-10.302.002,51	-9.295.922	-9.723.003,96	-9.746.922	578.999

alle Angaben in EUR

Die DU-IT (Gesellschaft für Informationstechnologie Duisburg mbH) wurde zum 01.01.2009 gegründet. Seitdem zahlt die Kernverwaltung ihr eine jährliche Fixvergütung über den Geschäftsbereich 1690.

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,579 Mio. EUR vermindert. Dies liegt in dem Projekt Novell-Umstellung (AD/NC) begründet. Diese Maßnahme verursachte in der Umstellungsphase (2015 bis Februar 2016) erhöhte Kosten.

Der Produktkatalog inkl. Produktscheinen und Service-Level-Agreement als Grundlage zur Ablösung der Fixvergütung und Umstellung auf eine produktscharfe Abrechnung bzw. Zahlung durch die jeweiligen Fachbereiche befindet sich weiterhin in Abstimmung zwischen DU-IT und Kernverwaltung.

1900 - Produktbereich 01					
Stabsstelle Studieninstitut (OB-02)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	229.214,20	163.177	245.130,41	240.068	15.916
- Aufwendungen	498.230,70	476.601	578.306,15	774.547	80.075
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-269.016,50	-313.424	-333.175,74	-534.479	-64.159
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	23.862,37	24.054	22.543,22	47.277	-1.319
= Ergebnis	-292.878,87	-337.478	-355.718,96	-581.756	-62.840

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,063 Mio. EUR erhöht.

Zwar konnten durch eine höhere Auslastung der Lehrgänge des Studieninstitutes durch externe Seminarteilnehmer die Erträge gegenüber dem Vorjahr um 0,016 Mio. EUR erhöht werden, gleichzeitig sind jedoch die ordentlichen Aufwendungen um 0,080 Mio. EUR gestiegen. Mehraufwendungen fielen neben den Personalaufwendungen hauptsächlich im Rahmen von Aus- und Fortbildungshonoraren für Eigenbedarfe sowie für den Umzug des Studieninstitutes zur Beekstraße an.

2000 - Produktbereich 01					
Stadtkämmerei (Amt 20)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	164.673,45	3.684.170	166.181,85	4.665.352	1.508
- Aufwendungen	2.836.988,54	3.512.590	3.568.119,36	3.645.805	731.131
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-2.672.315,09	171.580	-3.401.937,51	1.019.547	-729.622
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	161.097,76	154.552	164.784,24	161.857	3.686
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	724.733,43	947.456	885.671,14	902.644	160.938
= Ergebnis	-3.235.950,76	-621.324	-4.122.824,41	278.760	-886.874

alle Angaben in EUR

Die Stabsstelle Beteiligungen wurde zum 01.03.2015 als neue Abteilung 20-3 zur Stadtkämmerei verlagert. Seit dem Haushaltsjahr 2016 werden die Erträge und Aufwendungen der Stabsstelle über die Geschäftsbereiche 2000 und 2060 (Stadtkämmerei: Beteiligungen) abgewickelt.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Zuschuss um 0,887 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge haben sich nur unwesentlich erhöht. Sie enthalten hauptsächlich die Erstattungen der Kosten aus der Wahrnehmung der Aufgabe „Die Stadt als Steuerschuldner“ von den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen, Gesellschaften und den städtischen Ämtern.

Die Aufwendungen einschließlich der verrechneten Leistungen haben sich um insgesamt 0,892 Mio. EUR erhöht. Die Steigerung bezieht sich hauptsächlich auf die Personalaufwendungen, die sich im Wesentlichen durch die Eingliederung der Stabsstelle um 0,679 Mio. EUR auf 3,759 Mio. EUR erhöht haben.

2060 - Produktbereich 11,12,15					
Stadtkämmerei: Beteiligungen (Amt 20)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	0,00	33.760.440	32.376.653,87	34.665.340	32.376.654
- Aufwendungen	0,00	25.233.100	20.964.201,54	25.526.900	20.964.202
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	0,00	8.527.340	11.412.452,33	9.138.440	11.412.452
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	0,00	0	4.982,52	4.983	4.983
= Ergebnis	0,00	8.527.340	11.407.469,81	9.133.457	11.407.470

alle Angaben in EUR

Die Stabsstelle Beteiligungen wurde zum 01.03.2015 als neue Abteilung 20-3 zur Stadtkämmerei verlagert. Seit dem Haushaltsjahr 2016 werden die Erträge und Aufwendungen in den Geschäftsbereichen 2000 (Stadtkämmerei) und 2060 (Stadtkämmerei: Beteiligungen) abgebildet.

Über den Geschäftsbereich 2060 werden die Finanzströme zwischen der Stadt und den Beteiligungen abgewickelt.

Die Erträge beinhalten hauptsächlich Konzessionsabgaben (25,796 Mio. EUR) und Gewinnanteile (3,055 Mio. EUR).

Die Aufwendungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Abwicklung von Zuschüssen an die Gesellschaften der Stadt Duisburg.

2070 - Produktbereich 01					
Stadtkämmerei: Konzerninterne Abwicklung HSP (Amt 20)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen	0,00	-3.155.543	-3.155.544,00	-3.221.267	-3.155.544
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	0,00	3.155.543	3.155.544,00	3.221.267	3.155.544
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	0,00	3.155.543	3.155.543,04	3.221.267	3.155.543
= Ergebnis	0,00	0	0,96	0	1

alle Angaben in EUR

Ab dem Haushaltsjahr 2016 werden die Einsparungen aus den HSP-Maßnahmen, die vom IMD umzusetzen sind und sich bei den Miet- und Betriebskostenzahlungen auswirken, zentral in diesem Geschäftsbereich als negativer Aufwand dargestellt. Über interne Leistungsverrechnungen wird die Haushaltsentlastung an die Fachbereichsprodukte weitergegeben.

2080 - Produktbereich 17					
Stadtkämmerei: Stiftungen (Amt 20)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	23.340,00	35.000	36.087,89	35.000	12.748
- Aufwendungen	23.340,00	35.000	36.087,89	35.000	12.748
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	0,00	0	0,00	0	0
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
= Ergebnis	0,00	0	0,00	0	0

alle Angaben in EUR

Die Erträge aus dem Stiftungsvermögen wurden für die in den Stiftungssatzungen genannten gemeinnützigen Zwecke verwendet. Ein danach verbliebener geringfügiger Betrag ist dem Stiftungsvermögen zugeführt worden. Daneben wurden über diesen Geschäftsbereich die Ein- und Auszahlungen auf den Girokonten der Erbschaft zugunsten der Waisenhausstiftung buchungstechnisch abgewickelt.

2090 - Produktbereich 16					
Stadtkämmerei: Allgemeine Finanzwirtschaft (Amt 20)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	760.456.871,95	766.722.090	768.292.611,69	792.687.000	7.835.740
- Aufwendungen	197.852.348,39	215.681.092	208.119.821,63	220.100.682	10.267.473
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	562.604.523,56	551.040.998	560.172.790,06	572.586.318	-2.431.734
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
= Ergebnis	562.604.523,56	551.040.998	560.172.790,06	572.586.318	-2.431.734

alle Angaben in EUR

Der Überschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,432 Mio. EUR verringert.

Die Erträge sind um 7,836 Mio. EUR gestiegen. Dazu haben die Schlüsselzuweisungen beigetragen, die sich um 3,184 Mio. EUR auf 481,945 Mio. EUR erhöht haben. Auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist im Vorjahresvergleich nennenswert gestiegen, und zwar um 3,446 Mio. EUR auf 172,887 Mio. EUR. Die Konsolidierungshilfe ist mit 52,996 Mio. EUR gegenüber 2015 unverändert.

Die Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 10,267 Mio. EUR gestiegen. Zu den Aufwendungen gehören hauptsächlich die Umlagen an den Landschaftsverband Rheinland - LVR - (148,627 Mio. EUR) und den Regionalverband Ruhr - RVR - (5,767 Mio. EUR), die Gewerbesteuerumlagen (33,188 Mio. EUR), die Zinsen für Investitionskredite (12,906 Mio. EUR) sowie die Krankenhausumlage (5,678 Mio. EUR).

Durch eine höhere Bemessungsgrundlage und einer Erhöhung des Umlagesatzes für den LVR sind die Umlagezahlungen an LVR und RVR um insgesamt 8,325 Mio. EUR gestiegen. Weitere nennenswerte Veränderungen ergaben sich bei den vom Gewerbesteueraufkommen abhängigen Gewerbesteuerumlagen. Hier ist eine Steigerung von insgesamt 1,953 Mio. EUR zu verzeichnen. Dagegen haben sich u. a. die Zinsaufwendungen für Investitionskredite um 1,343 Mio. EUR verringert.

2100 - Produktbereich 01					
Amt für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	3.530.071,14	2.729.315	5.821.379,84	3.004.898	2.291.309
- Aufwendungen	12.151.641,10	12.839.513	12.608.190,01	12.772.202	456.549
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-8.621.569,96	-10.110.198	-6.786.810,17	-9.767.304	1.834.760
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	218.991,63	238.900	236.700,00	236.700	17.708
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	1.523.620,84	1.893.161	1.509.276,31	1.634.200	-14.345
= Ergebnis	-9.926.199,17	-11.764.459	-8.059.386,48	-11.164.804	1.866.813

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,867 Mio. EUR vermindert.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 2,291 Mio. EUR gestiegen. Grund hierfür sind im Wesentlichen höhere Erträge aus Nebenforderungen der Stadtkasse (1,217 Mio. EUR) und aus privatrechtlichen Kostenerstattungen (0,085 Mio. EUR) der ersuchenden Stellen, wie z. B. WBD-AöR, Kreishandwerkerschaft und IHK, für die durch die Vollstreckungsstelle des Amtes 21 im Rahmen der Amtshilfe durchgeführten Beitreibungen. Weiterhin sind die Zinserträge (Stundungs-, Hinterziehungs- und Aussetzungszinsen) um 0,439 Mio. EUR gestiegen.

Die Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,457 Mio. EUR gestiegen. Die Steigerung ist hauptsächlich auf eine höhere Pflichtzuführung zu den Pensionsrückstellungen für Beamte in Höhe von 0,618 Mio. EUR bei gleichzeitigen Minderaufwendungen in verschiedenen Aufwands-Sachkonten zurückzuführen.

2190 - Produktbereich 16					
Amt für Rechnungswesen und Steuern: Allgemeine Finanzwirtschaft (Amt 21)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	375.949.100,72	378.687.081	366.035.386,65	387.301.700	-9.913.714
- Aufwendungen	23.724.162,21	31.324.000	19.602.364,68	28.880.000	-4.121.798
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	352.224.938,51	347.363.081	346.433.021,97	358.421.700	-5.791.917
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
= Ergebnis	352.224.938,51	347.363.081	346.433.021,97	358.421.700	-5.791.917

alle Angaben in EUR

Der Überschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5,792 Mio. EUR vermindert.

Zu den Erträgen in Höhe von 366,035 Mio. EUR gehören hauptsächlich die Gewerbesteuer (206,920 Mio. EUR), die Grundsteuer B (130,078 Mio. EUR) und die Vergnügungssteuer (9,650 Mio. EUR).

Die niedrigeren Erträge von 9,914 Mio. EUR sind hauptsächlich auf Mindererträge bei der Gewerbesteuer von 9,694 Mio. EUR zurückzuführen, obwohl der Gewerbesteuerhebesatz zum 01.01.2016 von 510 v. H. auf 520 v. H. erhöht worden ist. Grund hierfür ist die Passivierung von Steuerrückstellungen aus vier strittigen Fällen der Gewerbesteuer, die sich ertragsmäßig mindernd ausgewirkt hat.

Die Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 4,122 Mio. EUR gesunken. Bei den Aufwendungen von insgesamt 19,602 Mio. EUR handelt es sich u. a. um Aufwendungen für die Gewerbesteuer-Erstattungszinsen in Höhe von 4,813 Mio. EUR und Zinszahlungen für die aufgenommenen Kassenkredite von 6,360 Mio. EUR. Die Zinszahlungen für Kassenkredite sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,815 Mio. EUR gesunken. Dies ist zum einen auf das weiterhin sinkende Zinsniveau auf dem Geldmarkt und zum anderen auf die geringere Inanspruchnahme von Krediten zurückzuführen.

2300 - Produktbereich 01					
Hauptamt (Amt 10)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	725.254,19	1.840.245	2.477.724,45	2.012.766	1.752.470
- Aufwendungen	10.330.461,09	14.645.801	14.901.678,64	15.188.741	4.571.218
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-9.605.206,90	-12.805.556	-12.423.954,19	-13.175.975	-2.818.747
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	30.613,77	179.842	162.782,02	201.945	132.168
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	1.015.292,78	1.677.110	1.372.529,15	1.526.073	357.236
= Ergebnis	-10.589.885,91	-14.302.824	-13.633.701,32	-14.500.103	-3.043.815

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,044 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 1,752 Mio. EUR gestiegen. Die Erhöhung bezieht sich im Wesentlichen auf Erlöse aus den Dienstleistungen von Call Duisburg, die im Vorjahr im Geschäftsbereich 1600 (Personalamt) verbucht wurden.

Die Aufwendungen sind um 4,571 Mio. EUR gestiegen. Zum einen gab es einen Anstieg der Personalaufwendungen um 3,789 Mio. EUR hauptsächlich aufgrund der Zuordnung des Personals von Call Duisburg zum Hauptamt. Zum anderen musste der Betriebskostenzuschuss an die Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG) um 0,336 Mio. EUR erhöht werden, da deren Jahresabschluss schlechter als im Vorjahr ausgefallen ist.

2700 - Produktbereich 01					
Projekt Investitionsoffensive 2015 (I-04)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen	127.865,96	184.112	238.914,58	171.044	111.049
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-127.865,96	-184.112	-238.914,58	-171.044	-111.049
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	0,00	0	32.615,28	47.502	32.615
= Ergebnis	-127.865,96	-184.112	-271.529,86	-218.546	-143.664

alle Angaben in EUR

Im Oktober 2015 trat das Gesetz zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen (KInvFöG NRW) in Kraft. Mit dem Bescheid über die Bereitstellung von Fördermitteln der Bezirksregierung Düsseldorf vom 08.10.2015 wurden der Stadt Duisburg Investitionsmittel i. H. v. 73.031.503,74 EUR für den Zeitraum 2015 bis 2020 bereitgestellt.

Um das KInvFöG NRW innerhalb der Stadt Duisburg umzusetzen wurde bereits im April 2015 eine Projektgruppe mit der Bezeichnung „Zentrales Maßnahmencontrolling Investitionsoffensive 2015 ff., Stabsstelle I-04 (ZMI)“ gegründet.

Der Zuschuss beträgt zum Abschlussstichtag 0,272 Mio. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr ist er um 0,144 Mio. EUR gestiegen.

Ein detaillierter Vergleich der Jahresergebnisse ist nicht möglich, weil im Startjahr 2015 erst ab etwa Mitte des Jahres Aufwendungen angefallen sind. Erträge werden in diesem Bereich nicht erzielt.

Die Aufwendungen von 0,239 Mio. EUR entfallen ausschließlich auf Personalaufwendungen (0,237 Mio. EUR) und sonstige ordentliche Aufwendungen wie z. B. EDV-Leasing und DV-Zubehör (0,002 Mio. EUR).

2790 - Produktbereich 16					
Abwicklung Investitionsoffensive (I-04)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	0,00	10.254.600	103.786,00	16.683.100	103.786
- Aufwendungen	0,00	10.254.600	115.318,00	17.528.600	115.318
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	0,00	0	-11.532,00	-845.500	-11.532
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
= Ergebnis	0,00	0	-11.532,00	-845.500	-11.532

alle Angaben in EUR

Zur Weiterleitung der Fördermittel nach dem KInvFÖG NRW, die für Stellen außerhalb der Kernverwaltung bestimmt sind (z. B. IMD), wurde der o. g. Geschäftsbereich mit einem neuen Produkt eingerichtet.

Die von der Bezirksregierung Düsseldorf für diese Stellen überwiesenen Fördermittel werden hier als Ertrag gebucht und anschließend als Aufwand an die betroffenen Bereiche weitergeleitet.

Während die Erträge den 90%igen Landesanteil darstellen, beinhalten die Aufwendungen zusätzlich den 10%igen Eigenanteil.

3000 - Produktbereich 01					
Rechtsamt (Amt 30)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	2.717.715,78	2.161.453	2.832.584,04	2.161.337	114.868
- Aufwendungen	7.419.661,98	10.256.747	6.966.613,06	8.833.251	-453.049
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-4.701.946,20	-8.095.294	-4.134.029,02	-6.671.914	567.917
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	25.660,25	27.993	27.165,00	27.165	1.505
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	947.754,25	1.071.577	1.040.485,33	975.863	92.731
= Ergebnis	-5.624.040,20	-9.138.877	-5.147.349,35	-7.620.612	476.691

alle Angaben in EUR

Im Ergebnis verringerte sich der Zuschuss gegenüber 2015 um 0,477 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Erträgen eine Steigerung von 0,115 Mio. EUR zu verzeichnen. Die verbesserte Ertragssituation ist vor allem auf Mehrerträge von 0,181 Mio. EUR aus Rückstellungsaufösungen (u. a. Haftpflicht- und Kaskoumlage KSA) zurückzuführen. Demgegenüber verringerten sich die Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich gegenüber dem Vorjahr um 0,067 Mio. EUR. In 2015 wurde zu viel gezahlte Versicherungssteuer für die Jahre 2004 bis 2010 erstattet. Diese Erträge sind in 2016 nicht angefallen.

Die ordentlichen Erträge von 2,833 Mio. EUR beinhalten hauptsächlich sonstige ordentliche Erträge in Höhe von 1,274 Mio. EUR (u. a. 0,760 Mio. EUR Bußgelder und 0,374 Mio. EUR Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen der Haftpflicht- und Kaskoumlage KSA) sowie Erträge aus Kostenerstattungen von 1,557 Mio. EUR.

Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 0,453 Mio. EUR gesunken. Der Minderaufwand ist durch Veränderungen in verschiedenen Sachkonten entstanden.

Unter anderem sind die Aufwendungen für Schadensfälle um 0,498 Mio. EUR und die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 0,077 Mio. EUR gesunken. Demgegenüber stehen die höheren Beamtenbezüge und Vergütungen tariflich Beschäftigter von 0,117 Mio. EUR.

Den größten Anteil an den Aufwendungen von 6,967 Mio. EUR haben die Personalaufwendungen (3,676 Mio. EUR) und die sonstigen ordentlichen Aufwendungen mit 2,840 Mio. EUR (hauptsächlich 2,117 Mio. EUR Aufwendungen für Schadensfälle).

3100 - Produktbereich 12, 13, 14, 16					
Amt für Umwelt und Grün (Amt 31)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	17.446.102,88	17.682.608	17.257.755,64	19.610.262	-188.347
- Aufwendungen	40.824.080,93	41.531.488	41.647.602,08	46.026.651	823.521
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-23.377.978,05	-23.848.880	-24.389.846,44	-26.416.389	-1.011.868
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	829.714,95	915.420	864.346,98	879.161	34.632
= Ergebnis	-24.207.693,00	-24.764.300	-25.254.193,42	-27.295.550	-1.046.500

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,047 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind um 0,188 Mio. EUR zurückgegangen. Durch die Anpassung der Abrechnungsmodalitäten im Rahmen der Aufgabenübertragung des Immissions-schutzes mit dem Land NRW wurden im Jahr 2015 rückwirkend einmalig Mehrerträge von 0,715 Mio. EUR erzielt. Des Weiteren verringerten sich die Erträge aus der Auflösung von passiven Rechnungsabgrenzungsposten (Grabnutzungsgebühren), da die vorschüssigen Einzahlungen aus vergangenen Perioden um 0,128 Mio. EUR geringer ausfielen. Auch durch Grundstücksgeschäfte werden Erträge erzielt. Die erheblichen Schwankungen (- 0,908 Mio. EUR in 2016) ergeben sich aus den daraus resultierenden Buchgewinnen. Weiterhin ergaben sich Ertragssteigerungen bei den Investitionszuweisungen für Festwerte (0,686 Mio. EUR), die allerdings im direkten Zusammenhang mit den Aufwendungen für Festwerte in jedem Jahr stehen. Ebenso führten konsumtive Korrekturbuchungen hinsichtlich der investiven Baumaßnahme „Deichrückverlegung Mündelheim“ zu einer Verbesserung (0,776 Mio. EUR), da die Landeszuweisungen der Vorjahre ertragswirksam umbucht wurden.

Die Verschlechterung bei den Aufwendungen in Höhe von 0,824 Mio. EUR resultiert u. a. aus konsumtiven Umbuchungen (z. B. Projektsteuerungskosten) im Rahmen der Baumaßnahme „Deichrückverlegung Mündelheim“ (1,020 Mio. EUR). Des Weiteren führten eine Nachforderung der Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR (WBD-AöR) hinsichtlich des Öffentlichkeitsanteiles „Straßenreinigung“ (0,400 Mio. EUR) und die konsumtive Abwicklung des Anteiles der Stadt Düsseldorf an der „Deichrückverlegung Mündelheim“ (0,255 Mio. EUR) zu entsprechenden Mehraufwendungen. Die letztgenannten Aufwendungen wurden von der Stadt Düsseldorf erstattet. Darüber hinaus musste die Hochwasserschutzböschung am Rhein im Bereich Hochfeld (Rheinpark) zur Sicherstellung der Gefahrenabwehr saniert werden (0,541 Mio. EUR).

Minderaufwendungen im Vergleich zum Haushaltsjahr 2015 resultierten insbesondere aus den bereits abgewickelten Spitzabrechnungen der Vorjahre (0,861 Mio. EUR) zwischen der WBD-AöR und dem Amt 31 für die Pflege, Unterhaltung und den laufenden Betrieb der Friedhöfe und Grünanlagen. Ebenso entstanden durch die Umsetzung von Haushaltsbeschränkungen hinsichtlich der freiwilligen Aufgaben des technischen Umweltschutzes (0,200 Mio. EUR) entsprechende Minderaufwendungen.

3190 - Produktbereich 16					
Amt für Umwelt und Grün: Kapitaldienst für die WBD-AöR (Amt 31)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen	98.060,52	95.600	95.531,78	92.900	-2.529
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-98.060,52	-95.600	-95.531,78	-92.900	2.529
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
= Ergebnis	-98.060,52	-95.600	-95.531,78	-92.900	2.529

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,003 Mio. EUR vermindert.

Bei den Aufwendungen handelt es sich um Aufwand für den Kapitaldienst (Zinsen). Das ehemalige Institut für Wasserbau, Hochwasser-, Gewässerschutz und städtische Grundstückssanierung (31-3*) hatte in den Jahren 1996 bis 2005 Investitionen für Wasserbaumaßnahmen getätigt. Diese Investitionen waren von der WBD-AöR vorfinanziert worden. In langfristig ausgestalteten Verträgen ist die Leistungserbringung für die Rückzahlung bzw. den Kapitaldienst geregelt. Die Zinszahlungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig.

Mit Auflösung des Amtes für Wasser- und Kreislaufwirtschaft (Amt 33) zum 01.01.2011 sind nicht nur die Aufgaben, sondern auch die Abwicklung der Darlehensverträge teilweise auf das Amt für Umwelt und Grün (Amt 31) übertragen worden.

3200 - Produktbereich 02					
Bürger- und Ordnungsamt (Amt 32)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	24.775.532,67	26.729.472	27.020.892,20	26.733.334	2.245.360
- Aufwendungen	31.975.554,98	34.286.249	34.182.702,87	37.375.616	2.207.148
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-7.200.022,31	-7.556.777	-7.161.810,67	-10.642.282	38.212
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	7.471.763,94	7.786.263	7.390.815,61	7.852.414	-80.948
= Ergebnis	-14.671.786,25	-15.343.040	-14.552.626,28	-18.494.696	119.160

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,119 Mio. EUR vermindert.

Die Erträge haben sich im Jahresvergleich um 2,245 Mio. EUR erhöht. Ursächlich ist vor allem das Produkt „Außendienst und Verkehrsüberwachung“. Im Vergleich zum Vorjahr sind die sonstigen ordentlichen Erträge hier um 1,622 Mio. EUR gestiegen, insbesondere durch zunehmende Verwarnungen im ruhenden sowie vermehrte Bußgeldbescheide im ruhenden wie fließenden Verkehr.

Die Aufwendungen haben sich weitgehend gleichmäßig über die verschiedenen Produktbereiche um insgesamt 2,207 Mio. EUR erhöht. Signifikante Einzelposten sind beispielsweise um 0,822 Mio. EUR gestiegene Personalaufwendungen des Produkts „Ausländerwesen“ oder die Umsatzsteuernachzahlung für die sogenannte „Umweltplakette“ im Produkt „Straßenverkehrsamt“ in Höhe von 0,163 Mio. EUR.

3700 - Produktbereich 02					
Feuerwehr und Zivilschutzamt (Amt 37)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	27.523.824,73	24.868.310	27.413.242,93	26.016.834	-110.582
- Aufwendungen	58.608.334,24	63.429.663	65.417.125,10	67.314.699	6.808.791
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-31.084.509,51	-38.561.353	-38.003.882,17	-41.297.865	-6.919.373
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	20.720,04	20.720	20.720,04	20.720	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	19.504.046,11	21.061.152	21.698.350,46	22.168.884	2.194.304
= Ergebnis	-50.567.835,58	-59.601.785	-59.681.512,59	-63.446.029	-9.113.677

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 9,114 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge bewegen sich auf Vorjahresniveau. Weiterhin steigende Einsatzzahlen im Bereich der Notarzt- und Rettungsdiensteinsätze führen zu Mehrerträgen von 1,597 Mio. EUR, die jedoch durch Mindererträge in Höhe von 1,538 Mio. EUR bei den Krankentransporten annähernd kompensiert werden.

Die Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 6,809 Mio. EUR erhöht. Davon entfallen 4,270 Mio. EUR auf zusätzliche Personalaufwendungen. Ursächlich ist u. a. der Wegfall des beamtenrechtlichen Eingangsamtes „Brandinspektor“, was durch die nun erfolgte Eingruppierung als „Brandoberinspektor“ die sofortige Anpassung der Pensions- und Beihilferückstellungen erforderlich machte.

Weiterhin haben sich die Aufwendungen für bilanzielle Abschreibungen um 2,002 Mio. EUR erhöht. Hintergrund ist eine Wertkorrektur der festbewerteten Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens um 1,978 Mio. EUR.

4000 - Produktbereich 03					
Amt für Schulische Bildung (Amt 40)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	28.493.311,69	29.252.435	33.176.130,65	29.128.889	4.682.819
- Aufwendungen	139.024.782,23	145.085.053	153.167.189,19	144.823.925	14.142.407
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-110.531.470,54	-115.832.618	-119.991.058,54	-115.695.037	-9.459.588
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	1.090.577,40	-414.830	-567.921,02	-596.621	-1.658.498
= Ergebnis	-111.622.047,94	-115.417.788	-119.423.137,52	-115.098.415	-7.801.090

alle Angaben in EUR

Im Ergebnis hat sich der Zuschuss gegenüber dem Vorjahr um 7,801 Mio. EUR erhöht.

Die ordentlichen Erträge in Höhe von 33,176 Mio. EUR beinhalten im Wesentlichen Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen in Höhe von 27,008 Mio. EUR. Diese beziehen sich hauptsächlich auf den konsumtiven Anteil an der Schul- und Bildungspauschale in Höhe von 13,349 Mio. EUR (Gesamtpauschale 16,709 Mio. EUR). Die restlichen 3,360 Mio. EUR dieser Pauschale wurden investiv gebucht.

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Erträgen eine Erhöhung von 4,683 Mio. EUR zu verzeichnen. Die verbesserte Ertragssituation ist u. a. auf den Ertrag aus der Auflösung eines Sonderpostens aus Zuweisungen vom Land in Höhe von 3,105 Mio. EUR zurückzuführen. Zusätzlich sind Mehrerträge aus „Investitionszuweisungen für Festwerte“ in Höhe von 0,912 Mio. EUR angefallen.

Den größten Anteil an den Aufwendungen von insgesamt 153,167 Mio. EUR haben mit 101,267 Mio. EUR die Mieten und Betriebskosten für z. B. Schulgebäude.

Der Mehraufwand gegenüber dem Vorjahr von 14,142 Mio. EUR ist im Wesentlichen im Sachkonto „Abschreibungen auf andere Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung“ entstanden. Ursächlich ist eine notwendig gewordene Wertkorrektur bei festbewerteten Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens in Höhe von 13,233 Mio. EUR.

4200 - Produktbereich 04 Stadtbibliothek (Amt 42)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	2.029.785,74	684.986	2.464.492,99	819.495	434.707
- Aufwendungen	13.379.195,34	12.845.583	12.448.513,67	12.702.993	-930.682
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-11.349.409,60	-12.160.597	-9.984.020,68	-11.883.498	1.365.389
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	262.799,91	271.953	228.040,60	258.356	-34.759
= Ergebnis	-11.612.209,51	-12.432.550	-10.212.061,28	-12.141.854	1.400.148

alle Angaben in EUR

Im Ergebnis verringerte sich der Zuschuss gegenüber 2015 um 1,400 Mio. EUR.

Die ordentlichen Erträge von 2,464 Mio. EUR beinhalten hauptsächlich Erträge in Höhe von 0,907 Mio. EUR aus der anteiligen Investitionspauschale, 0,866 Mio. EUR aus der Bewertung des Medienbestandes im Rahmen der Inventur und 0,567 Mio. EUR aus privatrechtlichen Benutzungsentgelten (u. a. Bibliotheksentgelte).

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Erträgen eine Steigerung von 0,435 Mio. EUR zu verzeichnen. Die verbesserte Ertragssituation ist vor allem aus Mehrerträgen von 0,866 Mio. EUR durch Veränderungen aus der Inventur und von 0,069 Mio. EUR bei den Bibliotheksentgelten zurückzuführen. Demgegenüber verringerten sich die Erträge bei der anteiligen Investitionspauschale für Ersatzinvestitionen nach der Festwertmethode für Medien um 0,595 Mio. EUR.

Den größten Anteil an den Aufwendungen von 12,449 Mio. EUR haben die Personalaufwendungen (7,029 Mio. EUR), die sonstigen ordentlichen Aufwendungen (3,327 Mio. EUR) und die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (1,162 Mio. EUR).

Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 0,930 Mio. EUR gesunken. Der Minderaufwand ist durch Veränderungen in verschiedenen Sachkonten entstanden.

Die Personalaufwendungen sind aufgrund von unbesetzten Planstellen um 0,303 Mio. EUR gesunken. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind Minderaufwendungen in Höhe von 1,322 Mio. EUR (u. a. 1,142 Mio. EUR Ersatzbeschaffungen für Büromöbel, Medienbestand etc.) und bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen von summarisch 0,169 Mio. EUR (u. a. 0,137 Mio. EUR Wegfall Miete an das IMD für das alte Gebäude) entstanden.

Demgegenüber stehen Mehraufwendungen bei den bilanziellen Abschreibungen in Höhe von 0,848 Mio. EUR (u. a. Abschreibung der Betriebs- und Geschäftsausstattung von 0,801 Mio. EUR).

4300 - Produktbereich 04 Volkshochschule (Amt 43)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	5.860.490,13	5.506.492	7.192.696,00	6.170.590	1.332.206
- Aufwendungen	11.757.411,06	11.968.776	12.852.028,25	12.486.944	1.094.617
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-5.896.920,93	-6.462.284	-5.659.332,25	-6.316.354	237.589
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	451.706,77	446.267	393.184,76	392.892	-58.522
= Ergebnis	-6.348.627,70	-6.908.551	-6.052.517,01	-6.709.246	296.111

alle Angaben in EUR

Im Ergebnis verringerte sich der Zuschuss gegenüber 2015 um 0,296 Mio. EUR.

Die ordentlichen Erträge von 7,193 Mio. EUR beinhalten hauptsächlich Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen in Höhe von 3,835 Mio. EUR, Beiträge der Musik- und Kunstschule von 1,668 Mio. EUR und Teilnahmeentgelte der VHS von 0,877 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Erträgen eine Steigerung von 1,332 Mio. EUR zu verzeichnen. Die verbesserte Ertragssituation ist vor allem auf Mehrerträge bei den Zuweisungen und Zuschüssen (0,768 Mio. EUR) und der anteiligen Investitionspauschale für Ersatzinvestitionen nach der Festwertmethode (0,373 Mio. EUR) zurückzuführen.

Den größten Anteil an den Aufwendungen von 12,852 Mio. EUR haben mit 7,633 Mio. EUR die Personalaufwendungen und mit 4,398 Mio. EUR die sonstigen ordentlichen Aufwendungen (u. a. Honorare 1,980 Mio. EUR, Miete und Betriebskosten an das IMD 1,659 Mio. EUR).

Die Aufwendungen erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 1,095 Mio. EUR. Der Mehraufwand gegenüber dem Vorjahr ist durch Veränderungen in verschiedenen Sachkonten entstanden.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen erhöhten sich um 2,003 Mio. EUR (u. a. Honorare von 1,980 Mio. EUR). Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind Mehraufwendungen in Höhe von 0,341 Mio. EUR zu verzeichnen. Demgegenüber verringerten sich die Personalaufwendungen um insgesamt 1,257 Mio. EUR (Minderaufwand Kursleiterhonorar von 1,552 Mio. EUR). Grund dafür ist, dass die Aufwendungen für die Honorare ab dem Haushaltsjahr 2016 auf speziell dafür eingerichteten Sachkonten bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen für Auswertungen der Deutschen Rentenversicherung gebucht werden.

4400 - Produktbereich 04					
Kulturbetriebe Duisburg (Amt 41)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	2.379.531,96	1.660.728	2.980.678,86	2.202.626	601.147
- Aufwendungen	36.446.260,59	37.516.419	38.221.538,63	39.021.882	1.775.278
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-34.066.728,63	-35.855.691	-35.240.859,77	-36.819.256	-1.174.131
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	681.600,17	978.367	617.377,57	826.940	-64.223
= Ergebnis	-34.748.328,80	-36.834.058	-35.858.237,34	-37.646.196	-1.109.909

alle Angaben in EUR

Im Ergebnis hat sich der Zuschuss gegenüber 2015 um 1,110 Mio. EUR erhöht.

Die ordentlichen Erträge von 2,981 Mio. EUR beinhalten hauptsächlich Erträge in Höhe von 1,156 Mio. EUR aus Zuweisungen und Zuschüsse und 1,629 Mio. EUR aus privatrechtlichen Leistungsentgelten (u. a. Erlöse von 1,454 Mio. EUR aus dem Verkauf von z. B. Konzert- und Theaterabos sowie Ticket- und Katalogverkauf).

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,601 Mio. EUR gestiegen. Die verbesserte Ertragssituation ist vor allem auf erhöhte Zuweisungen und Zuschüsse von 0,134 Mio. EUR (hierbei handelt es sich u. a. um die Zuschüsse privater Unternehmen von 0,235 Mio. EUR, demgegenüber verringerten sich die Zuweisungen vom Land in Höhe von 0,157 Mio. EUR) und erhöhte sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte von 0,297 Mio. EUR (Eintrittsgelder) zurückzuführen.

Den größten Anteil an den Aufwendungen von 38,222 Mio. EUR haben mit 13,460 Mio. EUR die Personalaufwendungen und mit 11,683 Mio. EUR die Transferaufwendungen (u. a. Zuschuss Deutsche Oper am Rhein von 9,461 Mio. EUR).

Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 1,775 Mio. EUR gestiegen. Der Mehraufwand gegenüber dem Vorjahr ist durch Veränderungen in verschiedenen Sachkonten entstanden.

Bei den Personalaufwendungen sind Mehraufwendungen von 0,542 Mio. EUR und bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen von 1,925 Mio. EUR zu verzeichnen. Die letztgenannten Mehraufwendungen sind u. a. darauf zurückzuführen, dass die Aufwendungen für Honorare ab dem Haushaltsjahr 2016 nicht mehr bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, sondern auf speziell dafür eingerichtete Sachkonten bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen für Auswertungen der Deutschen Rentenversicherung gebucht werden müssen.

Demgegenüber verringerten sich die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 0,499 Mio. EUR und die Transferaufwendungen um 0,210 Mio. EUR (u. a. der Zuschuss für die Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum).

5000 - Produktbereich 05, 10					
Amt für Soziales und Wohnen (Amt 50)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	166.659.799,57	203.501.171	217.647.992,54	227.369.943	50.988.193
- Aufwendungen	383.663.854,33	430.177.607	448.873.367,05	450.904.191	65.209.513
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-217.004.054,76	-226.676.436	-231.225.374,51	-223.534.248	-14.221.320
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	9.869,62	11.096	9.127,41	10.011	- 742
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	7.014.714,53	7.708.512	6.862.362,86	6.910.835	-152.352
= Ergebnis	-224.008.899,67	-234.373.852	-238.078.609,96	-230.435.072	-14.069.710

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 14,070 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge von 217,648 Mio. EUR enthalten Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 184,329 Mio. EUR. Dazu gehören u. a. Landeszuweisungen für die Sozialhilfe und den Asylbereich.

Es ergab sich eine Verbesserung in Höhe von 50,998 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr. Die Mehrerträge resultieren u. a. aus Erstattungen für Fälle der Grundsicherung und nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) sowie Erstattungen im Rahmen der Abrechnung Landesasyl. Aufgrund der geänderten Abrechnungsmodalitäten mit dem Landschaftsverband im Rahmen der Umsetzung des Inklusionsstärkungsgesetzes (ISG) sowie Fallsteigerungen sind Mehrerträge zu verzeichnen. Den Mehrerträgen stehen Mehraufwendungen gegenüber.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Aufwendungen um 65,210 Mio. EUR gestiegen.

Die Aufwendungen von 448,873 Mio. EUR entfallen im Wesentlichen auf:

Leistungen für Arbeitssuchende	195,730 Mio. EUR
Hilfen bei Pflegebedürftigkeit	72,724 Mio. EUR
Unterbringung Asylbewerber	45,134 Mio. EUR
Hilfen nach AsylbLG	35,016 Mio. EUR
Grundsicherung im Alter	45,512 Mio. EUR
Hilfe zum Lebensunterhalt	9,138 Mio. EUR
Hilfen für Menschen mit Behinderung	11,936 Mio. EUR

Aufgrund der hohen Asylbewerberzahlen erhöhten sich die Aufwendungen für die Versorgung sowie für die Unterbringung der Asylbewerber.

Weiterhin sind im Bereich der Hilfen zur Pflegebedürftigkeit sowie der Grundsicherung die Aufwendungen gestiegen.

5080 - Produktbereich 15					
Amt für Soziales und Wohnen: Sportförderung (Amt 50)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	2.684.475,03	2.665.794	2.699.688,73	2.869.720	15.214
- Aufwendungen	26.244.186,88	25.393.922	25.166.124,46	25.439.595	-1.078.062
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-23.559.711,85	-22.728.128	-22.466.435,73	-22.569.875	1.093.276
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
= Ergebnis	-23.559.711,85	-22.728.128	-22.466.435,73	-22.569.875	1.093.276

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,093 Mio. EUR vermindert.

Bei den Erträgen ergaben sich Verbesserungen gegenüber dem Jahr 2015 in Höhe von 0,015 Mio. EUR. Sie liegen somit leicht über dem Vorjahresergebnis. Die Erträge setzen sich hauptsächlich aus der Sportpauschale des Landes NRW (1,335 Mio. EUR) und der Auflösung von Sonderposten für in der Vergangenheit erhaltene Zuwendungen (1,364 Mio. EUR) zusammen.

Die Aufwendungen, die sich gegenüber dem Vorjahr durch gesunkene Betriebskostenzahlungen um 1,078 Mio. EUR verringert haben, enthalten die Zuschusszahlungen an die eigenbetriebsähnliche Einrichtung DuisburgSport (22,316 Mio. EUR, einschließlich Weiterleitung der Sportpauschale), Zuschüsse in Höhe von 0,284 Mio. EUR an DuisburgSport für die zum Teil im städtischen Eigentum verbliebenen Sportanlagen und die Abschreibungen für vorhandene Anlagegüter (u. a. Gebäude auf Sportstätten, Fahrzeuge) in Höhe von 2,566 Mio. EUR.

5100 - Produktbereich 06					
Jugendamt (Amt 51)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	90.344.796,89	91.641.250	101.161.775,00	112.193.432	10.816.978
- Aufwendungen	277.692.569,68	276.586.119	300.391.531,37	320.554.001	22.698.962
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-187.347.772,79	-184.944.869	-199.229.756,37	-208.360.569	-11.881.984
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	4.948.690,91	6.842.800	4.463.343,91	7.175.579	-485.347
= Ergebnis	-192.296.463,70	-191.787.669	-203.693.100,28	-215.536.148	-11.396.637

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 11,397 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vorjahresvergleich um 10,817 Mio. EUR gestiegen.

Diese Mehrerträge ergeben sich im Wesentlichen aus höheren Erstattungen vom Landschaftsverband (8,146 Mio. EUR) und Benutzungsgebühren (2,417 Mio. EUR). Bei den Mehrerträgen vom Landschaftsverband handelt es sich ausschließlich um Erstattungen für Aufwendungen für unbegleitete minderjährige Ausländer, eine Fallgruppe, welche im Jahr 2016 neu hinzukam. Im Bereich der Benutzungsgebühren konnten zum einen durch die Erweiterung der U3-Plätze, zum anderen durch erhöhten Betreuungsbedarf von Kindern in der Tagespflege zusätzliche Benutzungsgebühren vereinnahmt werden.

Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 22,699 Mio. EUR gestiegen.

Ursächlich sind insbesondere um 14,942 Mio. EUR höhere Transferaufwendungen, vorwiegend bei den Zuschüssen an übrige Bereiche und für die Jugendhilfe für Personen in Einrichtungen. Die Zuschüsse an den übrigen Bereich sind gestiegen, weil sich die Zuweisungen an Träger von Kindertageseinrichtungen wegen des U3 - Ausbaus erhöht haben. Der Anstieg im Bereich der Jugendhilfe ist mit den neuen Aufwendungen für unbegleitete minderjährige Ausländer begründet. Ebenfalls sind die Personalaufwendungen im Bereich der tariflich Beschäftigten gestiegen, und zwar um 5,711 Mio. EUR. Dies liegt, neben den allgemeinen Steigerungen durch tarifbedingte Erhöhungen der Gehälter, daran, dass sukzessive mehr Personal im Bereich der Kinderbetreuung durch den Ausbau der U3-Plätze eingestellt wird.

Letztlich haben sich die Aufwendungen aus verrechneten Leistungen (u. a. Versorgungsbezüge) gegenüber dem Vorjahr um 0,485 Mio. EUR verringert.

5300 - Produktbereich 07					
Gesundheitsamt (Amt 53)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	1.359.813,98	1.221.390	1.377.291,84	1.277.358	17.478
- Aufwendungen	8.850.907,62	9.158.458	9.151.718,35	10.004.002	300.811
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-7.491.093,64	-7.937.068	-7.774.426,51	-8.726.644	-283.333
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	790.198,42	846.306	784.641,05	805.944	-5.557
= Ergebnis	-8.281.292,06	-8.783.374	-8.559.067,56	-9.532.588	-277.776

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,278 Mio. EUR erhöht.

Die Summe der ordentlichen Erträge beträgt 1,377 Mio. EUR. Der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt eine Verbesserung der Erträge in Höhe von 0,017 Mio. EUR. Diese Steigerung ist im Wesentlichen auf gestiegene Fallzahlen im Bereich der Verwaltungsgebühren für die sogenannte zweite Leichenschau bei Feuerbestattungen gemäß § 15 Abs. 1 des Gesetzes über Friedhofs- und Bestattungswesen (BestG NRW) zurückzuführen.

Die ordentlichen Aufwendungen zeigen im Vergleich zum Vorjahr eine Verschlechterung in Höhe von 0,301 Mio. EUR. Dazu haben insbesondere gestiegene Personalaufwendungen beigetragen, die sich um 0,090 Mio. EUR auf 6,228 Mio. EUR erhöht haben. Neben den Tarif- und Besoldungserhöhungen wirkten sich Stellenwiederbesetzungen aufwandssteigernd aus. Weiterhin haben sich die sonstigen ordentlichen Aufwendungen (z. B. Honorare ohne Künstlersozialabgabe) um 0,417 Mio. EUR auf 1.323 Mio. EUR erhöht. Dagegen sind insbesondere die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 0,215 Mio. EUR auf 0,190 Mio. EUR gesunken.

5400 - Produktbereich 06					
Institut für Jugendhilfe (Amt 54)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	218.614,51	176.406	220.117,03	176.358	1.503
- Aufwendungen	2.319.214,60	2.436.895	2.428.329,22	2.471.760	109.115
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-2.100.600,09	-2.260.489	-2.208.212,19	-2.295.402	-107.612
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	475.641,49	530.262	495.032,02	521.569	19.391
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	209.325,40	196.163	172.682,13	200.376	-36.643
= Ergebnis	-1.834.284,00	-1.926.390	-1.885.862,30	-1.974.209	-51.578

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,052 Mio. EUR erhöht.

Der Vergleich zwischen den Erträgen 2016 und dem Vorjahr zeigt keine wesentlichen Veränderungen.

Die ordentlichen Aufwendungen betragen insgesamt 2,428 Mio. EUR. Im Vorjahresvergleich haben sich die Aufwendungen um 0,109 Mio. EUR erhöht. Wesentlich hierfür sind die Personalaufwendungen, die sich um 0,083 Mio. EUR auf 1,205 Mio. EUR erhöht haben. Dagegen haben sich die Aufwendungen aus verrechneten Leistungen um 0,037 Mio. EUR verringert. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Haushaltsentlastung aus den HSP-Maßnahmen des IMD an die Fachbereiche weitergegeben wurde (siehe Geschäftsbereich 2070).

5500 - Produktbereich 02, 07 Institut für gesundheitlichen Verbraucherschutz (Amt 53-5*)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	366.617,70	236.127	514.667,87	235.236	148.050
- Aufwendungen	3.317.420,99	3.538.695	3.293.513,68	3.532.438	-23.907
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-2.950.803,29	-3.302.568	-2.778.845,81	-3.297.202	171.957
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	180.115,49	214.870	186.764,48	174.112	6.649
= Ergebnis	-3.130.918,78	-3.517.438	-2.965.610,29	-3.471.314	165.308

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,165 Mio. EUR vermindert.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,148 Mio. EUR gestiegen. Die Ergebnisverbesserung resultiert im Wesentlichen aus höheren Erträgen bei dem Produkt „Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz“. Durch die Änderung der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung (AVerwGebO) seit dem 01.06.2016 sind alle Kontrollen im Bereich der Lebensmittelkontrolle gebührenpflichtig und nicht mehr nur die Nachkontrollen (0,084 Mio. EUR). Weitere Mehrerträge sind bei den Verwaltungsgebühren in den Bereichen Begutachtungen und Probenkoordination (0,030 Mio. EUR) sowie Belehrungen nach § 43 Infektionsschutzgesetz (0,035 Mio. EUR) entstanden.

Die Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 0,024 Mio. EUR gesunken. Die Unterschreitung beruht zum überwiegenden Teil (0,048 Mio. EUR) auf Minderaufwendungen bei den Personalaufwendungen. Im Gegenzug ergeben sich u. a. Verschlechterungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (0,014 Mio. EUR).

6100 - Produktbereich 01, 09, 12					
Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement (Amt 61)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	70.153.035,16	64.568.498	65.471.829,78	63.879.601	-4.681.205
- Aufwendungen	123.606.232,17	126.067.692	128.322.529,95	127.572.613	4.716.298
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-53.453.197,01	-61.499.194	-62.850.700,17	-63.693.012	-9.397.503
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	1.582.513,72	1.598.362	1.750.986,89	1.832.801	168.473
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	2.054.685,83	2.128.814	1.975.437,96	2.284.162	-79.248
= Ergebnis	-53.925.369,12	-62.029.646	-63.075.151,24	-64.144.373	-9.149.782

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 9,150 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge beziehen sich hauptsächlich auf die Auflösung von Sonderposten für Infrastrukturmaßnahmen (42,808 Mio. EUR). Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Erträge um 4,681 Mio. EUR verringert. In 2015 kam es zu einmaligen Erträgen, die in 2016 nicht angefallen sind.

Die Aufwendungen enthalten neben Abschreibungen (67,757 Mio. EUR) auch Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (37,901 Mio. EUR). Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Aufwendungen um 4,716 Mio. EUR erhöht. Wesentlicher Grund ist eine außerplanmäßige Abschreibung für zwei Brücken (Brücke über den Hafenkanal sowie Brücke über die Ruhr) in dem OB-Lehr-Brückenzug 2. BA in Höhe von 5,276 Mio. EUR sowie die Verkürzung der Nutzungsdauer an Straßen von 60 auf 50 Jahre und der damit verbundenen Abschreibungen.

6200 - Produktbereich 09, 10, 12					
Amt für Baurecht und Bauberatung (Amt 62)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	7.105.943,03	8.400.881	8.849.665,87	8.459.309	1.743.723
- Aufwendungen	17.587.872,82	18.250.872	16.943.461,62	18.876.581	-644.411
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-10.481.929,79	-9.849.991	-8.093.795,75	-10.417.272	2.388.134
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	844.940,04	820.372	830.028,12	820.372	-14.912
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	3.551.631,98	3.596.365	3.514.246,69	3.890.174	-37.385
= Ergebnis	-13.188.621,73	-12.625.984	-10.778.014,32	-13.487.074	2.410.607

alle Angaben in EUR

Die Teilergebnisrechnung des Amtes für Baurecht und Bauberatung weist ein Jahresdefizit von 10,778 Mio. EUR aus. Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr infolgedessen um 2,411 Mio. EUR vermindert.

Die Ergebnisverbesserung ist im Wesentlichen auf zwei Kernbereiche des Amtes zurückzuführen. Einerseits sind bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (6,978 Mio. EUR) im Vergleich zum Vorjahr Mehrerträge von 1,021 Mio. EUR zu verzeichnen. In dieser Ertragsgruppe entfallen 3,377 Mio. EUR auf die Baugenehmigungsgebühren, welche mit einem Anstieg von 0,707 Mio. EUR maßgeblich für die Ergebnisverbesserung in diesem Bereich verantwortlich sind.

Weiterhin kommt es insbesondere im Produkt Grundstücksbezogene Planungsrealisierung, hauptsächlich bedingt durch das Projekt Grüngürtel-Nord, zu signifikanten Veränderungen. Die ordentlichen Aufwendungen betragen hier 1,349 Mio. EUR, was im Vergleich zum Vorjahr zu Minderaufwendungen von 0,828 Mio. EUR führt. Die ordentlichen Erträge (1,023 Mio. EUR) liegen in diesem Produkt mit 0,802 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Zurückzuführen ist dieser Anstieg auf höhere Zuwendungen für das Projekt als noch im Haushaltsjahr 2015. Diese Abweichungen in den einzelnen Haushaltsjahren entstehen aufgrund der aperiodisch verteilten Zahlungsströme bei Zu- und Aufwendungen während des Projektfortschrittes. Eine über den gesamten Projektzeitraum korrespondierende Gegenüberstellung von Zu- und Aufwendungen ist allerdings gewährleistet. In diesem Kontext wird auf den Bericht Nr.08/2015 über die Prüfung der buchhalterischen Abwicklung einer Spende der Thyssen Krupp Steel AG vom 17.02.2016 (DS 16-0197) verwiesen.

Weitere geringfügige Veränderungen ergeben sich in den sonstigen Teilbereichen des Amtes. Der Großteil der Aufwendungen besteht mit 13,690 Mio. EUR aus den Personalaufwendungen.

6800 - Produktbereich 01					
Interkommunale Zusammenarbeit (V-06)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	0,00	265	251,14	0	251
- Aufwendungen	0,00	175.839	46.125,64	0	46.126
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	0,00	-175.574	-45.874,50	0	-45.875
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	0,00	107.686	46.422,48	0	46.422
= Ergebnis	0,00	-283.260	-92.296,98	0	-92.297

alle Angaben in EUR

Die Stabsstelle wurde zum 01.01.2016 eingerichtet. Die Aufgabe Interkommunale Zusammenarbeit wurde bis Dezember 2015 von der Stabsstelle V-05 (Konzernweite Zusammenarbeit) wahrgenommen.

Durch das Ausscheiden der Stabsstellenleitung wurde die Stabsstelle V-06 zum 01.06.2016 aufgelöst. Die Aufgaben werden seitdem von der Stabsstelle I-03 (Stabsstelle Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik) wahrgenommen.

6900 - Produktbereich 01					
Konzernweite Zusammenarbeit (V-05)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	112,11	373	353,31	0	241
- Aufwendungen	411.169,33	286.770	81.411,86	0	-329.757
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-411.057,22	-286.397	-81.058,55	0	329.999
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	163.609,14	127.856	73.363,38	0	-90.246
= Ergebnis	-574.666,36	-414.253	-154.421,93	0	420.244

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,420 Mio. EUR verringert. Grund ist die Auflösung der Stabsstelle zum 01.06.2016. Die Aufgaben werden seitdem von der Stadtkämmerei (20-3, Stabsstelle Beteiligungen) wahrgenommen.

7400 - Produktbereich 01					
Stabsstelle Datenschutz (II-02)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	55.665,39	59.601	56.160,38	59.601	495
- Aufwendungen	258.771,17	322.471	289.789,74	264.684	31.019
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-203.105,78	-262.870	-233.629,36	-205.083	-30.524
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	92.600,98	126.014	93.069,66	92.509	469
= Ergebnis	-295.706,76	-388.884	-326.699,02	-297.592	-30.992

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,031 Mio. EUR erhöht.

Erträge erwirtschaftet die Stabsstelle Datenschutz hauptsächlich durch Verträge über die datenschutzrechtliche Betreuung z. B. verbundener Unternehmen. Gegenüber dem Vorjahr sind die Erträge geringfügig gesunken.

Die Aufwendungen beziehen sich hauptsächlich auf den Personalbereich, wo auch die Mehraufwendungen angefallen sind.

Die Aufwendungen für verrechnete Leistungen sind fast ausschließlich auf Personalnebenkosten zurückzuführen.

7500 - Produktbereich 01 Institut für Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin (OB-01)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	47.033,39	391.141	43.981,77	45.448	-3.052
- Aufwendungen	993.002,23	880.615	829.681,30	806.063	-163.321
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-945.968,84	-489.474	-785.699,53	-760.615	160.269
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	22.641,74	24.700	23.900,16	23.900	1.258
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	8.536,81	-6.397	-7.669,89	-7.326	-16.207
= Ergebnis	-931.863,91	-458.377	-754.129,48	-729.390	177.734

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,178 Mio. EUR vermindert.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr leicht um 0,003 Mio. EUR gesunken.

Die Aufwendungen haben sich um 0,163 Mio. EUR vermindert. Zum einen gab es weitere Einsparungen bei den Personalaufwendungen (- 0,052 Mio. EUR), da die Stelle des Arbeitsmediziners bisher nicht wieder besetzt werden konnte. Des Weiteren werden die arbeitsmedizinischen Betreuungskosten ab dem Haushaltsjahr 2016 auf alle Fachbereiche aufgeteilt, was beim Institut für Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin zu geringeren Aufwendungen führte (0,119 Mio. EUR).

7600 - Produktbereich 15					
Investsupport (V-01)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	65.160,54	278	493,30	365	-64.667
- Aufwendungen	489.502,94	391.195	403.803,44	394.435	-85.700
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-424.342,40	-390.917	-403.310,14	-394.070	21.032
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	20.275,02	22.754	23.835,43	38.995	3.560
= Ergebnis	-444.617,42	-413.671	-427.145,57	-433.065	17.472

alle Angaben in EUR

InvestSupport ist eine Einrichtung des Stadtentwicklungsdezernates (Dezernat V) und bemüht sich gemeinsam mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg um die Ansiedlung von mittelständischen Unternehmen bei Bau- und Ansiedlungsvorhaben. In 2016 wurden mehrere größere Bauvorhaben im Innenstadtbereich begleitet, u. a. „The Curve“ im Innenhafen.

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,017 Mio. EUR verringert.

In 2015 erfolgten einmalig zwei Zahlungen durch den Landesbetrieb Straßen NRW für die Planung der Anschlussstelle der A 40 „Am Schlütershof“. Diese fielen in 2016 nicht an, so dass die Erträge im Vergleich zum Vorjahr um 0,065 Mio. EUR gesunken sind.

Die Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,086 Mio. EUR verringert, was im Wesentlichen auf geringere Personalaufwendungen zurückzuführen ist. Bedingt durch den Personalwechsel von Mitarbeitern zur Stabsstelle „Service Center Bau“ haben sich die Personalaufwendungen reduziert.

7700 - Produktbereich 09					
Stabsstelle Strategische Stadtentwicklung (V-02)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	111,97	156	274,48	183	163
- Aufwendungen	155.132,40	164.968	157.445,08	163.391	2.313
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-155.020,43	-164.812	-157.170,60	-163.208	-2.150
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	16.910,54	16.699	18.496,74	19.004	1.586
= Ergebnis	-171.930,97	-181.511	-175.667,34	-182.212	-3.736

alle Angaben in EUR

Die Stabsstelle Strategische Stadtentwicklung übernimmt konzeptionelle und strategische Aufgabenstellungen für das Stadtentwicklungsdezernat und begleitet aktuelle Entwicklungsthemen wie in 2016 z. B. das Altstadtmanagement mit der Entwicklung des Projektes Mercatorquartier, den Wohnpark Wedau sowie die Stadtteilentwicklung Ruhrort.

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,004 Mio. EUR erhöht. Die Aufwendungen beziehen sich überwiegend auf Personalaufwendungen.

7900 - Produktbereich 10					
Beratungsstelle Planen, Bauen und Verkehr (V-04)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	0,00	876	1.464,91	965	
- Aufwendungen	0,00	777.044	713.845,17	705.401	713.845
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	0,00	-776.168	-712.380,26	-704.436	-712.380
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	0,00	170.428	170.590,75	167.874	170.591
= Ergebnis	0,00	-946.596	-882.971,01	-872.310	-882.971

alle Angaben in EUR

Die Stabsstelle „Service Center Bau“ wurde zum 01.07.2015 eingerichtet und umfasst die Beratung und Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen bei der Realisierung von Bau- und Ansiedlungsvorhaben sowie die Prüfung und Erteilung von Ausnahmegenehmigungen im Rahmen der Straßenverkehrsordnung (StVO) bei berechtigten Individualinteressen.

Der Zuschuss für 2016 beträgt 0,883 Mio. EUR. Vergleichsdaten zum Vorjahr existieren nicht, da die Einrichtung des Geschäftsbereiches erst zum Haushaltsjahr 2016 erfolgt ist. Die Aufwendungen beziehen sich überwiegend auf Personalaufwendungen.

9100 - Produktbereich 01, 02, 15					
Bezirksamt Walsum (Amt 91)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	85.184,25	43.961	63.187,72	43.945	-21.997
- Aufwendungen	1.410.391,91	1.380.686	1.339.923,79	1.408.856	-70.468
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-1.325.207,66	-1.336.725	-1.276.736,07	-1.364.911	48.472
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	605.396,34	558.522	602.407,27	562.777	-2.989
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	149.401,81	161.266	162.619,27	157.741	13.217
= Ergebnis	-869.213,13	-939.469	-836.948,07	-959.875	32.265

alle Angaben in EUR

Dargestellt sind hier die Erträge und Aufwendungen für die Produkte „Politische Gremien“, „Bezirksmanagement“, „Bürgerservice“ und „Stadthalle Walsum“.

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,032 Mio. EUR vermindert.

Die Erträge, im Wesentlichen bestehend aus Nutzungsentgelten für die Stadthalle Walsum, sind aufgrund der geringeren Anzahl an Veranstaltungen um 0,022 Mio. EUR zurückgegangen.

Ergebnisverbessernd wirkten sich insbesondere niedrigere Personalaufwendungen sowie Betriebskostenzahlungen an das IMD aus.

9200 - Produktbereich 01, 02, 15					
Bezirksamt Hamborn (Amt 92)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	0,00	829	148.355,12	788	148.355
- Aufwendungen	1.371.877,91	1.315.493	1.301.864,68	1.407.199	-70.013
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-1.371.877,91	-1.314.664	-1.153.509,56	-1.406.411	218.368
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	775.474,23	737.436	735.451,45	791.314	-40.023
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	105.037,09	135.530	85.862,20	91.401	-19.175
= Ergebnis	-701.440,77	-712.758	-503.920,31	-706.498	197.520

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,198 Mio. EUR vermindert.

Zu der Ergebnisverbesserung hat insbesondere eine Umsatzsteuererstattung für die Jahre 2008 bis 2011 für den Bereich der Rhein-Ruhr-Halle in Höhe von 0,147 Mio. EUR geführt.

Darüber hinaus haben sich die Personalaufwendungen aufgrund zeitweise nicht besetzter Stellen um 0,077 Mio. EUR verringert.

9300 - Produktbereich 01, 02 Bezirksamt Meiderich/Beeck (Amt 93)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	859,03	1.198	1.706,42	1.087	847
- Aufwendungen	1.332.173,27	1.560.799	1.288.134,95	1.657.065	-44.038
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-1.331.314,24	-1.559.601	-1.286.428,53	-1.655.978	44.886
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	696.321,65	773.750	755.823,30	815.357	59.502
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	211.554,68	284.238	184.302,90	308.917	-27.252
= Ergebnis	-846.547,27	-1.070.089	-714.908,13	-1.149.538	131.639

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,132 Mio. EUR vermindert.

Nennenswerte Veränderungen haben sich bei den Personalaufwendungen und den verrechneten Leistungen ergeben.

Die Personalaufwendungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,050 Mio. EUR, weil u. a. die Wiederbesetzung von Stellen in Anbetracht der Neustrukturierung der Bezirksämter mit Ausnahme der Bürger-Service-Stellen ausgesetzt wurde. Dagegen erhöhten sich die sonstigen ordentlichen Aufwendungen geringfügig, insbesondere aufgrund einer Anpassung der an das IMD zu zahlenden Fremdmiete.

Weiterhin wirkten sich die höheren Erträge und geringeren Aufwendungen aus verrechneten Leistungen ergebnisverbessernd aus.

9400 - Produktbereich 01, 02, 15 Bezirksamt Homberg/Ruhrort/Baerl (Amt 94)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	41.578,04	117.768	17.614,32	117.749	-23.964
- Aufwendungen	1.217.825,13	1.498.098	954.982,56	1.882.741	-262.843
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-1.176.247,09	-1.380.330	-937.368,24	-1.764.992	238.879
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	401.998,22	454.998	438.195,25	457.266	36.197
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	92.810,29	120.379	79.256,90	113.244	-13.553
= Ergebnis	-867.059,16	-1.045.711	-578.429,89	-1.420.970	288.629

alle Angaben in EUR

Dargestellt sind hier die Erträge und Aufwendungen für die Produkte „Politische Gremien“, „Bezirksmanagement“, „Bürgerservice“ und „Glückauf-Halle“.

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,289 Mio. EUR verringert.

Da die Glückauf-Halle im HJ 2016 für die Unterbringung von Flüchtlingen bereitgestellt wurde und somit nicht für die Durchführung von Veranstaltungen genutzt werden konnte, sind die privatrechtlichen Leistungsentgelte gegenüber 2015 um 0,031 Mio. EUR zurückgegangen. Es wurden lediglich Entgelte aus Veranstaltungen erzielt, die zur Erfüllung der Vertragsverpflichtungen mit der Konzertagentur Landgraf in der Stadthalle Walsum stattfanden.

Die ordentlichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 0,263 Mio. EUR gesunken. Dieser Rückgang ergibt sich im Wesentlichen aus der Nutzung der Glückauf-Halle als Asylunterkunft. Hierdurch entfielen Mietzahlungen an das IMD in Höhe von 0,324 Mio. EUR. Dem gegenüber stehen u. a. höhere Personalaufwendungen (0,051 Mio. EUR) aufgrund der Wiederbesetzung zeitweise nicht besetzter Stellen.

Darüber hinaus haben die verrechneten Leistungen saldiert zu einer Ergebnisverbesserung von 0,050 Mio. EUR geführt.

9500 - Produktbereich 01, 02					
Bezirksamt Mitte (Amt 95)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	0,00	876	1.376,61	731	1.377
- Aufwendungen	1.352.755,04	1.414.191	1.309.677,43	1.355.428	-43.078
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-1.352.755,04	-1.413.315	-1.308.300,82	-1.354.697	44.454
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	937.196,62	963.243	889.013,06	907.655	-48.184
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	71.892,91	115.760	60.889,15	68.304	-11.004
= Ergebnis	-487.451,33	-565.832	-480.176,91	-515.346	7.274

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,007 Mio. EUR verringert.

Bei den Personalaufwendungen hat sich ein Rückgang um 0,058 Mio. EUR aufgrund zeitweise nicht besetzter Planstellen ergeben. Dagegen stiegen die Zahlungen an das IMD um 0,015 Mio. EUR.

Weiterhin wirkten sich die verrechneten Leistungen mit einem Betrag von summarisch 0,037 Mio. EUR ergebnisverschlechternd aus.

9600 - Produktbereich 01, 02, 15 Bezirksamt Rheinhausen (Amt 96)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	201.193,89	192.835	265.928,02	193.185	64.734
- Aufwendungen	1.900.044,30	1.953.747	2.108.950,30	1.998.886	208.906
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-1.698.850,41	-1.760.912	-1.843.022,28	-1.805.701	-144.172
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	752.145,05	638.124	771.996,84	658.078	19.852
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	280.735,99	229.280	214.830,29	204.037	-65.906
= Ergebnis	-1.227.441,35	-1.352.069	-1.285.855,73	-1.351.660	-58.414

alle Angaben in EUR

Dargestellt sind hier die Erträge und Aufwendungen für die Produkte „Politische Gremien“, „Bezirksmanagement“, „Bürgerservice“ und „Rheinhausen-Halle“.

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,058 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge resultieren im Wesentlichen aus den Benutzungsentgelten für die Rheinhausen-Halle. Sie sind gegenüber dem Vorjahr um 0,029 Mio. EUR zurückgegangen. Die Erstattung von Umsatzsteuer aus Vorjahren mit einem Betrag von 0,093 Mio. EUR führte aber insgesamt zu einer Ertragssteigerung.

Der Anstieg der Aufwendungen ist auf höhere Personalaufwendungen durch die Wiederbesetzung zeitweise nicht besetzter Planstellen sowie eine Erhöhung der Miet- und Betriebskostenzahlungen an das IMD zurückzuführen.

Die verrechneten Leistungen führen saldiert zu einer Ergebnisverbesserung.

9700 - Produktbereich 01, 02					
Bezirksamt Süd (Amt 97)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	0,00	713	1.204,95	648	1.205
- Aufwendungen	1.083.858,42	1.114.028	1.012.177,73	1.093.510	-71.681
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-1.083.858,42	-1.113.315	-1.010.972,78	-1.092.862	72.886
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	644.804,54	633.887	551.309,93	613.716	-93.495
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	152.105,93	143.938	132.323,38	133.872	-19.783
= Ergebnis	-591.159,81	-623.366	-591.986,23	-613.018	- 826

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig erhöht.

Die Aufwendungen im Personalbereich sind aufgrund von zeitweise nicht besetzten Planstellen und Arbeitszeitverkürzungen um 0,114 Mio. EUR gesunken.

Dagegen entstanden u. a. Mehraufwendungen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen durch höhere Zahlungen an das IMD aufgrund von Miet- und Betriebskostensteigerungen.

Letztlich wirkten sich die verrechneten Leistungen mit einem saldierten Betrag von 0,074 Mio. EUR ergebnisverschlechternd aus.

9900 - Produktbereich 01					
Personalrat (Amt 99)					
	2015	2016		2017	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	84,52	1.076	1.974,36	897	1.890
- Aufwendungen	1.654.694,40	1.602.607	1.625.679,76	1.404.094	-29.015
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	-1.654.609,88	-1.601.531	-1.623.705,40	-1.403.197	30.904
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	26.766,63	29.200	28.299,96	28.300	1.533
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	244.186,87	241.608	225.425,69	159.908	-18.761
= Ergebnis	-1.872.030,12	-1.813.939	-1.820.831,13	-1.534.805	51.199

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,051 Mio. EUR verringert.

Die Minderaufwendungen in Höhe von 0,029 Mio. EUR sind überwiegend auf gesunkene Personalaufwendungen zurückzuführen. Hierbei sind vor allem die Aufwendungen für die Bezüge der Beamten und die Vergütung der tariflich Beschäftigten geringer als im Vorjahr ausgefallen. Ebenso haben sich die Aufwendungen aus verrechneten Leistungen (Personalnebenkosten) um 0,019 Mio. EUR reduziert, was sich ebenfalls positiv auf das Ergebnis ausgewirkt hat.